



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode: 1987/88

17.02.1988 - Plenarprotokoll 9.Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

9. Sitzung

am Mittwoch, dem 17. Februar 1988

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung .	437	7. Rechtfertigung von Polizisten-Morden in der AStA-Zeitung der Universität Bremen	
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	437	Anfrage der Abgeordneten Dr. Schulte, Metz und Fraktion der CDU vom 5. Februar 1988	448
Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung ..	438		
Vereidigung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs ...	438	8. Verlängerung des Referendariats auf 24 Monate	
		Anfrage der Abgeordneten Jungclaus, Jäger und Fraktion der FDP vom 8. Februar 1988	448
Fragestunde		8.a Ehrendokortitel der Universität Bremen für Daimler-Chef Niefer	
1. Beziehungen zwischen Bremen und Israel		Anfrage der Abgeordneten Frau Trüpel-Rüdel, Thomas und Fraktion DIE GRÜNEN vom 8. Februar 1988	449
Anfrage der Abgeordneten Griesche, Klatt, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 20. Januar 1988	440	9. Einstellungskorridor für Lehrerinnen und Lehrer	
2. Bremer Beteiligung an der Drogenklinik Brauel		Anfrage der Abgeordneten Neujahr, Jäger und Fraktion der FDP vom 9. Februar 1988	450
Anfrage der Abgeordneten Frau Erlenwein, Kudella, Metz und Fraktion der CDU vom 2. Februar 1988	441	10. Auflösung der Vollzugsgemeinschaft mit Hamburg	
3. Baurechtswidrige Zustände in Bremerhaven bei der Genehmigung eines Einkaufszentrums in der Voßstraße		Anfrage der Abgeordneten Jungclaus, Jäger und Fraktion der FDP vom 10. Februar 1988	452
Anfrage der Abgeordneten Teiser, Kudella, Metz und Fraktion der CDU vom 3. Februar 1988	443		
5. Umrüstung des Airbus zu einem Luftwaffen-Flugzeug		Aktuelle Stunde	
Anfrage der Abgeordneten Fücks, Thomas und Fraktion DIE GRÜNEN vom 4. Februar 1988	444	Unzureichende Unterbringungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Spätaussiedler	
6. Ausbau der Flughafen-Startbahn		Abg. Frau Erlenwein (CDU)	455
Anfrage der Abgeordneten Fücks, Thomas und Fraktion DIE GRÜNEN vom 4. Februar 1988	445	Abg. Kuhnert (FDP)	457
		Abg. Frau Mehrkens (SPD)	458
		Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN)	460
		Abg. Frau Erlenwein (CDU)	461

Abg. Kuhnert (FDP)	461	Abg. Aulfes (SPD)	484
Abg. Frau Mehrkens (SPD)	463	Abg. Neujahr (FDP)	485
Bürgermeister Dr. Scherf, Senator für Jugend und Soziales	463	Abg. Dr. Schulte (CDU)	486
		Abg. Pfeleiderer (DIE GRÜNEN)	488
		Abstimmung	489

Grundfertigkeiten in der Schule

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 4. Januar 1988
(Drucksache 12/62)

Grundfertigkeiten

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
vom 17. Februar 1988
(Drucksache 12/101)

Ergänzung der Lehrpläne aller Schulen im Lande Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Januar 1988
(Drucksache 12/72)

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke	465
Abg. Frau v. Schönfeldt (FDP)	465
Abg. Bürger (CDU)	467
Abg. Aulfes (SPD)	470
Abg. Pfeleiderer (DIE GRÜNEN)	472
Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke	473
Abg. Neujahr (FDP)	476
Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke	477
Abg. Aulfes (SPD)	478
Abg. Bürger (CDU)	479
Abg. Neujahr (FDP)	481
Abg. Aulfes (SPD)	481
Abstimmung	481

Teilnahme von Schulräten an Info-Wehrübun- gen für höhere zivile Führungskräfte

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 2. Februar 1988
(Drucksache 12/84)

Abg. Pfeleiderer (DIE GRÜNEN)	482
-------------------------------------	-----

Auf Arbeitszeitverkürzungen für den öffent- lichen Dienst müssen Neueinstellungen fol- gen!

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 6. Januar 1988
(Drucksache 12/63)

Teilzeitbeschäftigung und Urlaub für Beamtin- nen und Beamte

Antrag der Fraktion der FDP
vom 25. Januar 1988
(Drucksache 12/76)

Abg. Tiefenbach (DIE GRÜNEN)	490
Abg. Jungclaus (FDP)	492
Abg. Naydowski (SPD)	493
Abg. v. d. Schulenburg (CDU)	495
Abg. Jungclaus (FDP)	497
Abg. Fücks (DIE GRÜNEN)	499
Senatsdirektor Dr. Heidorn	501
Abstimmung	501

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 4 vom 13. Januar 1988

(Drucksache 12/69)	502
--------------------------	-----

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 5 vom 4. Februar 1988

(Drucksache 12/88)	502
--------------------------	-----

E n t s c h u l d i g t fehlen die Abgeordneten Dr. Pawlik, Tiedemann.

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident Frau Leinemann

Schriftführer Frau Lenz

Vizepräsident v. d. Schulenburg

Schriftführer Ravens

Bürgermeister **Wedemeier** (SPD), Präsident des Senats
und Senator für kirchliche Angelegenheiten

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Senator für Jugend und Soziales

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)

Senator für Inneres **Meyer** (SPD)

Senator für Finanzen **Grobecker** (SPD)

Senator für Justiz und Verfassung und für Sport **Kröning** (SPD)

Senator für Umweltschutz und für Stadtentwicklung Frau **Lemke** (SPD)

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr und für Arbeit **Kunick** (SPD)

Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel **Beckmeyer** (SPD)

Senatsdirektor **Dr. Haller** (Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel)

Senatsdirektor **Dr. Heidorn** (Senatskommission für das Personalwesen)

Senatsdirektor **Professor Dr. Hoffmann** (Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst)

Senatsdirektor **Dr. Hoppensack** (Senator für Jugend und Soziales)

Senatsdirektor **Dr. Kahrs** (Senator für Inneres)

Senatsdirektor **Dr. Lüthge** (Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung)

Regierungsdirektor **Hübner** (Senator für Inneres)

Präsident des Rechnungshofs **Quantmeyer**

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.16 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die neunte Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse vom Schulzentrum Hermannsburg, eine Klasse vom Schulzentrum Kattenturm, eine Klasse vom Schulzentrum Huckelriede, eine Klasse der Berufsschule für Gestaltung am Schulzentrum Huchting und eine Gruppe Vertrauensmänner der Mannschaften von der Panzergrenadierbrigade 32 in Schwanewede.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Mietermitbestimmung bei der Gewoba, Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 15. Februar 1988, Drucksache 12/92.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 der Geschäftsordnung muß das Plenum zunächst einen Beschluß über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wird die Begründung der Dringlichkeit gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer mit der dringlichen Behandlung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(B)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, daß wir den Antrag in der Beratung mit Tagesordnungspunkt sechs verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

2. Beendigung der Atomtransporte über die bremischen Häfen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 15. Februar 1988, Drucksache 12/93.

Ich lasse zunächst über die dringliche Behandlung des Antrags abstimmen.

Wird die Begründung der Dringlichkeit gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer einer dringlichen Behandlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, daß wir den Antrag als Punkt 15 der Tagesordnung beraten.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden. (C)

3. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP vom 16. Februar 1988, Drucksache 12/95.

Wird hier die Begründung der Dringlichkeit für nötig gehalten? — Das ist wohl nicht der Fall.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt als Punkt 16 der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir entsprechend verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1986 vom 29. Januar 1988 (Drucksache 12/82)

2. Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1985 vom 29. Januar 1988 (Drucksache 12/83)

3. Verbesserung der Personenzug-Anbindung der Oberzentren Bremen und Bremerhaven Mitteilung des Senats vom 9. Februar 1988 (Drucksache 12/89)

4. Wahl von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern in den Verwaltungsrat der Stiftung Deutsches Schiffahrtsmuseum Mitteilung des Senats vom 9. Februar 1988 (Drucksache 12/90)

5. Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von Mißständen um das Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße, Bremen

Antrag der Abgeordneten der Fraktion der CDU vom 15. Februar 1988 (Drucksache 12/94)

6. Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen 1988

Mitteilung des Senats vom 16. Februar 1988 (Drucksache 12/96)

Die Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der März-Sitzungen.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Verwendung umwelt- und gesundheitsgefährdender Lösemittel bei der Coffein-Compagnie Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN vom 11. Januar 1988 (Drucksache 12/86)

D a z u

Antwort des Senats vom 2. Februar 1988

(D)

- (A) 2. Atomtransporte im Lande Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 18. Januar 1988
(Drucksache 12/87)
D a z u
Antwort des Senats vom 4. Februar 1988
3. Bereitschaftspolizei
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. Januar 1988
(Drucksache 12/97)
D a z u
Antwort des Senats vom 16. Februar 1988
4. Sicherheit medizinisch-technischer Geräte
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. Februar 1988
5. Pflegeurlaub für Kinder und Jugendliche
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP
vom 12. Februar 1988
6. Verwendung umwelt- und gesundheitsgefährdender Lösemittel bei der Coffein-Compagnie (Ergänzung der Drucksache 12/86)
Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 15. Februar 1988

III. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung

Offener Brief der Bremer Frauenrunde gegen Diskriminierung von Ausländern

Die Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

- (B) Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Verbindung der Tagesordnungspunkte vier und zehn, hier geht es um Arbeitszeitverkürzung, sowie sieben und acht, hier geht es um Grundfertigkeiten, ferner zur dringlichen Behandlung des Petitionsausschußberichtes Nummer fünf sowie zur Behandlung der Tagesordnungspunkte sieben und acht, es sind die schulpolitischen Fragen, nach der Aktuellen Stunde.

Sind Sie mit diesen interfraktionellen Absprachen einverstanden?

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Vereidigung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs

Die Herren Professor Dr. Hans-Peter Schneider und Günter Bandisch haben mir mitgeteilt, daß sie verhindert sind, an der heutigen Vereidigung teilzunehmen. Wir werden die Vereidigung dieser beiden stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs in der März-Sitzung nachholen.

(C) Ich frage zunächst die hier anwesenden gewählten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder, ob sie ihre Wahl in den Staatsgerichtshof annehmen.

Herr Dr. Ruprecht Großmann!

(Herr Dr. Großmann: Ja!)

Frau Barbara Buhl!

(Frau Buhl: Ich nehme die Wahl an!)

Herr Professor Günter Pottschmidt!

(Herr Professor Pottschmidt: Ich nehme die Wahl an!)

Herr Hans-Ernst Böttcher!

(Herr Böttcher: Ja!)

Herr Professor Dr. Alfred Rinken!

(Herr Professor Dr. Rinken: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Herr Professor Dr. Hans Peter Bull!

(Herr Professor Dr. Bull: Ja!)

Herr Professor Dr. Wolfgang Däubler! — Er ist heute ebenfalls nicht anwesend!

(D) Herr Rudolf Sturmheit!

(Herr Sturmheit: Ja!)

Herr Hans-Georg Barwich!

(Herr Barwich: Ja!)

Herr Professor Dr. Ulrich K. Preuss!

(Herr Professor Dr. Preuss: Ja!)

Herr Professor Dr. Wilhelm Dodenhoff!

(Herr Professor Dr. Dodenhoff: Ich nehme die Wahl an!)

Herr Dr. Heinrich Bohnen! — Auch Herr Dr. Bohnen ist heute nicht anwesend.

Herr Dr. Herbert Müffelman!

(Herr Dr. Müffelman: Jawohl, Herr Präsident!)

Herr Gerhard Prengel!

(Herr Prengel: Ja!)

Herr Dr. Arnold Castringius!

(Herr Dr. Castringius: Ja!)

(A) Herr Dr. Bernhard Klosterkemper!

(Herr Dr. Klosterkemper: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Meine Dame, meine Herren, ich stelle fest, daß Sie Ihre Wahl zum Mitglied beziehungsweise stellvertretenden Mitglied des Staatsgerichtshofs angenommen haben.

Gesetzliches Mitglied des Staatsgerichtshofs ist gemäß Artikel 134 der Landesverfassung der Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts, Herr Helmut Heinrichs. Gesetzliches stellvertretendes Mitglied ist der Vizepräsident beim Hanseatischen Oberlandesgericht, Herr Dr. Peter Bote. Beide sind anwesend.

Paragraph 4 Absatz 5 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof schreibt vor, daß die Mitglieder des Staatsgerichtshof und ihre Stellvertreter vom Präsidenten der Bürgerschaft vor versammelter Bürgerschaft vereidigt werden.

Wir kommen jetzt zur Eidesleistung.

Ich spreche Ihnen die Eidesformel vor und bitte Sie, den Eid mit den Worten zu leisten „Das schwöre ich“ oder „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe“!

Der Eid lautet:

„Ich schwöre, daß ich das mir anvertraute Amt eines Mitgliedes des Bremischen Staatsgerichtshofs gewissenhaft und unparteiisch ausüben, die Gesetze und rechtlichen Gewohnheiten nach meinem besten Wissen und Gewissen anwenden und mich jederzeit für die demokratische Staatsform im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen einsetzen werde.“

Ich bitte, jetzt den Eid zu leisten!

Herr Dr. Ruprecht Großmann!

(Herr Dr. Großmann: Das schwöre ich!)

Frau Barbara Buhl!

(Frau Buhl: Das schwöre ich!)

Herr Professor Günter Pottschmidt!

(Herr Professor Pottschmidt: Das schwöre ich!)

Herr Hans-Ernst Böttcher!

(Herr Böttcher: Das schwöre ich!)

Herr Professor Dr. Alfred Rinken!

(Herr Professor Dr. Rinken: Das schwöre ich!)

Herr Professor Dr. Hans Peter Bull!

(Herr Professor Dr. Bull: Das schwöre ich!)

Herr Rudolf Sturmheit!

(Herr Sturmheit: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Hans-Georg Barwich!

(Herr Barwich: Das schwöre ich!)

Herr Professor Dr. Ulrich K. Preuss!

(Herr Professor Dr. Preuss: Das schwöre ich!)

Herr Professor Dr. Wilhelm Dodenhoff!

(Herr Professor Dr. Dodenhoff: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Dr. Herbert Müffelmann!

(Herr Dr. Müffelmann: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Gerhard Prengel!

(Herr Prengel: Das schwöre ich!)

Herr Dr. Arnold Castringius!

(Herr Dr. Castringius: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Dr. Bernhard Klosterkemper!

(Herr Dr. Klosterkemper: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herr Helmut Heinrichs!

(Herr Heinrichs: Das schwöre ich!)

Herr Dr. Peter Bote!

(Herr Dr. Bote: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Frau Buhl, meine Herren, Sie haben als Mitglied des Bremischen Staatsgerichtshofs ein verantwortungsvolles Amt übernommen. Die letzte Wahlperiode hat es, betrachtet man die Zahl der Verfahren, gut mit dem Staatsgerichtshof gemeint. Es waren nur zwei Entscheidungen zu fällen. Ein Verfahren läuft noch. Aber schon diese drei Verfahren zeigen exemplarisch Ihre Tätigkeit an der Nahtstelle von Recht und Politik. Im November 1983 hat der Staatsgerichtshof entschieden, in welchem Umfang die Regierung in Wahlkampfzeiten Öffentlichkeitsarbeit betreiben kann. Es ging um die aus dem Demokratiegebot und dem Gleichheitssatz abzuleitende Chancengleichheit der Parteien bei Wahlen. 1986 war über die Zulässigkeit eines Volksbegehrens zu Fragen der in Bremen immer als hochpolitisch empfundenen Schulpolitik zu befinden. Die ausstehende Entscheidung soll Klarheit über das durch

(C)

(D)

- (A) Ortsgesetz eingeführte passive Wahlrecht für Ausländer in Beiräte bringen.

Nicht selten sind die Verfahren vor den Verfassungsgerichten, jedenfalls aus der Sicht der Beteiligten, die Fortsetzung des politischen Kampfes mit anderen Mitteln. Ihren Entscheidungen soll daher eine Befriedungsfunktion zukommen. Das ist nur möglich, wenn Sie die politischen Auswirkungen der Entscheidungen jeweils mit bedenken, ohne selbst Politik machen zu wollen. Das ist eine schwierige Gratwanderung.

Bisher ist sie dem Bremischen Staatsgerichtshof gelungen. Er hat die politischen Implikationen jeweils mitbedacht und ist insbesondere der Gefahr entgangen, selbst Politik gestalten zu wollen. Diese Zurückhaltung, dieser weise Verzicht des Staatsgerichtshofs, hat dazu beigetragen, das ausgewogene Spannungsverhältnis der Staatsgewalten zueinander zu erhalten.

Frau Buhl, meine Herren, ich wünsche Ihnen für Ihr verantwortungsvolles Amt Mut, Augenmaß und Entscheidungskraft!

Ich bedanke mich sehr herzlich!

(Beifall)

Ich unterbreche jetzt die Sitzung für fünf Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung 10.27 Uhr)

(B)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 10.32 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Fragestunde

Im Rahmen der Fragestunde sind elf Anfragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Anfrage beschäftigt sich mit den **Beziehungen zwischen Bremen und Israel**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Griesche, Klatt, Dittbrenner und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Abgeordneten Griesche, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Griesche (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die mit Haifa angestrebte Städtepartnerschaft angesichts der derzeitigen politischen Situation?

Zweitens: Wie beurteilt der Senat bestehende Kontakte mit anderen Bereichen in Israel und den besetzten Gebieten und die Bemühungen bremischer

Jugend-, Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen, weitere Kontakte aufzunehmen und zu intensivieren?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Bürgermeister Wedemeier.

Bürgermeister Wedemeier, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Erstens: Der Senat hält aus grundsätzlichen Erwägungen im deutsch-israelischen Verhältnis eine Rahmenvereinbarung mit Haifa für erstrebenswert. Gerade in Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen hat eine Städtekooperation mit einer israelischen Stadt besondere Bedeutung. Zwischen Haifa und Bremen ist im Laufe der vergangenen Jahre ein gegenseitiges Vertrauen gewachsen, das hilfreich für eine Aussöhnung zwischen beiden Völkern ist.

Zwischen einer Städtekooperation mit Haifa und der Politik des Staates Israel in den seit dem Sechstage-Krieg im Jahr 1967 besetzten Gebieten besteht kein Zusammenhang. Der Senat hofft jedoch auf eine baldige Befriedung der Situation in den von Israel besetzten Gebieten und erinnert an die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geäußerte Kritik an Israels Verhalten gegenüber den in den besetzten Gebieten wohnenden Palästinensern. Es muß eine Lösung gefunden werden, die das Lebensrecht des Staates Israel und das Selbstbestimmungsrecht der arabischen Palästinenser in Einklang bringt.

In diesem Zusammenhang weist der Senat darauf hin, daß Juden, Araber und Drusen seit langem friedlich in der Stadt Haifa zusammenleben.

Zweitens: Die Städtekooperation zwischen Bremen und seinen Partnerstädten haben stets dazu geführt, Verbindungen, Besuche und sonstige Kontakte zu fördern und auf ein besonderes Niveau zu stellen. Zwischen Bremen und Haifa hat es bereits in der Vergangenheit Kontakte auf verschiedenster Ebene gegeben. Beispielhaft seien Besuche von Jugendgruppen und Sportlern, aber auch von Künstlern und Wissenschaftlern genannt.

Ohne in die Entscheidungen der betroffenen Vereinigungen und einzelner Personen eingreifen zu wollen, hat die Kooperationsvereinbarung ihren Zweck darin, auf beiden Seiten Ansprechpartner zu finden, die bestehende Kontakte vertiefen und neue knüpfen können. Regelmäßig ist es aber auch bislang so gewesen, daß neben den Städtekooperationen von Bremen aus zu den betroffenen Ländern weitere Kontakte zu privaten und öffentlichen Stellen bestanden, weiter bestehen und sich neu entwickeln.

Besondere Beziehungen sind keine exklusiven Beziehungen. Dies gilt vor allem für ein Land wie Israel, das auf geographisch kleinem Raum äußerst vielfäl-

(C)

(D)

- (A) tig ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß praktisch jeder, der Haifa besucht, sich auch für andere Teile des Landes interessiert. — Soweit die Antwort des Senats!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Klatt!

Abg. **Klatt** (SPD): Herr Präsident Wedemeier, falls die Universität einen Kooperationsvertrag mit der Universität Haifa abschließen würde, soweit mir bekanntgeworden ist, unterstützen Sie dieses Vorhaben, würden Sie dann auch ein Vorhaben unterstützen, das so aussieht, daß die Hochschule Bremen einen Vertrag mit der Universität Bir Zeit in der Westbank abschließt? Würden Sie dies auch unterstützen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Wedemeier: Beides würde sich nicht widersprechen, weil auch jetzt schon zwischen der Universität Bremen und der Universität Bir Zeit Kontakte bestehen.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Tiefenbach!

- (B) Abg. **Tiefenbach** (DIE GRÜNEN): Würden Sie es für richtig halten, wenn die Delegation, die Ende März nach Haifa fährt, bei dieser Gelegenheit auch die arabische Nachbargemeinde Tamra, mit der ja ein Jugendaustausch besteht, besucht?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Wedemeier: Es gibt überhaupt keine Bedenken, auch andere Städte in Israel außerhalb der besetzten Gebiete zu besuchen. Ich selbst werde wahrscheinlich auch nach Tamra fahren, jedenfalls habe ich das geplant.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die erste Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Bürgermeister Wedemeier für die erteilte Auskunft.

Die zweite Anfrage verlangt Auskunft über die **Bremer Beteiligung an der Drogenklinik Brauel**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Erlenwein, Kudella, Metz und Fraktion der CDU.

Ich bitte die Abgeordnete Frau Erlenwein, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Erlenwein** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche endgültige Entscheidung wird der Senat bezüglich der Beteiligung Bremens an der Drogenfachklinik Brauel treffen?

Wird sich Bremen in Zukunft nicht mehr an der Finanzierung der Klinikkosten beteiligen, oder wird

lediglich eine Verringerung der Bremer Bettenquote angestrebt? (C)

Wo sollen in Zukunft drogenabhängige Patientinnen und Patienten im Maßregelvollzug aus Bremen untergebracht werden?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf, Senator für Jugend und Soziales: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich Ihre Anfrage wie folgt:

Am 22. Dezember 1987 hat der Senat beschlossen, das Länderabkommen zur Beteiligung an der Drogenfachklinik Brauel zum 31. Dezember 1989 zu kündigen. Ein entsprechendes Kündigungsschreiben ist unter demselben Datum abgegangen. Die Kündigung ist mit dem Ziel ausgesprochen, mit Niedersachsen und gegebenenfalls anderen Bundesländern ein neues Abkommen auszuhandeln, das den Bremer qualitativen und quantitativen Ansprüchen besser entspricht.

Es ist zur Zeit nicht möglich, Aussagen über den Ausgang der Verhandlungen zu machen. Sollten die Verhandlungen scheitern, wird Bremen schon aus rechtlichen Gründen zur Durchführung des Maßregelvollzugs mit Drogenabhängigen gehalten sein, eigene Vorkehrungen unabhängig von der Einrichtung Brauel zu treffen.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Frau Erlenwein! (D)

Abg. Frau **Erlenwein** (CDU): Bedeutet das, daß Sie, wenn Sie da zu keinen entsprechenden Ergebnissen kommen, planen, hier im Lande Bremen entsprechende Vorkehrungen für die Einrichtung von Unterbringungsmöglichkeiten im Maßregelvollzug zu schaffen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Es geht im ungünstigsten Fall darum, daß wir drei bis vier Personen nicht außerhalb Bremens mehr entsprechend dem in der Vergangenheit festgestellten Bedarf unterbringen können, sondern für sie in Bremen dann eine Alternative aufbauen müssen. Ich habe da Ideen, die ich Ihnen aber jetzt nicht darlegen will, Frau Erlenwein, weil ich erst einmal loyal mit der Justizverwaltung und der Gesundheitsverwaltung diesen Prozeß beraten muß, wie die wirklich großen Fehler des bisherigen Brauel-Projekts, die auch Berlin zum Kündigen veranlaßt und die Hamburger Senatsverwaltung zu einer ganz kritischen Distanz gebracht haben, aufgearbeitet werden. Dieses Institut ist hoch kritikbedürftig und sehr teuer, wenn ich das auch noch sagen darf.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Frau Erlenwein!

- (A) Abg. Frau **Erlenwein** (CDU): Das ist eine Zusatzfrage! Ist es richtig, daß Sie unter anderem aus finanziellen Gründen diese Kündigung vorgenommen haben, nicht aus inhaltlichen? Da schließt sich die Frage an, ob Sie bereit sind, wenn Sie dann dort die Kosten einsparen, dieses eingesparte Geld dann für die Drogenarbeit hier in Bremen in anderen Bereichen einzusetzen.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Zur Zeit müssen wir gut 900 000 DM für im Schnitt drei bis vier erwachsene, nicht, wie zunächst geplant war, jugendliche Drogenabhängige zahlen, das ist unglaublich viel Geld. Das kann man als Pflegesatz überhaupt nicht mehr rechnen, und das für einen Strafvollzug, um das einmal blank zu sagen!

Darum sage ich, das ist erstens zu teuer und zweitens inhaltlich hochproblematisch und muß darum erheblich verbilligt und qualitativ verbessert werden, sonst kann man da guten Gewissens nicht einfach einer Fortsetzung zustimmen. Ich hoffe sehr, daß das Geld nicht in dem großen Topf meines Kollegen Grobecker verschwindet, sondern daß wir gute Begründungen finden, durch gemeindenähe Projekte kostenneutral mehr zu machen, als bisher möglich ist.

- (B) **Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Frau Erlenwein!

Abg. Frau **Erlenwein** (CDU): Noch eine Zusatzfrage, bitte! Habe ich Sie richtig verstanden, daß Hamburg die Bilanz dieser Arbeit in Brauel sehr kritisch betrachtet, und ist es dann vielleicht so zu verstehen, daß ich die Presseerklärung des Senats von Hamburg, die jedoch eine sehr positive beachtliche Erfolgsbilanz deutlich beschreibt, die da zu verzeichnen ist in Brauel, hier offensichtlich falsch verstanden habe?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Die Hamburger haben das Problem, daß die Justizverwaltung anderer Meinung ist als die Sozialverwaltung. Die Justizverwaltung gibt solche Erklärungen in Hamburg heraus, und die Sozialverwaltung erklärt, wer immer sie fragt, daß sie nichts davon halte. Ich bin ein bißchen näher an der Sozialverwaltung in Hamburg, darum ist meine Einschätzung über diese Schiene vermittelt.

Die Berliner sind sich übrigens einig. Wenn Sie einmal meinen Kollegen Ulf Fink fragen, liebe Frau Erlenwein, dann bekommen Sie da ganz handfeste inhaltliche Begründungen für ein solches Distanzieren von dieser Einrichtung. Das ist ein Problem, das uns quer über die Fraktionen hin beschäftigt.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Frau Schumann!

Abg. Frau **Schumann** (DIE GRÜNEN): Ich hätte auch gern noch einmal näher nachgefragt. Ist die Kündigung oder die voraussichtliche Kündigung des Vertrags mit Brauel unter anderem auch darauf zurückzuführen, daß das Konzept der Zwangstherapie, wie sie in Brauel durchgeführt wird, als gescheitert angesehen wird? Welche Erkenntnisse besitzt der Senat über die Erfolgsquote der Zwangstherapie in Brauel, das heißt, wie hoch ist die Quote der Patienten, die dauerhaft drogenfrei sind?

Präsident Dr. Klink: Immer schön nur eine Frage!

(Abg. Frau **Schumann** [DIE GRÜNEN]: Es hängt zusammen!)

Bitte sehr, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Ich habe es verstanden, Frau Schumann. Also, wir haben im Dezember gekündigt, nicht voraussichtlich. Das war der erstmögliche Zeitpunkt, aus diesem langfristigen Vertrag herauszukommen, und das wirkt alles erst Ende 1989.

Das Evaluieren, das fragen Sie ja, ist ein großes Problem. Es gibt sowohl von Berlin als auch von Hamburg und Bremen immer wieder Druck, daß die Klinik systematisch ihre Erfolge belegt, und das ist bisher noch nicht überzeugend gelungen. Das ist auch objektiv schwierig, muß man wissen, weil eine lange Evaluationszeit bei hart drogenabhängigen Personen schwer organisierbar ist. Man kann die Patienten nur schwer langjährig mit einer wissenschaftlichen Untersuchung begleiten. Trotzdem, denke ich, besteht auch wissenschaftlich eine große Kritik.

Das Hauptproblem ist, daß wir für Jugendliche etwas machen wollten. Diese Jugendlichen gibt es offenbar gar nicht, jedenfalls aus Bremen nicht, auch aus Berlin nicht. Faktisch hat sich diese Einrichtung zu einem Erwachsenen-Sonderstrafvollzugsinstitut entwickelt, und das wollten wir an sich alle nicht, jedenfalls nicht so.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Frau Schumann!

Abg. Frau **Schumann** (DIE GRÜNEN): Welche neuen Konzepte für die Drogenklinik Brauel verfolgt der Senat, wenn der Vertrag für den Maßregelvollzug nach Paragraph 93 a JWG gekündigt worden ist?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Das Institut liegt ja in Niedersachsen. Es ist zwar unsere Liegenschaft, da hatten wir ganz früher einmal ein Kinderkrankenhaus, und wir waren ganz froh, daß sich dann diese Liegenschaft so nutzen ließ, aber inzwischen hat der niedersächsische Sozialminister dort viel investiert, auch als Modellvorhaben vom Bund gefördert. Er erklärt auch gelegentlich, er wolle diese Investitionen

(C)

(D)

(A) noch durch weitere Investitionen rechtfertigen. Darum ist es, denke ich, in erster Linie seine Sache, was aus Brauel wird, wenn es ihm nicht gelingt, Berlin, Bremen und auch Hamburg mit dieser Variante, die ich Ihnen, Frau Erlenwein, genannt habe, weiter bei diesem Projekt an seiner Seite zu halten.

Hier in Bremen sind wir seit langem darauf aus, daß wir möglichst gemeindenaher, möglichst offene Therapieketten stützen und fördern wollen.

Präsident Dr. Klink: Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte sehr, Frau Schumann!

Abg. Frau **Schumann** (DIE GRÜNEN): Bedeutet die Kündigung, daß der Justizsenator jetzt an die Stelle des Gesundheitssenators treten wird, um ihm in Brauel Plätze reservieren zu lassen nach Paragraph 65 Abs. 2 des Strafvollzugsgesetzes, das heißt also Verlegung in Krankenhäuser außerhalb des Vollzugs?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Wir bemühen uns, möglichst eine gemeinsame zwischen den Verwaltungen abgestimmte Linie zu vertreten, damit es nicht so schwierig wird wie gelegentlich in Hamburger Presseveröffentlichungen. Es kann nicht so sein, daß der eine Plätze kündigt, die der andere gerade reserviert.

(B) Darf ich noch etwas Böses sagen? Ich habe den Eindruck, daß es uns bisher nicht gelungen ist zu verhindern, daß die für unser Geld nach Brauel transportierten anschließend weitertransportiert worden sind, zum Beispiel nach Mohringen. Mohringen ist ein altes Konzentrationslager; das müssen Sie wissen. Ich finde, das ist nicht zu rechtfertigen, daß Bremer Drogenabhängige über solche Schienen weiter verschoben werden. Das muß wirklich, auch wenn die Justizverwaltung dort Handlungsbedarf sieht, in Zukunft ausgeschlossen werden. Das weiter zu rechtfertigen und zu vertreten bin ich nicht bereit.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich bei Herrn Bürgermeister Dr. Scherf für die erteilten Auskünfte.

Die dritte Anfrage steht unter dem Betreff „**Baurechtswidrige Zustände in Bremerhaven bei der Genehmigung eines Einkaufszentrums in der Voßstraße**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Teiser, Kudella, Metz und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Teiser, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Teiser** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die Tatsache, daß nach ordnungsgemäßer Ablehnung einer Bauvoranfrage durch das Bauordnungsamt der Stadt Bremerhaven und nach Zurückweisung des Widerspruchs durch die Widerspruchsbehörde des Senators für Umweltschutz und Stadtentwicklung die Stadt Bremerhaven danach einen öffentlich-rechtlichen Ver-

trag mit dem Antragsteller geschlossen hat, wonach trotz aller rechtlichen Bedenken die Genehmigung des Bauvorhabens ermöglicht werden soll? (C)

Zweitens: Wie beurteilt der Senat den Inhalt dieses Vertrages in rechtlicher Hinsicht?

Drittens: Hat der Senat Erkenntnisse über die Gründe, die dazu geführt haben, diesen Vertrag abzuschließen?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Frau Senator Lemke.

Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung Frau Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Das Bauordnungsamt Bremerhaven hat am 23. Dezember 1987 eine Baugenehmigung für eine Nutzungsänderung eines SB-Möbelmarktes zu einem Einkaufszentrum erteilt. Als Rechtsgrundlage für diese Baugenehmigung ist der Paragraph 34 Absatz 2 Baugesetzbuch vom 8.12.1986 angesehen worden.

Danach sind die Bauordnungsbehörden berechtigt, Baugenehmigungen im Wege einer Befreiung gemäß Paragraph 31 Absatz 2 Baugesetzbuch zu erteilen, wenn die Abweichung auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist und wenn unter anderem eine nicht beabsichtigte Härte vorliegt. Der Widerspruchsbescheid vom 24.10.1986, mit dem die Ablehnung einer Voranfrage durch das Bauordnungsamt bestätigt wurde, bezog sich auf den Paragraphen 34 des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 18.8.1976, der nicht die Ermächtigung enthielt, Befreiungen zu erteilen. (D)

Inzwischen liegen dem Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung folgende Eingaben vor, über die noch zu entscheiden ist: erstens, eine Eingabe einer Interessengemeinschaft „Voßstraße“, mit der bei der Aufsichtsbehörde der Antrag gestellt wird, dafür zu sorgen, daß die als unzulässig bezeichnete Baugenehmigung aufgehoben wird, zweitens, Widersprüche von anderen Ladenbesitzern und eines Nachbarn und drittens, eine Petition an die Bremische Bürgerschaft, die das Ziel verfolgt zu gewährleisten, daß die Aufsichtsbehörde im Sinne des Begehrens der Interessengemeinschaft entscheidet.

Der Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung hat die unverzüglich eingeleiteten Überprüfungen noch nicht abschließen können.

Unter Berücksichtigung dieses Verfahrensstandes werden die Fragen zusammengefaßt wie folgt beantwortet: Der in der Anfrage erwähnte öffentlich-rechtliche Vertrag wurde am 13.3.1987 zwischen dem Magistrat der Stadt Bremerhaven und der betroffenen Möbelfirma abgeschlossen, nachdem die Firma gegen den vorher erteilten Ablehnungsbescheid und den Widerspruchsbescheid Klage beim Verwaltungsgericht erhoben hatte.

(A) Die Stadt Bremerhaven führt Gerichtsverfahren in Bauordnungsangelegenheiten selbständig durch.

Durch das Baugesetzbuch ist eine Änderung des Planungsrechts eingetreten. Der Vertrag bezog sich auf eine Bauvoranfrage, die nach altem Recht zu beurteilen war.

Eine Veranlassung, den Vertrag einer rechtlichen Prüfung durch den Senat zu unterziehen, besteht somit nicht. — Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Dr. Klink: Besteht der Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Teiser!

Abg. **Teiser** (CDU): Ich habe nur eine Zusatzfrage, da Sie Ihre Prüfungen noch nicht abgeschlossen haben! Frau Senator, was gedanken Sie zu tun, außer sich auf die Neuregelung des Baugesetzbuches zu beziehen? Hat zum Beispiel einmal jemand aus Ihrer Behörde sich das vor Ort angesehen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Senator!

Frau Senator Lemke: Selbstverständlich! Wir haben den Magistrat der Stadt Bremerhaven um eine Stellungnahme gebeten. Sie ist erst gestern eingegangen. Sie muß noch geprüft werden. Ich kann nur nach Recht und Gesetz handeln. Das ist meine Aufgabe.

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Schramm!

(B) Abg. **Schramm** (DIE GRÜNEN): Frau Senator, hat die Widerspruchsbehörde auch die Möglichkeit, einen Baustopp zu verhängen, wenn es bei der Abwicklung des Vertrags zu Unregelmäßigkeiten kommt?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Senator!

Frau Senator Lemke: Wir müssen zunächst einmal alles überprüfen, auch die Eingaben, die ich Ihnen eben während der Beantwortung der Anfragen des Abgeordneten Teiser vorgetragen haben. Wir können nur nach Recht und Gesetz entscheiden. Die Entscheidung wird zu treffen sein, wenn die Überprüfung abgeschlossen ist.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Schramm!

Abg. **Schramm** (DIE GRÜNEN): Ist Ihnen bekannt, daß bereits eine juristische Einschätzung der Sachlage vorliegt, die zum Ergebnis hat, daß dieser öffentlich-rechtliche Vertrag rechtswidrig ist?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Senator!

Frau Senator Lemke: Das ist die Einschätzung eines Rechtsanwalts, der die Interessengemeinschaft vertritt. Den meinen Sie, nicht wahr?

(Abg. **Schramm** [DIE GRÜNEN]: Ja, den meine ich natürlich!)

(C) Ich kann diese Einschätzung nur zur Kenntnis nehmen. Ich sagte ja, wir befinden uns noch in der Überprüfung. Wir werden selbstverständlich — es gibt gar keine andere Entscheidung — nach Recht und Gesetz entscheiden.

Vielleicht darf ich Sie noch einmal davon unterrichten, daß sich die Rechtslage inzwischen durch das neue Baugesetzbuch geändert hat. Die Bauvoranfrage ist nach altem Recht gestellt worden, auch in wesentlich kleinerem Umfang als jetzt der Antrag.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Schramm** (DIE GRÜNEN): Es könnte ja sein, daß Sie zu den gleichen rechtlichen Einschätzungen wie der genannte Rechtsanwalt kommen. Zieht der Senat in diesem Fall irgendeine Konsequenz aus den Unregelmäßigkeiten?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Senator!

Frau Senator Lemke: Ich halte es nicht für angezeigt, jetzt darüber zu spekulieren, zu welcher Rechtsauffassung mein Haus und ich kommen. Wenn die Prüfung abgeschlossen sein wird, werden wir selbstverständlich auch im Senat zu Konsequenzen kommen.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die dritte Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Frau Senator Lemke.

(D) Die vierte Anfrage ist heute morgen zurückgezogen worden.

Die fünfte Anfrage trägt die Überschrift „**Umrüstung des Airbus zu einem Luftwaffen-Flugzeug**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Fücks, Thomas und Fraktion DIE GRÜNEN.

Ich bitte den Abgeordneten Fücks, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Fücks** (DIE GRÜNEN): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Kenntnisse besitzt der Senat über das Angebot einer militärischen Airbus-Version — ATT 300 — durch MBB?

Zweitens: Wie beurteilt der Senat diesen Schritt und seine Konsequenzen für den MBB-Standort Bremen?

Drittens: Teilt der Senat die Auffassung, daß es sich hier um die Zweckentfremdung öffentlicher Gelder handelt, die ausschließlich für zivile Zwecke vergeben wurden?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senatsdirektor Dr. Haller.

Senatsdirektor Dr. Haller: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Nach Angaben von MBB sind Vorstudien mit dem Ziel angestellt worden, gebrauchte beziehungsweise ausgemusterte Maschinen des Typs

- (A) A 300 durch Umbau als Tankflugzeuge nutzbar zu machen. Konkrete Angebote gibt es seitens MBB bisher nicht.

Zu zwei: Im Falle einer positiven Entscheidung von MBB, gebrauchte Flugzeuge umzurüsten, werden die Arbeiten voraussichtlich an das auf Unterhaltungs- und Umbauarbeiten spezialisierte Werk Lemwerder gehen. Direkte Arbeitsplatzauswirkungen auf den MBB-Standort Bremen sind also nicht zu erwarten.

Zu drei: Nein! — Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Dr. Klink: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? — Bitte, Herr Fücks!

Abg. Fücks (DIE GRÜNEN): Herr Senatsdirektor, wie vereinbart sich mit Ihrer ersten Antwort, nach der es sich lediglich um Projektstudien von MBB handelt, die Berichterstattung in mehreren Zeitungen, daß MBB auf der Luftfahrtmesse Aerospace 88 im Januar in Singapur bereits eine entsprechende Version des Airbus angeboten hat, und zwar als militärisches Allzweckflugzeug, das als Truppentransporter, militärisches Frachtflugzeug, für militärische Überwachungsaufgaben oder fliegende Kommandozentrale geeignet ist, und daß bereits konkrete Verhandlungen mit interessierten Staaten stattgefunden haben?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Haller!

- (B) **Senatsdirektor Dr. Haller:** Vorstudien bedeuten nicht nur, daß etwas auf dem Papier entworfen wird, sondern daß durchaus erste Umrüstungsversuche stattfinden. Daß dies geschieht, ist ja ganz klar, wenn man sich überlegt, ob man entsprechende Flugzeuge wirtschaftlich anbieten kann. Konkrete Verhandlungen gibt es nach unseren Informationen bisher nicht. Ich habe es eben schon gesagt!

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Fücks!

Abg. Fücks (DIE GRÜNEN): Herr Senatsdirektor, zu Frage drei, wie vereinbart sich die Beurteilung des Senats mit der Stellungnahme eines Sprechers des Bundeswirtschaftsministeriums, der im „Weser-Kurier“ vom 27. Januar zitiert wird und nach dessen Aussage eine Vereinbarung zwischen dem Bund und MBB besteht, nach der Airbus-Subvention nicht für militärische Zwecke zu verwenden seien?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Haller!

Senatsdirektor Dr. Haller: Das ist selbstverständlich! Der Airbus ist in den Entwicklungskosten subventioniert worden als ein Flugzeug, das rein privaten Zwecken dient, reinen wirtschaftlichen Zwecken. Insofern wird eine Umrüstung ausgemusterter Flugzeuge nicht erneut mit Subventionen bedient, sondern dies muß MBB, wie viele andere Unternehmen in der Welt, aus eigenen Kräften leisten. Der Airbus wird nicht erneut subventioniert, so daß hier keine Zweckentfremdung festzustellen ist.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr! (C)

Abg. Fücks (DIE GRÜNEN): Eine letzte! Herr Senatsdirektor, würden Sie der Interpretation zustimmen, daß MBB die zivilen Entwicklungssubventionen genutzt hat, um anschließend ein militärisches Geschäft zu machen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Haller!

Senatsdirektor Dr. Haller: Nein!

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort der Abgeordnete Thomas.

Abg. Thomas (DIE GRÜNEN): Herr Senatsdirektor, wenn Sie unsere Auffassung über die Zweckentfremdung öffentlicher Gelder zurückweisen, wie beurteilen Sie den gleichen Vorwurf, den der SPD-Bundestagsabgeordnete Waltemathe gegenüber der Bundesregierung beziehungsweise MBB erhoben hat und zu dessen Klärung er auch den Haushaltsausschuß des Bundestags eingeschaltet hat?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Haller!

Senatsdirektor Dr. Haller: Daß es legitim ist zu überprüfen, ob frühere Subventionen nicht in falsche Richtungen gehen, ist klar! Nach unseren Informationen ist aber keine Zweckentfremdung festzustellen. Ich kann Ihnen daher keine weiteren Auskünfte geben. (D)

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Nibelungen-treue ist das!)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist auch die fünfte Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senatsdirektor Dr. Haller für die erteilten Auskünfte.

Die sechste Anfrage bezieht sich auf den **Ausbau der Flughafenstartbahn**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Fücks, Thomas und Fraktion DIE GRÜNEN.

Ich bitte den Abgeordneten Fücks, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Fücks (DIE GRÜNEN): Wir fragen den Senat:

Erstens: Treffen Presseberichte vom Januar zu, wonach die Geschäftsleitung von MBB gegenüber dem Senat über die volle Nutzbarmachung der jetzigen Startbahn hinaus ihre Verlängerung um 600 Meter gefordert hat?

Zweitens: Bleibt der Senat bei der von Senator Kunick geäußerten Auffassung, die Verlängerung der Startbahn um je 300 Meter nach Osten und nach Westen komme nicht in Frage?

Drittens: Wann liegt der Bericht der Arbeitsgruppe des Senats zum Flughafenausbau vor, und wann wird er den zuständigen Deputationen zur Verfügung gestellt?

(A) **Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Kunick.

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr und für Arbeit Kunick: Herr Präsident, Herr Fücks, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet Ihre Fragen wie folgt:

Zu Frage eins: Ja!

Zu Frage zwei: Ich habe lediglich erklärt, daß die von MBB verlangte Doppelverlängerung um je 300 Meter im Osten und im Westen nur in Betracht kommen könne, wenn dies für den A-330-/A-340-Flügeltransport unbedingt erforderlich sei. Der Senat wird über die zum Abtransport des A-330-/A-340-Flügels nötige Maßnahmen nach Vorlage des in Auftrag gegebenen Gutachtens eines Luftfahrtsachverständigen entscheiden.

Zu drei: Die Senatsarbeitsgruppe wird ihren Bericht zum Airbusflügeltransport zusammen mit dem Ende Februar erwarteten Sachverständigengutachten vorlegen.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Fücks!

Abg. Fücks (DIE GRÜNEN): Herr Senator, habe ich Sie in Punkt eins Ihrer Antwort auf unsere Anfrage richtig verstanden, daß der Senat inzwischen die Verlängerung der Startbahn in Richtung Stuhr, also in den Westen, zumindest in Erwägung zieht?

(B)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kunick: Ich habe mit Ja geantwortet. Wenn Sie Ihre Anfrage richtig lesen und dieses Ja nehmen, kann es gar keinen Zweifel geben. Sie müssen nur zuhören, Herr Abgeordneter.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Fücks!

Abg. Fücks (DIE GRÜNEN): Ich bestehe aber darauf, daß es noch einmal protokollarisch festgehalten wird, weil es eine Revision ist. Darf ich nachfragen, Herr Präsident?

Präsident Dr. Klink: Ja!

Abg. Fücks (DIE GRÜNEN): Würden Sie mit mir übereinstimmen, daß diese Aussage im Widerspruch zu Äußerungen steht, die Sie persönlich, übrigens auch Bürgermeister Wedemeier, im Oktober und November letzten Jahres gemacht haben, die zum Beispiel im „Weser-Kurier“ vom 28.10. folgendermaßen wiedergegeben worden sind: „Verkehrssenator Kunick sprach sich gestern gegenüber dem ‚Weser-Kurier‘ gegen zusätzliche Verlängerung in Richtung Westen aus.“?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kunick: Herr Abgeordneter Fücks, Sie sind nicht Mitglied der Deputation für Häfen, Schifffahrt und Verkehr,

(C)

(Abg. Fücks [DIE GRÜNEN]: Ich kann ja nicht überall Mitglied sein!)

obgleich Ihre Fragestellung gewissermaßen doch die Kontrolle der Information, die Ihr Kollege Ihnen wohl ständig gibt, beinhaltet. Ich sage Ihnen noch einmal, was ich in der Deputation und überall öffentlich gesagt habe.

Wir prüfen die Forderung von MBB daraufhin, ob die geforderten Investitionen für die Startbahnverlängerung zum Transport des Airbusflügels notwendig sind mit dem Ziel, nicht mehr Beton auszugießen und nicht mehr Fluglärm zu verursachen, als dies für diesen speziellen Transport unbedingt erforderlich ist. Welche praktische Antwort diese Prüfung letztendlich ergibt, kann ich nicht vorwegnehmen, das habe ich nirgendwo vorweggenommen. Ich habe mich nur überall dagegen gewehrt, daß Forderungen bereits hingenommen werden, so als ob es feststehe, daß etwas gebraucht würde.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Fücks!

Abg. Fücks (DIE GRÜNEN): Herr Senator, wäre Ihrer Auffassung nach eine Startbahnverlängerung über die volle Nutzbarmachung in Richtung Westen hinaus mit dem bestehenden Planfeststellungsverfahren zur Ochtumverlegung vereinbar?

(D)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kunick: Das wird rechtlich zu prüfen sein, wenn eine Notwendigkeit zur Investition über die Nutzbarmachung hinaus nachgewiesen wird. Dazu gebe ich vorher kein rechtliches Urteil ab.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? Bitte, Herr Fücks!

Abg. Fücks (DIE GRÜNEN): Herr Senator, trifft es zu, daß der zunächst von MBB geforderte Direktflug des Superguppy mit dem Flügel des Airbus A 340 nach Toulouse aus technischen Gründen nicht möglich ist, und zwar unabhängig von der Länge der Bremer Startbahn?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kunick: Auch dies will ich heute nicht absolut beantworten. Ich habe aber starke Zweifel, daß dies, mit welcher Startbahnlänge auch immer, möglich ist, denn der Superguppy verbraucht Benzin. Entweder wird der Superguppy mit Benzin vollgetankt und der Flügel bleibt hier oder umgekehrt, beides kann er natürlich nicht leisten. Das ist aber eine

- (A) technische Frage, und ich bin kein Flugzeugtechniker, das tut mir leid!

(Abg. T h o m a s [DIE GRÜNEN]: Es geht auch um Kerosin und nicht um Benzin!)

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Fücks!

Abg. Fücks (DIE GRÜNEN): Herr Senator, wird damit nicht die zentrale Begründung, mit der MBB eine Verlängerung der Startbahn um 600 Meter gefordert hat, hinfällig?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kunick: Herr Abgeordneter Fücks, ich wiederhole, es ist die Absicht des Senats, die Produktion dieses Flügels in Bremen zu ermöglichen und den Abtransport unter zumutbaren Bedingungen für die Bevölkerung und für das Unternehmen zu gewährleisten. Auf welche Weise wir das machen, wie weit der Superguppy fliegen kann, bis er eine Zwischenlandung machen muß, das alles kann ich Ihnen heute nicht beantworten. Für uns lautet die Kernfrage, wie wir die Arbeitsplätze in Bremen sichern und wie wir die Bevölkerung vor Fluglärm schützen. Mehr kann ich und will ich auch Ihnen gegenwärtig nicht sagen.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Fücks!

Abg. Fücks (DIE GRÜNEN): Eine letzte! Herr Senator, halten Sie die Interpretation, die ein Betriebsratsmitglied von MBB auf der Einwohnerversammlung in Kattenturm/Huchting gegeben hat, für abwegig, daß MBB Maximalforderungen im Hinblick auf den Flughafenausbau stellt, um den Abzug dieser Produktion vom Standort Bremen zu legitimieren?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kunick: Fragen dieser Art sind verschiedentlich auf Versammlungen gestellt worden. Ich habe den dort anwesenden Marxisten gesagt, daß sie ja wohl nicht erwarten könnten, daß, wenn sie so dächten, der Senat dazu dann auch noch Beiträge mit dusseligen Antworten liefern würde.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das war die letzte Zusatzfrage?

(Heiterkeit — Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Nein!)

Also, dann kommt jetzt die allerletzte! — Bitte sehr!

- Abg. Fücks (DIE GRÜNEN): Diese Antwort provoziert natürlich eine neue Frage! (C)

(Senator K u n i c k : Ja, man zu! Das macht auch Spaß mit Ihnen, Herr Fücks! — Abg. K l e i n [CDU]: Das Wort Marxist war zu einengend! — Senator K u n i c k : Das ist kein Schimpfwort bei mir, Herr Klein, nur bei Ihnen! — Heiterkeit — Abg. K l e i n [CDU]: Das war zu einengend, es gab auch Leninisten!)

Herr Senator, hat sich der Senat vielleicht auch selbst mit dieser Fragestellung beschäftigt?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kunick: Herr Abgeordneter Fücks, ich bin nicht bereit, das Verhältnis zu MBB einerseits und die Entscheidungsspielräume zugunsten der Bevölkerung und der Arbeitsplätze andererseits durch öffentlich gegebene Antworten zu belasten.

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Auch nicht gegenüber dem Parlament?)

Herr Abgeordneter Fücks, auch Sie müßten eigentlich für Arbeitsplätze verantwortlich sein.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Welke!

Abg. Welke (FDP): Herr Senator, Grundlage des Planfeststellungsverfahrens ist ein Staatsvertrag zwischen Bremen und Niedersachsen. Halten Sie es für notwendig, daß bei einem geänderten Planungsinhalt dieser Staatsvertrag neu abgeschlossen oder ergänzt wird? (D)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kunick: Die Antwort kann ich Ihnen erst geben, wenn die technischen Notwendigkeiten feststehen. Bis zu diesem Zeitpunkt habe ich dann auch eine rechtlich fundierte Meinung. Ich weise nochmals darauf hin, ich bin kein Jurist, und ich gefährde hier auch nicht durch Vermutungen die Verfahren.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Welke!

Abg. Welke (FDP): Würden Sie eine mögliche Verlängerung der Start- und Landebahn mit dem gegenwärtig bestehenden Staatsvertrag für vereinbar halten?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kunick: Das kann ich Ihnen im Augenblick nicht beantworten.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Gassdorf!

- (A) **Abg. Gassdorf (CDU):** Herr Senator Kunick, ist es richtig, daß alle eben vom Abgeordneten Fücks gestellten Fragen bereits Gegenstand einer Untersuchung einer vom Senat gebildeten Kommission sind, die sich seit Mitte November mit der Thematik beschäftigt und die uns ihren Bericht, wie Sie eben ausführten, demnächst vorlegen wird?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Kunick: Ja! Da mir dieser Bericht noch nicht vorliegt und ich ihn somit nicht kenne, konnte ich die gestellten Detailfragen nicht beantworten.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Kunick für die erteilten Auskünfte.

Die siebte Anfrage ist wie folgt überschrieben: „**Rechtfertigung von Polizisten-Morden in der AStA-Zeitung der Universität Bremen**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Dr. Schulte, Metz und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Dr. Schulte, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Dr. Schulte (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat den Abdruck eines Artikels in der Zeitung des AStA der Universität Bremen, der den Mord an zwei Polizisten an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens rechtfertigt?

- (B) Welche Maßnahmen hat der Senat im Rahmen seiner Rechtsaufsicht gegenüber den verantwortlichen Herausgebern eingeleitet?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Franke.

(Unruhe)

Ich bitte gleichzeitig, die Unterhaltungen einzustellen. Das gilt auch für die Unterhaltung zwischen einem Mitglied des Senats und einem Mitglied der Bürgerschaft.

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat antworte ich wie folgt:

Zu eins: Angesichts des heimtückischen Mordes an zwei Polizisten überschreitet dieses Pamphlet in seinem Inhalt und seiner Diktion bei weitem den Rahmen dessen, was bei einer argumentativen Auseinandersetzung über unser Gesellschaftssystem noch hinnehmbar ist. Der Senat verurteilt jeden Versuch, ein Mordgeschehen, mit welchen Gründen auch immer, zu rechtfertigen.

Zu zwei: Nach Abschluß der zur Zeit laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und eines sich daran gegebenenfalls anschließenden Strafverfahrens wird der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst deren Ergebnisse auswerten und erforderliche Entscheidungen treffen.

- (C) **Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Dr. Schulte!

Abg. Dr. Schulte (CDU): Sind Sie bereit, Herr Senator Franke, diese Ergebnisse der Deputation für Wissenschaft und Kunst mitzuteilen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Selbstverständlich!

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich für die erteilten Auskünfte bei Herrn Senator Franke.

Die achte Anfrage in der Fragestunde befaßt sich mit der **Verlängerung des Referendariats auf 24 Monate**. Die Anfrage trägt die Unterschriften Jungclaus, Jäger und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Abgeordneten Jungclaus, die Frage vorzutragen!

Abg. Jungclaus (FDP): Wir fragen den Senat:

Zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt der Senat, das vierundzwanzigmonatige Referendariat für Lehramtsbewerber im Lande Bremen wieder einzuführen?

a) Beabsichtigt der Senat, eine Differenzierung in der Dauer des Referendariats für Primarstufen-, Sekundarstufen-I- und Sekundarstufen-II-Lehrer und Lehrer an Sonderschulen?

b) Welche Mehrkosten entstehen für die beabsichtigte Verlängerung des Referendariats differenziert nach Schulstufen und eventuell Sonderschulen für das Land Bremen?

(D) **Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Franke.

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat folgende Antwort:

Die Kultusministerkonferenz hat auf ihrer Plenarsitzung am 12. Dezember 1986 die Vereinheitlichung des Vorbereitungsdienstes für die Lehrämter des höheren Dienstes auf künftig 24 Monate beschlossen, nämlich ab 1.1.1990 den Vorbereitungsdienst für diese Laufbahn auf zwei Jahre zu verlängern. Der Zeitpunkt, zu dem ein verlängertes Referendariat in Bremen eingeführt wird, ist vom Senat noch nicht festgelegt worden.

Alle Differenzierungen bei der Dauer des Referendariats von Primarstufen-, Sekundarstufen-I- und Sekundarstufen-II-Lehrern und Lehrern an Sonderschulen, die letzte Gruppe gibt es übrigens in dieser Bezeichnung in Bremen nicht, entsprechen nicht dem Bremischen Lehrerausbildungsgesetz vom 2. Juli 1974, das für alle Stufen eine gleiche Ausbildungsdauer und wissenschaftliche Gleichrangigkeit vorsieht.

Einzelheiten einer neuen Regelung, zum Beispiel die Finanzierung eventueller Mehrkosten, sind vom Senat noch zu entscheiden. — Soweit die Antwort!

(A) **Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Jungclaus!

Abg. **Jungclaus** (FDP): Herr Senator, ist es mit dem Laufbahnrecht vereinbar, daß alle Lehrer ein vierundzwanzigmonatiges Referendariat zu absolvieren haben? Lehrer des höheren Dienstes müßten danach dann, das haben Sie eben ausgeführt, ein Referendariat von 24 Monaten und Lehrer des gehobenen Dienstes von 18 Monaten absolvieren.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Es ist die Aufgabe des Landesgesetzgebers, die Referendariatsdauer über das Lehrerausbildungsgesetz zu definieren. Die von Ihnen angeführten Zeiten sind Mindestzeiten.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Jungclaus!

Abg. **Jungclaus** (FDP): Herr Senator, sehen Sie nicht die Freizügigkeit für die Lehrer der Sekundarstufe I und der Primarstufe im Vergleich zu den Lehrern in anderen Bundesländern, die nur ein achtzehnmonatiges Referendariat abzuleisten haben, eingeschränkt, wenn diese Lehrer ein Referendariat von 24 Monaten absolvieren müssen? Unsere Bremer Lehrer haben zur Zeit den Nachteil, daß das Referendariat nicht 24 Monate umfaßt.

(B)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Wir sind ja nicht die einzigen, Sie wissen, daß es im Augenblick in anderen Bundesländern, zum Beispiel im CDU-regierten Rheinland-Pfalz, immer noch einen anderthalbjährigen Vorbereitungsdienst gibt. In einigen Bundesländern besteht also ein Nachholbedarf.

In bezug auf die Anerkennungsproblematik unterstellt Ihre Frage, daß ein bremischer Lehrer in einem anderen Bundesland nicht akzeptiert wird, weil er statt des achtzehnmonatigen ein vierundzwanzigmonatiges Referendariat hinter sich hat. Ich würde vermuten, daß die Nichtanerkennungen dann ausgesprochen werden, wenn ein Bundesland unterhalb der Referendariatszeit eines anderen liegt, aber nicht dann, wenn es über der Referendariatszeit eines anderen Bundeslandes liegt.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann bedanke ich mich für diese Anfrage und Antwort.

Die Anfrage Nummer 8a betrifft den **Ehrendokortitel der Universität Bremen für Daimler-Benz-Chef Niefer**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Trüpel-Rüdel, Thomas und Fraktion DIE GRÜNEN.

Ich bitte die Abgeordnete Frau Trüpel-Rüdel, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Trüpel-Rüdel** (DIE GRÜNEN): Wir fragen den Senat: (C)

Erstens: Stimmt es, daß der Senat in das Ehrenpromotionsverfahren der Uni Bremen zugunsten von Daimler-Benz-Chef Niefer eingegriffen hat?

Zweitens: Treffen Zeitungsberichte zu, nach denen durch senatorischen Eingriff Druck auf Professor Wittkowsky ausgeübt wurde, sein Stimmverhalten oder sein sonstiges Verhalten im Fachbereichsrat zu ändern?

Drittens: Was hat den Senat veranlaßt, sich so vehement für die Vergabe des Doktor h.c. an Herrn Niefer einzusetzen?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Franke.

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat folgende Antwort! Zu eins: nein; zu zwei: nein! Zu drei: Der unterstellte Sachverhalt war nicht gegeben.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. Frau **Trüpel-Rüdel** (DIE GRÜNEN): Wie stehen Sie zu dem Zeitungsbericht des „Weser-Kurier“ vom 2. Februar 1988, in dem Herr Professor Wittkowsky ausgeführt hat, daß Druck in dieser Art und Weise auf ihn ausgeübt worden sei? Möchten Sie hier Herrn Professor Wittkowsky der Lüge bezichtigen, Herr Senator? (D)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Ich glaube nicht, daß Herr Professor Wittkowsky öffentlich oder in anderen Gesprächen erklärt, daß auf ihn Druck ausgeübt worden sei, damit würde nämlich Herr Professor Wittkowsky eine Faktenlage konstruieren, die in der Rechtssituation eines Professors an der Universität Bremen nicht besteht. Ich bezweifle also, daß Herr Professor Wittkowsky solche Äußerung macht.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr, Frau Trüpel-Rüdel!

Abg. Frau **Trüpel-Rüdel** (DIE GRÜNEN): Es ist aber offensichtlich, daß von Ihrer Seite aus in inneruniversitäre Belange eingegriffen wurde! Sehen Sie nicht die Gefahr, daß der Universität Schaden zugefügt wird, indem die Verleihung eines Doktorgrades h.c. außeruniversitären Einflüssen sowie außerwissenschaftlichen Zielen untergeordnet wird und indem sich die Universität entsprechend instrumentalisieren läßt?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Franke!

Senator Franke: Gestatten Sie mir, Frau Abgeordnete, doch in aller Bescheidenheit darauf hinzuwei-

- (A) sen, daß der Senat gerade diesen Umstand, den Sie ihm unterstellen, bestreitet.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. Frau **Trüpel-Rüdel** (DIE GRÜNEN): Hat der Senator ein Politikverständnis, das den Arbeitsplatz-erhalt von der Schmeichelei eines Vorstandsvorsitzenden der Daimler-Benz AG abhängig macht?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Ich vermute, daß Sie mich meinen,

(Abg. Frau **Trüpel-Rüdel** [DIE GRÜNEN]: Ja, ich meine Sie!)

weil Sie nur Senator sagten, es sind ja viele Senatoren vorhanden!

(Abg. **F l u ß** [SPD]: Franke ist einzig!)

Wenn Sie, Frau Abgeordnete, mir unterstellen, daß ich sehr weit und sehr engagiert für den Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen in Bremen gehe, dann antworte ich darauf mit Ja, wenn Sie sagen, ob ich bereit bin, auch gegenüber Industriegewaltigen mit Schmeicheleien zu arbeiten, dann würde ich zunächst einmal unterstellen, daß mit Schmeicheleien gegenüber Industriegewaltigen keine Arbeitsplätze in Bremen zu sichern sind, sie gehen nach anderen Kriterien vor.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Sollte mir allerdings ein Industriegewaltiger anbieten, wenn ich ihm schmeichelte, brächte er 1000 Arbeitsplätze nach Bremen, täte ich auch das.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Dr. Schulte!

Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Herr Senator, können Sie aus Ihrer Kenntnis bestätigen oder nicht bestätigen, daß es im vorliegenden Fall möglicherweise in der Universität zu einem Kuhhandel kommen könnte, akzeptierst du meinen Ehrendoktor, akzeptiere ich deinen Berufungsvorschlag?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Herr Abgeordneter Dr. Schulte, der Senat achtet peinlichst darauf, sich nicht in universitätsinterne Angelegenheiten einzumischen, und insofern enthalte ich mich jeder Bewertung von irgendwelchen inneruniversitären Prozessen.

(Abg. **Klein** [CDU]: Denken Sie an die Decke, Herr Senator! — Abg. **F ü c k s** [DIE GRÜNEN]: Die Balken biegen sich schon!)

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Dr. Schulte! (C)

Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Herr Senator, da Sie spätestens als Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst bei einer Berufung die Entscheidung zu treffen hätten, würden Sie irgendwelche Folgerungen ziehen, wenn Sie eine solche Situation zur Kenntnis nehmen würden?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Herr Abgeordneter Dr. Schulte, ich glaube, meine Berufungspraxis, die von Ihnen seit einigen Jahren verfolgt wird, hat doch, übrigens recht wirkungsvoll, nur eines zum Ziel gehabt, nämlich die Schwierigkeit, in der sich die Universität Bremen ohne Zweifel im Gründungszustand befunden hat, durch die Zuführung von hoher Fachkompetenz zu überwinden, und diese Tradition gedenke ich auch fortzusetzen. Sie ist übrigens von Ihnen immer anerkannt worden.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Darf ich also Ihrer Äußerung entnehmen, daß Sie fest gewillt sind, den Lehrstuhl für Arbeitswissenschaften beim Fachbereich Produktionstechnik zu belassen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

(D)

Senator Franke: Ich gedenke die hierfür kompetente Entscheidung zu fällen, das heißt also, die Entscheidung, die der Universität am besten bekommt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich für die Antworten.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Einstellungskorridor für Lehrerinnen und Lehrer**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Neujahr, Jäger und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Abgeordneten Neujahr, die Anfrage zu stellen!

Abg. **Neujahr** (FDP): Wir fragen den Senat:

In welcher Größenordnung plant der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst a) die Entfristung von Zeitverträgen von Lehrerinnen und Lehrern und b) Neueinstellungen?

Inwieweit werden insbesondere die für Sonderschullehrerinnen und -lehrer bestehenden Zeitverträge entfristet und die Sonderschullehrerinnen und -lehrer eingestellt, die sich in dieser Schulart bewährt und qualifiziert haben und von den Sonderschulen dringend benötigt und angefordert werden?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Franke.

(A) **Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Erstens: Über die Größenordnung eines eventuellen Personalbedarfs für den Bereich der Berufsschulen, der Sonderschulen und der Primarschulen wird der Senat im Zusammenhang mit einem noch vorzulegenden Standortentwicklungsprogramm für die bremischen Schulen und einem darauf aufbauenden Personalentwicklungskonzept entscheiden.

Zweitens: Nach den Vorgaben des Bundesangestelltentarifvertrages und den bremischen Ausschreibungsrichtlinien ist bereits befristet Beschäftigten bei der Einstellung der Vorrang zu geben, wenn unbefristete Stellen zur Verfügung stehen.

Drittens: Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst hat zur Deckung eines dringenden Bedarfs an Lehrkräften für Berufsschulen und Sonderschulen zum 1.8.1988 Ausnahmen vom Einstellungsstopp beantragt.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen?

(Abg. Neujahr [FDP]: Ja, eine!)

Bitte sehr, Herr Neujahr!

(B) **Abg. Neujahr (FDP):** Herr Senator, wenn Entscheidungen, die Sie eben angekündigt haben, gefallen sind, ist dann eventuell geplant, Lehrer aus dem Sekundarbereich I oder II an Sonderschulen, für die sie nicht ausgebildet sind, zu versetzen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Franke!

Senator Franke: Herr Abgeordneter, wir werden an der Versetzung von Lehrern innerhalb der einzelnen Schulstufen und möglicherweise auch Schulzweigen festhalten müssen. Allerdings sind dabei einige wichtige Rahmenbedingungen zu beachten. Es ist in der Regel nur auf der Freiwilligkeit der betreffenden Lehrkräfte aufzubauen, und es müssen geeignete Fortbildungsmaßnahmen, Stundenbefreiungen auch für Fortbildungsmaßnahmen, vorgesehen werden.

Dieses Verfahren werden wir weiter praktizieren müssen, selbst dann, wenn es zu diesem sogenannten Einstellungskorridor kommt. Ich gebe mich keinen Illusionen hin, ein Einstellungskorridor wird uns nicht in den Stand setzen, sämtliche Bedarfe, die wir in den einzelnen Schulstufen und Schularten haben, durch Neueinstellungen zu decken. Wir werden also nach wie vor gezwungen sein, Versetzungen, wie gesagt, unter Beachtung dieser Rahmenbedingungen vorzunehmen.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Neujahr!

Abg. Neujahr (FDP): Nun doch noch eine! Herr Senator, haben nach Ihren Ausführungen die Quali-

fikation und die Ausbildung des Lehrers die Priorität bei der Beurteilung der Versetzung? (C)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Es ist selbstverständlich, daß tunlichst Lehrer gefunden werden müssen, die von ihrer Qualifikation her für diesen Einsatz geeignet sind. Im Augenblick sind jedoch eine Reihe von Verwerfungen vorhanden, so daß in einigen Bereichen ein Überangebot, in anderen Bereichen ein Unterangebot besteht. Das wird unter den Gesichtspunkten der Qualifikation und der Eignung nicht gänzlich ausgeglichen werden können. Es wird aber im Rahmen der Möglichkeiten versucht werden müssen, Lehrerüberhänge des einen Bereichs für den anderen Bereich, in dem ein Mangel herrscht, nutzbar zu machen.

(Abg. Neujahr [FDP]: Danke!)

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Pfeleiderer!

Abg. Pfeleiderer (DIE GRÜNEN): Herr Senator, habe ich Sie richtig verstanden, wenn Sie sagen, in der Regel werden Sek-I-Lehrer oder Grundschullehrer nicht in die Sonderschulen versetzt werden, heißt das, daß es durchaus Zwangsversetzungen geben wird?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator! (D)

Senator Franke: Also, wir haben im Sekundarstufen-I-Bereich immer noch Lehrer, die von ihrer Ausbildungsqualifikation her die Qualifikation für Grund-, Haupt- und Realschulen besitzen, das ist ja einmal ein in Bremen ausgebildeter Lehrertyp gewesen, die heute zum Teil, nicht nur, im Sekundarstufen-I-Bereich unterrichten. Lehrer, die zum Beispiel mit dieser Qualifikation im Sekundarstufen-I-Bereich unterrichten, können gegen ihren Willen an die Grundschule versetzt werden, weil sie die Qualifikation für die Grundschule von ihrer Ausbildung her besitzen und weil sie für dieses Amt auch eingestellt sind. Da sie in der Regel schon eine ganze Weile nicht mehr in der Grundschule unterrichtet haben, wird man in solchen Fällen natürlich für geeignete Fortbildungsmaßnahmen sorgen müssen.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Pfeleiderer!

Abg. Pfeleiderer (DIE GRÜNEN): Noch eine Frage! Sie nehmen also bewußt in Kauf, daß Lehrer gegen ihren Willen an die Sonderschulen versetzt werden?

(Senator Franke: Ich habe nicht von den Sonderschulen geredet, ich habe von den Grundschulen geredet!)

Können Sie noch dazu Stellung nehmen, weil das eigentlich meine Frage war, inwieweit Zwangsver-

- (A) setzungen an die Sonderschulen dem Niveau dieser Sonderschulen abträglich sein werden?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Herr Pfleiderer, wir haben uns möglicherweise mißverstanden. Ich habe hier eben die Versetzung von GHR-Lehrern aus dem Sek-I-Bereich in den Grundschulbereich entwickelt, und Sie fragen jetzt speziell nach dem Sonderschulbereich. In den Sonderschulbereich sollte man Lehrer, da stimme ich Ihnen zu, tunlichst nicht gegen ihren Willen versetzen.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Pfleiderer** (DIE GRÜNEN): Tunlichst heißt aber mit Ausnahmen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Wenn ich eine vorhandene Situation nicht anders bereinigen kann und ein Lehrer in einem anderen Bereich tätig ist, der qualifikationsmäßig in Frage käme, aber mit der Versetzung nicht einverstanden ist, dann müßte ich unter Umständen auch gegen seinen Willen eine Versetzung vornehmen. Meine Damen und Herren, es ist ja nun nicht so, daß sich im Schulbereich jeder seinen eigenen Platz aussuchen kann, schließlich ist der Lehrer ein Beamter oder ein Angestellter.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Pfleiderer** (DIE GRÜNEN): Herr Senator, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß sich meine Frage nicht auf die Lehrer bezog, sondern das, was mit den zu unterrichtenden Schülern passiert! Können Sie dazu vielleicht noch ganz kurz Stellung nehmen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Ich unterstelle nicht, das hielte ich für katastrophal, daß ein Lehrer, der gegen seinen Willen versetzt worden ist, jetzt sagt, aus Protest heraus unterrichte ich die Kinder schlecht, ich könnte es zwar besser machen, aber ich gehe jetzt richtig negativ vor, weil ich dem Senator zeigen will, daß er mich nicht versetzen darf. Eine solche Haltung, denke ich, nimmt ein Lehrer nicht ein, wenn er es trotzdem fertig brächte, würde ich versuchen, ihn aus dem Schuldienst zu entlassen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die neunte Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Franke.

Die Anfrage Nummer zehn und damit die letzte Anfrage in der Fragestunde beschäftigt sich mit der **Auflösung der Vollzugsgemeinschaft mit Hamburg**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Jungclaus, Jäger und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Abgeordneten Jungclaus, die Anfrage zu stellen!

Abg. **Jungclaus** (FDP): Herr Präsident, bei dieser Anfrage ist es zu einem Übermittlungsfehler gekommen, ich lese zunächst einmal vor, was hier steht!

Wir fragen den Senat:

Welche Auswirkungen hat die Kündigung der Vollzugsgemeinschaft durch Hamburg auf den Bremer Stravollzug?

Ist eine Verlegung erwachsener Gefangener in die Justizvollzugsanstalt mit dem Strafvollzugsgesetz vereinbar?

Richtig heißt es: Ist eine Verlegung erwachsener Gefangener in die Jugendvollzugsanstalt mit dem Strafvollzugsgesetz vereinbar?

Ich bitte Herrn Senator Kröning, auf die zuletzt vorgetragene Frage einzugehen!

Präsident Dr. Klink: Ich will jetzt in keine Motivforschung eintreten, bei wem der Fehler gelegen hat.

(Abg. **Jungclaus** [FDP]: Wir haben das auch nicht herausgefunden, wo der Fehler lag!)

(D)

Aber vielleicht bekommen Sie ja die richtige Antwort! Ich bitte Herrn Senator Kröning, die Antwort zu erteilen.

Senator für Justiz und Verfassung und für Sport Kröning: Davon können Sie überzeugt sein! Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Hamburg hat die Vollzugsgemeinschaft zum 31. März 1988 gekündigt. Die Kündigung hat zur Folge, daß ab 1. April 1988 Freiheitsstrafen weiblicher und männlicher Bremer Gefangener von bis zu sechs Jahren in der Justizvollzugsanstalt Bremen-Oslebshausen vollstreckt werden. Freiheitsstrafen über diese Dauer hinaus können aufgrund einer Übergangsregelung bis Ende 1990 in Hamburg vollstreckt werden.

Durch Verhandlungen mit Niedersachsen soll versucht werden, Bremer Gefangene mit Freiheitsstrafen von über sechs Jahren in niedersächsischen Anstalten unterzubringen. Bremen hat Niedersachsen zum Ausgleich angeboten, niedersächsische Gefangene aus den Amtsgerichtsbezirken des Umlandes zur wohnsitz- und familiennahen Unterbringung in bremische Vollzugseinrichtungen aufzunehmen.

Weitere Auswirkungen der Kündigung der Vollzugsgemeinschaft können erst mitgeteilt werden, wenn Ergebnisse der Verhandlungen mit Niedersachsen vorliegen.

- (A) Zu Frage zwei will ich in der korrigierten Fassung, wir haben auch einen Übermittlungsfehler vermutet, Stellung nehmen, wir konnten aber die Richtigkeit unserer Annahme nicht gleich überprüfen. Auf die vorgesehene Fassung will ich wie folgt antworten, ich hoffe, hier auch im Einklang mit dem Senat zu handeln, der die Antworten auf Anfragen zu beschließen pflegt:

Ja! Die Verlegung von erwachsenen Gefangenen in die Jugendvollzugsanstalt kann im Einklang mit dem Strafvollzugsgesetz erreicht werden, und zwar bei zwei Fallgruppen, erstens bei der Fallgruppe der Kurzstraffer, die im Erwachsenenvollzug nicht unbedingt optimal aufgehoben sind, dann, wenn in dem räumlichen Arrangement der Jugendvollzugsanstalt eine getrennte Unterbringung ermöglicht werden kann, und zweitens für den Personenkreis nach Paragraph 114 Jugendgerichtsgesetz bei bis zu vierundzwanzigjährigen Gefangenen, die von der Vollstreckungsstelle für geeignet befunden werden und dann auch ohne räumliche Unterbringung.

Über dieses besondere sensible Thema habe ich bereits nicht nur mit den Anstalten, sondern auch mit den Jugendrichtern und mit den Vollstreckungsleitern auf seiten des Jugendvollzuges wie auch des Erwachsenenvollzugs Gespräche aufgenommen. Wir befinden uns in dieser Frage noch im Prüfstadium, Herr Abgeordneter Jungclaus, und ich werde der Deputation, wie ich es schon begonnen habe, weiter berichten.

- (B) **Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Jungclaus!

Abg. **Jungclaus** (FDP): Herr Senator Kröning, sind Sie mit mir der Meinung, daß sehr strenge Maßstäbe an die Eignung, Sie erwähnten eben den Paragraph 114, der Strafgefangenen zu stellen sind, und wenn Sie dies bejahen, wie soll diese Eignung festgelegt werden?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Kröning!

Senator Kröning: Das werden wir sehen müssen. Das geht vor allen Dingen nur, wenn die Konzeption des Jugendvollzuges gewahrt bleibt und nur im engen Meinungsaustausch — schon in der Abstimmungsphase, bevor die Weichenstellungen erfolgen — mit allen Beteiligten. Ich nannte hauptsächlich die Stellen der Justiz, die ich in diese Planung einbeziehe.

Ich muß aber ganz deutlich sagen, daß uns nicht nur der Druck, der jetzt aus der Kündigung der Vollzugsgemeinschaft folgt, sondern daß uns auch die Haushaltssituation dazu zwingt, auf eine optimale Auslastung unserer Kapazitäten acht zu geben, nicht nur im Erwachsenenvollzug, sondern auch im Jugendvollzug. Sie wissen ja, daß die Anstalt Blockland bereits zu zwei Dritteln leersteht.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Abgeordneter Jungclaus!

- (C) Abg. **Jungclaus** (FDP): Herr Senator Kröning, wie soll eine Vermischung der Strafgefangenen in der Justizvollzugsanstalt Blockland im Küchen-, Werk-, Arbeits- und Freizeitbereich verhindert werden? Erkennen Sie nicht den negativen Einfluß junger Langstraffer und Ersatzfreiheitsstraffer auf die Jugendlichen, die sich dort zur Zeit befinden?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Kröning!

Senator Kröning: Also, um Langstraffer kann es sich überhaupt nicht handeln, ich sprach von Kurzstrafnern und von solchen, die noch nicht das vierundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben. Ich bitte Sie, diese Detailfragen in der Deputation weiterzuverfolgen, ich habe schon erwähnt, daß wir uns noch im Prüfstadium befinden.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Jungclaus!

Abg. **Jungclaus** (FDP): Eine letzte! Herr Senator, sind Sie mit mir der Meinung, daß ein Jugendlicher vor den Gerichten obsiegen würde, wenn er sich nach dem Vollzug der beabsichtigten Maßnahmen auf den Paragraphen 92 des Jugendgerichtsgesetzes beriefe? Müßten Sie dann den alten Zustand nicht wiederherstellen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Kröning!

(D) **Senator Kröning:** Ja, dieses Risiko ist bekannt. Aber man kann es überblicken, weil man die Rechtsprechung auswerten kann und weil man eine solche Situation, wie wir sie jetzt anstreben — ich sage: nicht aus freien Stücken, sondern anstreben müssen —, aus anderen Bundesländern kennt. Dort ist auch innerhalb eines räumlich-baulichen Bereichs ein Zwei- oder Mehr-Komponenten-Vollzug vorhanden.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Jungclaus!

Abg. **Jungclaus** (FDP): Herr Senator Kröning, werden Sie dieses Thema auf die nächste Deputationssitzung setzen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Kröning!

Senator Kröning: Ich habe vor, die Deputation laufend, so wie ich es bereits bei der vorigen Sitzung getan habe, über die internen Abstimmungen in Bremen und über den Stand der Verhandlungen mit Hamburg und Niedersachsen zu unterrichten. Ich habe mich mit meinem Kollegen Remmers am 17. März verabredet, um über Ihre Hauptfrage — Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen — zu sprechen.

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zusatzfrage die Abgeordnete Frau Schumann!

(A) **Abg. Frau Schumann (DIE GRÜNEN):** Herr Senator, ich würde gern Näheres über den Stand der Verhandlungen wissen! Auf welchem Stand befinden sich die Verhandlungen mit Niedersachsen wegen der Verbringung der in Hamburg einsitzenden Gefangenen in die Justizvollzugsanstalt Celle oder anderer niedersächsischer Strafanstalten?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Kröning!

Senator Kröning: Wir haben bisher nur Schreiben ausgetauscht und Telefonkontakte auf Beamten-ebene geführt. Es zeichnet sich jetzt aber schon ab, daß der Spielraum von Niedersachsen im Hinblick auf ein Entgegenkommen gegenüber Bremen gering ist, weil Niedersachsen aufgrund rückläufiger Gefangenzahlen auch Kapazitäten abbaut und deshalb, wie es scheint, kein besonderes Interesse an unserem Angebot hat. Niedersachsen strebt außerdem gerade in schwierigen Bereichen, etwa im Erwachsenenvollzug und im Sicherheitsvollzug — wenn ich das einmal so ausdrücken darf — in Celle Reformen an, so daß es keine unbegrenzten Aufnahmemöglichkeiten für Bremer Gefangene hat.

(B) Ich bin durch Senatsbeschluß gehalten, alle Verhandlungschancen mit Niedersachsen auszuloten, und Rückwirkungen auf Bremen, die über den vorhandenen Rahmen an Sach- und Personalmittel hinausgehen — unter Einschluß der Einsparungen bis 1995 — zu vermeiden. Dieser Pflicht muß ich mich unterziehen, und darüber werde ich sowohl der Deputation als auch dem Senat Rechenschaft geben.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Frau Schumann!

Abg. Frau Schumann (DIE GRÜNEN): Wie hoch schätzt der Senat die Bedeutung einer wohnortnahen und familiennahen Unterbringung für die Resozialisierungschancen von Gefangenen ein? Würde der Senat mir zustimmen, daß diese Vollzugsprinzipien, die sich allmählich überall durchsetzen, höhere Priorität genießen müssen als das Prinzip der Kostenneutralität bei der Verlegung der Hamburger Gefangenen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Kröning!

Senator Kröning: Nein, diese Abwägung ist nicht möglich, denn wir können auch rechtliche Aufträge — das hat der Bundesgesetzgeber sicherlich so gedacht, und das ist nicht nur in Bremen, sondern überall zu beachten — im gegebenen Finanzrahmen erfüllen. Allerdings nennen Sie eine Leitvorstellung, die ich im Auge behalten möchte und die im großen und ganzen im Bremer Strafvollzug verwirklicht ist.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Frau Schumann!

Abg. Frau Schumann (DIE GRÜNEN): Welche Gründe sprechen dagegen, die Strafgefangenen, die

jetzt in Hamburg einsitzen, in Oslebshausen unterzubringen, wenn dieser Vertrag ausläuft?

(C)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Kröning!

Senator Kröning: Im wesentlichen sind es Gründe — ich sagte es schon —, die in unserem Personal- und Sachmittelrahmen liegen, die uns daran hindern, Gefangene in dem Umfang aufzunehmen, in dem wir sie bisher in Hamburg untergebracht haben.

Wir müßten, wenn wir alle diese Gefangenen nach Bremen zu übernehmen hätten, tiefgreifende organisatorische Veränderungen treffen, die mit Umbauten verbunden wären, nämlich bauliche Veränderungen der großen Häuser in Oslebshausen in Richtung eines Wohngruppenvollzuges. Ein solcher Vollzug wäre auch personalaufwendiger. Ich habe das bereits ganz offen in der Deputation gesagt, ich muß mit meinem begrenzten Finanzrahmen fertigwerden.

Ich kann es nicht zulassen, daß ein beschränkter Vollzug von Freiheitsstrafen Bremer Gefangener in Hamburg oder in Niedersachsen als nicht mit dem Strafvollzugsgesetz vereinbar oder als inhumaner Vollzug hingestellt wird. Ich bin überzeugt davon, daß diese Gefangenen bisher in Hamburg vertretbar untergebracht sind und daß vor allen Dingen keine vollzugspolitischen Fronten zwischen Niedersachsen und Bremen aufgebaut werden dürfen. Ich bin überzeugt von der Arbeit, die mein Kollege Remmers in Niedersachsen leistet, und könnte es vertreten, wenn es uns gelingen würde, unsere Gefangenen dort unterzubringen.

(D)

Präsident Dr. Klink: Die 60 Minuten der Fragestunde sind schon überschritten. Ich bitte, daß Sie das berücksichtigen, und bitte Sie, auch die Fragen daraufhin zu stellen! — Bitte, Frau Schumann!

Abg. Frau Schumann (DIE GRÜNEN): Habe ich Sie eben richtig verstanden, daß Sie sich im Grunde genommen aus Kostengründen praktisch gegen einen Wohngruppenvollzug in Oslebshausen aussprechen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Kröning!

Senator Kröning: Nein, keineswegs! Wenn ich es aus Kostengründen könnte, würde ich ihn vorziehen. Wir werden natürlich den Finanzrahmen und die Entwicklung der Gefangenzahlen in den nächsten Jahren in Oslebshausen im Auge haben und uns diesem Ziele möglicherweise sukzessive nähern.

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort der Abgeordnete Frehe!

Abg. Frehe (DIE GRÜNEN): Herr Senator Kröning, können Sie ausschließen, daß die Verlegung von Erwachsenen in die Jugendvollzugsanstalt negative Auswirkungen auf die Vollzugsdurchführung für die Jugendlichen hat?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Kröning!

(A) **Senator Kröning:** Ja, das ist unser Ausgangspunkt bei den Überlegungen, zu denen ich schon gegenüber dem Abgeordneten Jungclaus Stellung genommen habe. Ich werde der Deputation keine Verlegung der Erwachsenen vorschlagen, wenn ich diesen Nachweis nicht überzeugend führen kann.

Präsident Dr. Klink: Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort der Abgeordnete Jungclaus!

Abg. **Jungclaus** (FDP): Herr Senator, die SPD beklagt immer, daß die Bundesregierung eine Politik zum Nachteil der Randgruppen betreibe. Sie sind sicherlich mit mir der Meinung, daß durch diese Maßnahme gerade die SPD in Bremen eine Politik betreibt, die eine besondere Randgruppe, nämlich die der jugendlichen in den Strafgefangenenanstalten, sehr stark ins Hintertreffen geraten läßt!

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Kröning antwortet hier als Senator und nicht als Vertreter seiner Partei!

Senator Kröning: Na ja, es läßt sich nicht leugnen, Herr Präsident, der Senat wird von einer SPD-Mehrheit getragen, und ich mache aus dieser Eigenschaft keinen Hehl! Das lasse ich aber nicht auf mir sitzen, auch nicht auf meiner Partei, Herr Abgeordneter! Wir können, glaube ich, in Bremen gerade im Jugendvollzug und auch bei den Alternativen zur Freiheitsstrafe an Jugendlichen einen überzeugenden Erfolgsnachweis führen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben vor, auf diesem Wege fortzuschreiten. Dieser Weg wird damit verbunden sein, daß die Anstalt in Blockland in wesentlichen Teilen einer neuen Nutzung zugeführt oder geschlossen werden muß.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist auch die letzte Frage beantwortet. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Kröning.

Damit ist Punkt zwei der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Erlenwein, Metz und Fraktion der CDU folgendes Thema frist- und formgerecht beantragt worden:

Unzureichende Unterbringungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Spätaussiedler.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Erlenwein.

Abg. **Frau Erlenwein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! (C)

(Vizepräsident Frau **Leinemann** übernimmt den Vorsitz.)

Die CDU-Fraktion hat dieses Thema für die Aktuelle Stunde heute beantragt, weil wir es nicht länger beantworten können, daß die Mißstände in bezug auf die Aussiedler, die hier nach Bremen kommen, und alles, was damit zusammenhängt, länger ausschließlich in den Deputationen behandelt werden. Wir meinen, daß wir uns als Parlament nicht mehr aus dieser Diskussion heraushalten dürfen und daß wir auch für die Zukunft parlamentarisch Verantwortung tragen.

Ich sehe schon einen ganz kleinen Erfolg dieser Aktuellen Stunde, die wir beantragt haben. Sie hat immerhin mit sich gebracht, daß sich die Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses in Lesum sachkundig gemacht haben. Ich selbst bin dort gewesen, die Kollegen von der SPD und, wie ich heute aus der „Norddeutschen“ entnehme, auch die Kollegen der FDP haben sich dort umgesehen und haben das in Augenschein genommen, was wirklich als Mißstand zu bezeichnen ist.

Schon im Oktober 1987 hat sich der Beirat Burglesum in einem einstimmig verabschiedeten Antrag dafür ausgesprochen, daß der Senat unverzüglich für Verbesserungen der Unterbringung der Aussiedler im Übergangswohnheim Lesum sorgen möge.

Inzwischen ist fast ein halbes Jahr vergangen, und es hat sich für meine Begriffe an der Situation nichts geändert. Die Presse hat dankenswerterweise dieses Thema sehr ausführlich und auch sehr präzise immer wieder aufgegriffen, nachdem sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörde und auch der Arbeiterwohlfahrt quasi mit einem Hilferuf an die Öffentlichkeit gewandt haben, um auf diese Probleme aufmerksam zu machen. (D)

Ich möchte mit Erlaubnis der Frau Präsidentin hier einen kleinen Absatz aus dem „Weser-Kurier“ vortragen, weil er in so knappen und präzisen Sätzen das umschreibt, worum es geht. Hier heißt es:

„Die Anträge stapeln sich, denn in der zuständigen Behörde schafft man die Arbeit nicht mehr. Vor der Beratungsstelle der Arbeiterwohlfahrt bilden sich regelmäßig Warteschlangen, und im Übergangswohnheim Lesum ist schon seit langem kein Platz mehr frei. Der Grund für all diese negativen Fakten ist etwas Positives. Wegen der gelockerten Visabestimmungen in Polen und wegen des liberaleren Kurses in der Sowjetunion kommen zur Zeit fast doppelt so viele Aussiedler nach Bremen wie in den früheren Jahren. Wir wissen einfach nicht mehr weiter, klagen die überforderten Mitarbeiter der Beratungsstelle für Aussiedler bei der Arbeiterwohlfahrt, und Wolfgang Linder, zuständiger Referent beim Sozialsenator, stellt fest, wir haben zu wenig Räume, zu wenig Personal und zu wenig Sachmittel für die ständig wachsenden Aufgaben.“

- (A) Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie gesagt, ich habe mir kürzlich das vor Ort noch einmal angesehen, und ich war sehr beeindruckt von dem wirklich engagierten Tun und Handeln der wenigen Mitarbeiter, die dort alle diese Aufgaben erledigen, die sich fast verdoppelt haben.

(Beifall bei der CDU)

Dort wird mit viel Phantasie, mit großem Einsatz im Prinzip ein Mangel verwaltet. Ich war aber auch beeindruckt von den Unterbringungsmöglichkeiten, die da existieren, von der Fülle, von der Einfachheit dieser ohnehin ganz schlichten Wohnräume.

Ich möchte auch dies hier einmal vorlesen, weil ich den Eindruck vermeiden möchte, daß ich etwas dramatisiere, was vielleicht in Wirklichkeit gar nicht so aussieht, denn nicht jeder von Ihnen ist dort gewesen. Wir haben im August 1987 eine Deputationsvorlage gehabt, da wird das wie folgt beschrieben:

„Bei voller Belegung des Übergangswohnheims“ — das ist jetzt im Übermaß der Fall — „sind die Bewohner sehr eng untergebracht. In einem Zwanzig-Quadratmeter-Zimmer sind in der Regel drei bis fünf Personen einer Familie untergebracht und in einem Zwölf-Quadratmeter-Zimmer zwei bis drei.“ Das ist so in Etagenbetten, und es steht ein Schrank da und ein Tisch, und damit hat es sich. „In den Gemeinschaftshäusern für alleinstehende Personen, dem sogenannten Männerhaus und dem Frauenhaus, müssen sich bis zu sechs Personen verschiedenen Alters ein Zwanzig-Quadratmeter-Zimmer teilen.“

(B)

Ich glaube, meine Damen und Herren, das können wir so nicht weiter hinnehmen. Ich möchte an dieser Stelle ins Gedächtnis rufen, wie es dort einmal ausgesehen hat. Bis 1984 verfügte das Übergangswohnheim über 450 Plätze, und es gab einen Kindergarten, in dem auch die Kinder der umliegenden Wohngebiete ihre Aufnahme fanden. Dort konnten also die Aussiedlerkinder mit den Bremer Kindern gemeinsam spielen und lernen, eine Idealform der sofortigen und direkten Integration der neu angekommenen Kinder. Von den 450 Plätzen wurden 300 eingespart, beziehungsweise sie wurden der Eigentümerin zurückgegeben, und 1984 wurde auch der Kindergarten geschlossen. Die Schließung des Kindergartens wurde von allen möglichen Seiten, auch von den örtlichen politischen Kräften, mit sehr viel Kritik und Protest begleitet.

Die Abgabe der 300 Wohnheimplätze wurde von uns in der damaligen Deputationssitzung nicht mitgetragen. Warum hat man das gemacht? Die Gebäude waren in einem miserablen Zustand, jahrelang ist dort nichts getan worden. Um Kosten für die Sanierung zu sparen, hat man damals gesagt, im Moment ist kein großer Bedarf, da trennen wir uns von zwei Dritteln der Wohnheimplätze. Das war ein kurzsichtiges Denken. Wir haben damals immer versucht, deutlich zu machen, daß der Senat gerade diese Zeitspanne nutzen solle, um in Ruhe sanieren zu können für einen späteren Bedarf. Eine so zu-

sammenhängende Wohnanlage als Übergangswohnheim sollte man nicht ohne Not einfach aufgeben.

(C)

Inzwischen sind, wie gesagt, noch 150 Plätze vorhanden, 300 Aussiedler werden im Durchschnitt im Moment laufend übergangsweise untergebracht. Und was hat man gemacht? Man hat versucht, da und dort zusätzliche Unterkünfte zu suchen. Das hat mit sich gebracht, daß jetzt die wenigen Mitarbeiter die Betreuung quer über das ganze Stadtgebiet leisten müssen. Es müssen Wege gefahren werden, die natürlich zusätzlichen Zeitverlust mit sich bringen. Man hat Provisorien geschaffen, die wirklich sehr fragwürdig sind. Ich möchte hier einmal auf die Plätze im Ellener Hof aufmerksam machen. Der Ellener Hof ist ja, wie Sie wissen, ein Heim für verhaltensgestörte und schwer erziehbare Jungen. Es gibt dort leerstehende Räume, die man jetzt für die Aussiedler nutzt.

Ich erlaube mir, noch einmal hier ganz kurz etwas zu zitieren: „Um zusätzliche Plätze für Aussiedler zu schaffen, wurden vor kurzem weitere Häuser in Lesum und Horn-Lehe gemietet und ein Teil des Ellener Hofes zum Übergangswohnheim umfunktioniert. Die Kinder sind hier in den sogenannten Besinnungszellen des ehemaligen Heimes für schwer erziehbare Kinder untergebracht,“ — die Kinder der Aussiedler — „eine schmale Zelle, ein Doppelbett an der Wand und ein winziges Viereck aus Glas, durch das ein wenig Licht scheint“, erzählt Joachim Adel, Arbeiterwohlfahrt, Abteilungsleiter für Aussiedler und Asylbewerber.

(D)

Meine Damen und Herren, das sind Zustände, die wir in diesem Hause anprangern und diskutieren müssen.

(Beifall bei der CDU)

Wir dürfen den Senat in diesem Falle wirklich nicht aus der Pflicht entlassen. Ich habe den Eindruck, daß diese Menschen, die hier zu uns kommen, teilweise nach jahrzehntelangem Warten, immer wieder Anträge gestellt haben und die Hoffnung nicht aufgegeben haben, endlich unter Landsleuten in einem freien Land leben zu können, die jetzt endlich hier ankommen, feststellen müssen, daß sie offensichtlich hier keine Lobby haben.

Herr Senator, Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, daß Sie für die Behandlung und all das, was damit zusammenhängt, im Lande Bremen keine Priorität gesetzt haben, denn sonst kann ich mir nicht vorstellen, daß ein Sozialsenator diese Situation hinnehmen kann.

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Ich glaube, meine Redezeit ist zu Ende, es tut mir leid, aber ich habe ja nachher noch fünf Minuten. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

- (A) **Vizepräsident Frau Leinemann:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kuhnert.

Abg. **Kuhnert (FDP)*:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema der Aktuellen Stunde — Unzureichende Unterbringungs- und Betreuungsmöglichkeiten im Übergangswohnheim Lesum — muß man unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachten und auch diskutieren: erstens über die Gründe, über deren Auswirkungen, wie sie uns jetzt dargestellt werden, zweitens über eine sehr rasche unbürokratische Hilfe, damit diese Zustände, die jetzt im Augenblick herrschen, zumindest gemildert werden, und drittens über eine kurz- und mittelfristige Zukunftsplanung.

Frau Erlenwein hat auch gesagt — ich will Ihnen keine großen Vorwürfe machen, Herr Senator, aber einen Punkt kann ich Ihnen jetzt schon mit auf den Weg geben —, wir sollten hier gemeinsam versuchen, dieses Problem jetzt nicht nur eben einmal kurzfristig zu lösen und damit wieder Ruhe einkehren lassen, sondern wir sollten, wie andere Bundesländer es tun, ich werde Ihnen nachher einmal ein Zitat einer süddeutschen Zeitung aus Baden-Württemberg vorlesen,

(Zuruf der Abg. Frau P o p p e n [SPD])

uns darauf einstellen und auch die Statistiken laufend überprüfen.

- (B) Tatsache ist, daß der Aussiedleransturm seit Sommer 1987 anhält. Der Zustrom hat sich mehr als verdoppelt. Man muß mit erhöhten Zahlen auch weiterhin rechnen. Der Andrang in den letzten 30 Jahren war noch nie so groß wie jetzt. Zum Vergleich: 1986 reisten in die Bundesrepublik Deutschland insgesamt 753 deutschstämmige Aussiedler aus der Sowjetunion ein, 1987, ein Jahr später, waren es insgesamt 14 100. Man erlebte auch im Sommer 1981 einen ähnlichen Boom, der ging aber wieder zurück.

Erfahrungsgemäß ebbt das regelmäßige Hoch in den Sommermonaten in den Herbst- und Wintermonaten wieder ab, weil es in Polen zum Beispiel üblich ist, daß in den Monaten Juli und August Urlaub ist und viele diese Urlaubsmonate nutzen, um in die Bundesrepublik einzureisen, und teilweise dadurch ist diese Situation in Lesum entstanden, die sich ja immer wieder zurückgestuft hat. Auf diese Erfahrung hat man sich im Sommer 1987 gestützt und wurde davon überrascht, daß der Aussiedlerstrom anhielt und die Welle im Dezember 1987 höher war als im Sommer. Dies ist auch der Grund, warum Hilferufe wegen Überbelegung und Überlastung nicht schon im Sommer zu hören waren, sondern erstmals, als man von der Dezemberwelle überrascht wurde.

Nun geht es seit der Zeit im Lager Friedland aufgrund dieses Ansturms drunter und drüber. Man ist total überlastet. Die Aussiedler können dort momentan nicht registriert werden, erhalten auch nicht,

wie es bisher geschah, vorab ein Anerkennungspapier, das bereits leistungsauslösend wäre und aufgrund dessen auch die Ausstellung des Ausweises vorgenommen werden kann. Hier liegen die Gründe. Jetzt muß dieser Ausweis hier ausgestellt werden, die Arbeit stapelt sich in Bremen, und die Leute können lediglich finanzielle Hilfe über das Sozialamt in Anspruch nehmen.

Da ein von den Sozialbehörden ausgestellter Zwischenbescheid vom Arbeitsamt leider nicht anerkannt wird, deshalb keine Leistung auslösen kann und lediglich Fristen wahrt, bedeutet das für Bremen einen enormen finanziellen Aufwand in Form der zu gewährenden Sozialhilfe, und das in einer Finanznot, in der wir stehen! Gerade Ihr Ressort, Herr Senator Dr. Scherf, ist ja dadurch besonders betroffen.

Personelle Verstärkung zur Antragsbearbeitung beziehungsweise -prüfung ist unbedingt, und zwar sofort, erforderlich. Die beiden Sachbearbeiterinnen in der Behörde können die Antragsflut nicht mehr bewältigen. Es handelt sich vorwiegend um Anträge von Aussiedlern aus Polen und der Sowjetunion. Zwei weitere Kräfte, die in einem ähnlichen Sachgebiet beim Ausgleichsamt arbeiten, sind zur Zeit nicht voll ausgelastet, und es wurde bereits an die Senatsstelle ein Antrag gestellt, diese zwei Kräfte so schnell wie möglich dem Personalbestand beim Aussiedleramt zur Verfügung zu stellen. Das sind Kräfte, die sich mit diesen ähnlichen Problemen befassen. Es wäre hier nicht der richtige Weg, ABM-Kräfte einzustellen, denn eine Einarbeitung würde derart lange dauern und würde dem Problem, das jetzt im Moment so akut ist und wirklich kurzfristig und sehr schnell gelöst werden muß, überhaupt nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP)

Man schämt sich selbst, in welchem schlechtem Zustand wir die Wohnräume den neu angekommenen Aussiedlern oft übergeben müssen, so die Verwaltungsangestellte und Leiterin des Übergangswohnheims, eine Person, die sehr sachlich ist! Ich muß das hier auch einmal für die FDP-Fraktion betonen: Wir haben in der Öffentlichkeit vielen Leuten Anerkennung zuteil werden lassen für hervorragende Arbeit, und wir zeichnen sie auch aus. Was diese vier Menschen da leisten, das kann überhaupt keiner ermessen, der es nicht gesehen hat und weiß, mit welcher Geduld, mit welcher Ausdauer, mit welchem Idealismus diese Leute das betreiben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das sind die in meinen Augen, die da unten stehen, die sich wirklich an die Vereinbarungen, die wir mit den östlichen Nachbarn getroffen haben, halten und sie auf Punkt und Komma ausfüllen. Ich würde mir wünschen — ich verlange ja keinen Schnellschuß —, aber ich würde mir wünschen, daß der Senat oder die betreffenden Leute, die die Verantwortung dafür tragen, sich ab und zu vielleicht einmal ein bißchen

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) mehr vor Ort darum kümmern, wie dies aussieht. 1970 ist diese ganze Welle einmal abgeflaut, da hatte Lesum elf Personen, die sich damit beschäftigt haben. Natürlich brauchte man dann nicht mehr so viele. Heute sind es vier.

Jetzt komme ich zu den Gründen: Weil nur eine einzige Reinigungskraft beschäftigt werden darf, die die Endreinigung aller freigewordenen Unterbringungsmöglichkeiten vornehmen muß, und das nicht nur am Holthorster Weg, sondern in allen anderen ausgelagerten Häusern, die zusätzlich angemietet werden mußten, ist eine saubere und damit menschenwürdige Unterkunft Utopie. Dringend wird eine weitere Reinigungskraft benötigt, die für die Reinigung der ausgelagerten Räumlichkeiten zuständig ist.

Ich kann mir nicht vorstellen — ich habe ein Leben lang gearbeitet, und ich habe wirklich große Erfahrungen auch auf diesem Gebiet —, daß es so schwierig sein kann, eine Reinigungskraft irgendwo abzu ziehen, um da, wo es wirklich bitter notwendig ist, eine Lücke zu schließen und dieser einen Reinigungskraft Unterstützung zuteil werden zu lassen. Es ist doch ein Ding der Unmöglichkeit, daß eine Frau von Lesum nach Borgfeld und in den Ellener Hof an einem Tage fährt oder innerhalb einer Woche, um diese Arbeit zu bewältigen! Das gibt es in keinem Betrieb, und das gibt es wahrscheinlich in keiner anderen Behörde in Bremen.

- (B) (Abg. Werner Fischer [CDU]: Doch, in den bremischen Schulen!)

Gut, aber in diesem Fall ist das eine Sache, die man wirklich betrachten sollte, und da kann man nicht warten und sich nicht erst zusammensetzen und überlegen, wo das eventuell möglich wäre. Hier ist eine schnelle, sofortige Abhilfe unbedingt notwendig!

Der zweite Hausmeister wurde dringend gebraucht. Das ist der gleiche Fall. Für all diese Aussiedler, die an verschiedenen Orten in unserem Land Bremen untergebracht sind, gibt es einen Hausmeister, der für alles verantwortlich ist. Nun ist am Montag eine zweite Kraft dankenswerterweise eingestellt worden, die wahrscheinlich, und das hoffen wir alle, eine große Unterstützung für den jetzt tätigen Hausmeister sein wird, denn Herr Baumgart, eine ausgebildete Verwaltungskraft, der eigentlich die neu Angekommenen beraten mußte, mußte sich bisher mit den Problemen der Unterbringung befassen, mit anderen Worten, weil es nicht anders geht, harte körperliche Arbeit leisten und Mädchen für alles spielen.

Das ist ja wohl nicht die Aufgabe eines solchen Angestellten, denn gerade die Beratung ist bei den Aussiedlern ja eine ganz wichtige Sache, wenn sie hier in die Bundesrepublik einreisen, um überhaupt einmal mit ihren Problemen fertig werden zu können.

(Glocke)

- Vizepräsident Frau Leinemann: Herr Kuhnert, Ihre Redezeit ist abgelaufen! (C)

Abg. Kuhnert (FDP): Gut, dann werde ich mich noch einmal zu Wort melden!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Mehrkens.

Abg. Frau Mehrkens (SPD): Frau Präsident, meine Damen und Herren! Wie Sie so schön eben erzählt haben, Frau Erlenwein, haben die gelockerten Visa-bestimmungen in Polen und der neue liberale Kurs in der UdSSR dazu geführt, daß vermehrt Aussiedler in die Bundesrepublik gereist sind. Ich muß Ihnen sagen, mehr oder weniger sind alle Bundesländer davon überrascht worden. Sie wissen sicherlich, daß in anderen Städten und Bundesländern genauso große Probleme herrschen wie bei uns, daß teilweise Leute in Turnhallen untergebracht werden mußten. In den Grenzdurchgangslagern wie Friedland und Nürnberg waren überhaupt keine Plätze mehr frei, und so wurden viele Aussiedler sofort an die Städte und Gemeinden verwiesen.

Insgesamt wurden in der Bundesrepublik zirka 86 000 Personen aufgenommen im Jahre 1987. Davon kamen 1 300 nach Bremen. Die Aufnahmequote Bremens beträgt 1,2 Prozent, ein Fünftel davon müßte eigentlich Bremerhaven übernehmen, aber tatsächlich waren im Jahr 1986 28 Aussiedler bereit, nach Bremerhaven zu ziehen, und 1987 waren es 49 Personen. (D)

Dazu möchte ich aber sagen, daß es niemals Gedanken geben darf, daß wir Familien zwangsweise nach Bremerhaven schicken, weil sie ihre Quote nicht erfüllt haben. Ich wollte das hier vorausschicken.

Es kamen im Jahr 1982 — jetzt einmal nur Aussiedler — 423, davon 409 aus Polen und 14 aus der UdSSR, dazu noch 110 Zuwanderer aus der DDR zu uns, es waren insgesamt 533. Sie wissen, daß die Zuwanderer nicht die großen Schwierigkeiten haben, schon allein, weil sie die Sprache beherrschen. Dann kamen 1987, wie gesagt, 1 300, und da ist ein großer Zuzug aus der UdSSR zu verzeichnen, allein im Oktober 1987 kamen 66 Personen aus der UdSSR über Friedland zu uns.

Die plötzlich steil ansteigende Zahl von Aussiedlern und Zuwanderern bereitete natürlich erhebliche Probleme, vor allen Dingen bei der Unterbringung. Nachdem die Zahlen erheblich absanken, wurde das Übergangswohnheim von 450 Plätze auf 150 reduziert. Das ist richtig, die Gebäude waren wirklich stark renovierungsbedürftig, und man konnte nicht absehen, daß auf einmal so viele Leute hierher kommen. Das hat sich wirklich erst in diesem Jahr gezeigt. Das, denke ich, muß man auch wissen.

Sicher, 1984 wurde im Zusammenhang mit den rückläufigen Zahlen auch das Kindertagesheim im

- (A) Übergangswohnheim geschlossen. Heute sehe ich das auch als eine Fehlentscheidung an, das sage ich hier ganz klar, es muß schleunigst etwas getan werden. Ich habe gestern erfahren, daß im Rahmen einer AB-Maßnahme, der Träger ist die Caritas, eine Kinderbetreuung mit zwei Kräften neu eingerichtet worden ist. Zur Zeit, so wurde es mir gesagt, sind dort 15 Kinder im Vorschulalter zu betreuen.

Nach der Stellenreduzierung im Übergangswohnheim 1985/86 von zwei Stellen ist natürlich eine ausreichende Versorgung bei ansteigenden Zahlen nicht gewährleistet. Diesem muß unverzüglich abgeholfen werden.

Es fehlen auch im Übergangswohnheim Gemeinschaftsräume für die Bewohner. Diese wurden, weil eben der Andrang so stark war, erst einmal belegt von den Leuten, um auch Schlafräume zu schaffen. Aber Sie haben sicherlich gesehen, als Sie den Besuch dort gemacht haben, daß auf dem Gelände ein Neubau, ein Umbau stattfindet, wo in Kürze 50 neue Plätze zur Verfügung stehen. Es wurde mir gesagt, daß die im Frühsommer bezogen werden können. Dann hätten wir also statt 150 200 Plätze dort zur Verfügung.

Es ist richtig, daß Sachbearbeiter für die Bearbeitung der Anträge und so weiter und weitere Mitarbeiter für Organisation und Reinigungstätigkeit im Übergangswohnheim und seinen Nebenstellen vonnöten sind. Dann würde auch der Sozialarbeiter, der jetzt für die Organisationsfragen zuständig ist, endlich für seine eigentlichen Aufgaben freigesetzt. Das sehe ich auch so. Vor allen Dingen, wenn aus Unkenntnis heraus Antragstellungen auf Leistungen aus Mitteln des Bundeshaushalts oder der gesetzlichen Sozialversicherung versäumt werden, führt dies zu einer starken Belastung des Haushalts des Landes Bremen, nämlich durch die Inanspruchnahme von Sozialhilfe. Dies muß vermieden werden.

(B)

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich habe mir einmal einen Laufzettel besorgt, den unsere Aussiedler in die Hand bekommen, wenn sie im Wohnheim ankommen. Das ist also ziemlich schwierig. Ich lese ihn einmal vor: polizeiliche Anmeldung, Hilfe zum Lebensunterhalt, Meldung beim Arbeitsamt, Lohnsteuerkarte von der Meldestelle, Kindergeldbeantragung, gesetzliche Sozialversicherung, Renten- und Unfallversicherung, Versorgungsrente, Überprüfen der Staatsangehörigkeit, Vertriebenenausweis, eventuell Flüchtlingsausweis, Aufnahmeschein für DDR-Zuwanderer, Erstattung der Rückführungskosten, Anträge nach Häftlingshilfegesetz, Antrag auf Ausstellung eines Berechtigungsscheines für ein zinsverbilligtes Einrichtungsdarlehen, Lastenausgleich et cetera.

Ich könnte Ihnen das immer weiter aufzählen. Es ist richtig, hier muß genügend Personal zur Verfügung stehen, um die Leute zu beraten. Heute können nur noch 20 Prozent der Aussiedler die deutsche

Sprache gut sprechen. Alle anderen können die deutsche Sprache kaum oder überhaupt nicht sprechen. (C)

In den Nebenstellen stehen zur Zeit folgende Plätze zur Verfügung: 70 Plätze in den Wohnungen der Bremischen Gesellschaft an der Lesumer Heerstraße, diese stehen aber nur noch bis Ende 1988 zur Verfügung, da sie dann renoviert werden sollen. Es muß also Abhilfe geschaffen werden in Kürze, daß wir nicht dann vor einem neuen Dilemma stehen. 50 Plätze gibt es in der Hans-Wendt-Stiftung in Borgfeld, hier sind zur Zeit 15 Personen aus Polen, darunter drei Kinder im Vorschulalter, und drei Familien aus der UdSSR mit 25 Personen, insgesamt also 40 Personen untergebracht. Die Unterbringung ist dort meines Erachtens zufriedenstellend.

In der Nebenstelle auf dem Gelände Ellener Hof in Blockdiek stehen zur Zeit 60 Plätze zur Verfügung. Hier wäre es unbedingt ratsam, einen Spielkreis einzurichten. Sie haben von den Besinnungszellen da erzählt, ich weiß, das ist nicht schön, daß man Kinder dort schlafen läßt. Ich muß aber sagen, sie spielen dort nicht, unten sind noch Räume, in denen sie sich am Tag aufhalten, es ist wirklich ein Schlafrum, und es darf natürlich nur eine vorübergehende Sache sein.

(Beifall bei der SPD)

Frau Erlenwein, ich muß auch noch einmal zu dem kommen, was Sie zu der Deputation gesagt haben. Sie erinnern sich vielleicht, daß die SPD in der Deputation eingebracht hat, eine Konzeption zur Unterbringung zu fordern. Wir werden diese Konzeption erstellen, und ich denke, Sie könnten da hilfreich mitwirken. (D)

Weitere Zuschüsse müßten für die Arbeiterwohlfahrt zur Verfügung gestellt werden, damit die hervorragende Arbeit auch in Zukunft weiter geleistet werden kann. Die Mitarbeiter im Übergangswohnheim wie auch von der Arbeiterwohlfahrt, ja alle Mitarbeiter, haben eine Arbeit geleistet, die oft bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit ging. Das sehe ich auch so, und das muß geändert werden, und ich möchte ihnen auch unseren Dank aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch zu einem Hauptpunkt kommen: Es wird immer unterschiedlich diskutiert, ob man Aussiedler länger im Wohnheim läßt oder ob man sie früher in Wohnungen bringt. Ich muß sagen, wichtig ist, schnell in eine Wohnung zu kommen, damit sie sich einrichten können, damit sie sich an den Stadtteil gewöhnen können, überhaupt an dieses neue Umfeld, und damit sie sich auch heimisch fühlen können. Aber dazu müssen die Probleme vor Ort in den Stadtteilen, in denen die Aussiedler ein neues Zuhause gefunden haben nach einem kurzen oder längeren Übergang im Wohnheim, gelöst werden. Sie ziehen hauptsächlich in die Stadtteile Neue Vahr

- (A) und Osterholz, natürlich auch nach Horn, Gröpelingen, Blumenthal und Marßel.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. Frau **Mehrkens** (SPD): Gut, dann werde ich jetzt aufhören und mich nachher noch einmal melden!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tiefenbach.

Abg. **Tiefenbach** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir waren auch vor Ort und haben uns die Wohnsituation angesehen. Wir können also den Eindruck, den Sie hier beschrieben haben, durchaus bestätigen. Das Übergangswohnheim in Lesum ist nicht nur viel zu eng, sondern offensichtlich in einem trostlosen, deprimierenden Zustand. Da wurde seit langer Zeit gar nichts mehr gemacht, und das fällt besonders auf, wenn man die gut gepflegten und renovierten Häuser gleicher Bauart der danebenstehenden Kaserne sich einmal anschaut. Die sind im guten Zustand, aber für das Übergangswohnheim wurde eigentlich nichts investiert.

- (B) Ich denke, das liegt daran, daß man davon ausgegangen ist, das Problem der Aussiedler erledige sich nach und nach von selbst. Wir lassen das so langsam einmal auslaufen. Ich meine, das ist eine ziemlich gewagte Spekulation, denn wenn das nicht eintrifft, wie jetzt zur Zeit in Bremen, dann wirkt sich das natürlich zu Lasten der Betroffenen aus.

Die Zahl der Aussiedler hängt im wesentlichen von der Reisefreiheit in den Ländern Osteuropas ab. Je liberaler da die Ausreiseregungen getroffen werden, desto mehr Leute fahren im Urlaub in den Westen und nutzen dann auch die Gelegenheit, hier zu bleiben und sich hier anzusiedeln.

Wenn man realistisch ist, muß man eigentlich davon ausgehen, daß die Liberalität, was die Ausreisemöglichkeiten anbelangt, in Zukunft eher zunehmen wird. Das hängt zum einen mit der Politik von Gorbatschow zusammen, und zum anderen damit, daß diese Politik Gorbatschows natürlich auch wirtschaftliche Implikationen hat. Zum Beispiel soll dadurch der Einsatz neuer Technologien gefördert werden. Das hat wahrscheinlich auch einen Anstieg von Arbeitslosigkeit in den Ländern Osteuropas und in der UdSSR zur Folge. Ich glaube, man braucht nicht viel Phantasie, wenn man daraus schlußfolgert, daß das auch die Bereitschaft der Regierungen erhöhen wird, die Ausreisemöglichkeiten zu erleichtern und damit die Kosten der Arbeitslosigkeit anderen Ländern aufzubürden.

Was ergibt sich jetzt daraus? Meines Erachtens muß die Schlußfolgerung sein, daß Bremen langfristige Lösungen oder zumindest mittelfristige Lösungen

finden muß für dieses Problem, statt sich in einer Art von Flickschusterei, wie das im Moment passiert, zu bemühen, irgendwie über den Sommer hinwegzukommen und darauf zu hoffen, daß sich danach das Problem doch dann wieder auf den alten Stand einpendelt.

Wir sind der Meinung, daß der gesetzlichen Verpflichtung des Landes Bremen, einen Anteil der Aussiedler in Bremen zu übernehmen, auch nicht damit genüge getan ist, daß man sie irgendwie unterbringt. Die Menschen haben vielmehr schon ein Anrecht darauf, freundlich empfangen zu werden und bei ihren Problemen auch unterstützt zu werden. Ich denke, das kann auch nicht allein durch Einstellung von Mitarbeitern auf ABM-Basis passieren, sondern da muß eine qualifizierte soziale und auch psychische Betreuung gewährleistet sein. Wie schon gesagt, die Aussiedler müssen 18 verschiedene Ämter anlaufen, und das ist bekanntlich schon für Deutsche schwierig. Ich denke, das geht nicht ohne Betreuung.

Es kommen persönliche Probleme hinzu. In Polen sind die Familienzusammenhänge viel enger als hier in der Bundesrepublik. Wir wissen aus der Presseerklärung der AWO, daß sehr viele Aussiedler mit persönlichen Problemen in die Beratung kommen, und ich denke, auch da besteht ein Anspruch, daß ihnen geholfen wird. Von daher meinen wir, daß sich der Senat schon die Mühe machen sollte, ein etwas längerfristigeres Konzept zu entwickeln, das einerseits ausreichend Raum für die Unterbringung vorsieht, andererseits aber auch ausreichende Angebote an sozialer und psychischer Betreuung, Kinderbetreuung und Sprachkurse bietet und darüber hinaus Ansätze für eine Integration der Aussiedler in die westdeutsche Gesellschaft zeigt.

Vor dem Hintergrund weiß ich auch nicht, ob es der richtige Weg ist, wenn jetzt das Übergangswohnheim in Lesum renoviert wird und wenn da weiter Geld hineingesteckt wird, weil es von der Bausubstanz und von der baulichen Anlage her denkbar schlecht geeignet ist, um Konzepte im vorgenannten Sinne zu verwirklichen. Wir wären also eher dafür, daß man perspektivisch dieses Übergangswohnheim aufgibt und statt dessen versucht, beispielsweise im Bereich des Ellener Hofs weitere Wohnmöglichkeiten anzumieten, denn unseres Erachtens bietet der Ellener Hof von der baulichen Anlage her viel bessere Voraussetzungen, die im Übergangswohnheim so gar nicht gegeben sind.

Ich möchte trotz der allgemeinen Harmonie doch noch einmal ein Wort zur CDU sagen. Ich finde es sehr erfreulich, daß wir in dieser Frage der Ausländerpolitik so weitgehend übereinstimmen.

(Zuruf von der CDU: Das sind keine Ausländer!)

Ja, das sind keine Ausländer, gut, sie haben irgendwo einen entfernten deutschen Verwandten, darüber will ich aber gar nicht weiter reden, da haben Sie vielleicht auch differenzierte Meinungen dazu.

(C)

(D)

(A) Ich begrüße auch außerordentlich, daß Sie den starken Anstieg der Zahl der Aussiedler, wie gesagt, mehr als eine Verdoppelung seit 1984, inzwischen kommen ja mehr Aussiedler in die Bundesrepublik als Asylbewerber, ich begrüße außerordentlich, ich sage es noch einmal, daß Sie diesen starken Anstieg nicht zum Anlaß nehmen, um etwa Forderungen der Art zu erheben, man müsse Dämme errichten gegen diese Flut von Aussiedlern, die da auf uns zukommt.

Außerdem begrüße ich, daß Sie keinerlei kleinliche Motivationsforschungen betreiben, ob es denn nun wirklich das unterdrückte Deutschtum ist, was die Ausreise bewirkt, oder ob da nicht auch wirtschaftliche Probleme und Versorgungsprobleme in Polen und in der UdSSR eine Rolle spielen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

In allen diesen Dingen stimmen wir mit Ihnen überein, und so erfreulich diese Übereinstimmung ist, um so bedauerlicher finde ich eben, daß nur die in den Genuß dieser fürsorglichen Aufmerksamkeit kommen, die einen entfernten deutschen Verwandten haben, nicht aber die, die in die Bundesrepublik flüchten, weil sie in ihrer Heimat gefoltert werden oder einer unterdrückten, allerdings nicht deutschen Volksgruppe angehören, wie zum Beispiel die Kurden in der Türkei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) **Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Erlenwein. Wir sind jetzt in der zweiten Runde mit einer Redezeit bis zu fünf Minuten.

(Abg. Frau Erlenwein [CDU]: Ich hatte nur gehofft, der Senator würde erst reden!)

Auf Hoffnungen kann man nichts geben, Sie haben sich gemeldet, und Sie bekommen das Wort!

(Bürgermeister Dr. Scherf: Ich will mich gern melden! Ich hatte das Gefühl, Sie wollten Ihre Rede schnell loswerden!)

Aber Sie haben das Wort, Frau Erlenwein. — Bitte sehr!

Abg. Frau Erlenwein (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dann werden wir zum Schluß hören, wie der Senat sich zu all dem stellt, was hier ja offensichtlich, und ich bin sehr froh darüber, ganz einvernehmlich gesehen wird. Ich bin immer froh, wenn gerade in den sozialen Bereichen keine parteipolitischen Süppchen gekocht werden, sondern wenn darüber nachgedacht wird, wie wir den Menschen, um die es geht, helfen können.

Vielleicht noch zu Ihnen ganz kurz einen Satz: Für mich sind alle Menschen, die zu uns kommen, in erster Linie Menschen, und dann frage ich nach, warum sie kommen, woher sie kommen, welcher

Abstammung sind sie. Dann muß der Gesetzeslage entsprechend gehandelt werden. Der erste Ansatz aber für mich ist immer, daß es Menschen sind, die hierher kommen, und darum kümmere ich mich. (C)

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch einen Gedanken aufgreifen, der mir gerade so durch den Kopf ging, als wir noch einmal darüber sprachen, warum 1984 diese starke Reduzierung vorgenommen wurde. Wir sind als Sozialdeputierte damals in Lesum gewesen, und mir kam der Gedanke, daß von seiten des Senats mit schlimmem Pessimismus gehandelt wurde, als man sagte, das sind so wenig geworden, und es werden immer weniger, da können wir das auch alles so einschränken. Da habe ich mir gedacht, es gibt ja noch so viele, die hierher wollen. Sind sie alle abgeschrieben worden von den Verantwortlichen, die zum Beispiel solch eine Entscheidung getroffen haben? Wir hätten so gut damals in Ruhe sanieren können, um gerüstet zu sein für die Zeit, die jetzt eingetreten ist.

Ich meine auch, daß es wichtig ist bei all dem, was wir jetzt tun, daß wir ein langfristiges Konzept entwickeln, denn ich habe die Hoffnung, daß das weiter und über Jahre hinaus noch so geht. Das Deutsche Rote Kreuz rechnet damit, daß noch ungefähr 200 000 Deutsche in der Sowjetunion leben, die im Laufe der nächsten bis zu 30 Jahre zu uns kommen. Ich denke mir, daß da weder Provisorien noch ABM noch irgendwelches weitere Wursteln hilft. Hier muß etwas auf den Tisch. (D)

Ich bin sehr gespannt auf das, was Sie sagen, Herr Senator, und natürlich auch auf eine ausführliche Vorlage, die wir hoffentlich für die nächste Deputationssitzung bekommen werden. Wir werden natürlich die Arbeit in der Deputation leisten müssen, aber für uns als CDU-Fraktion und für mich ist das, was wir erreichen wollten, erreicht. Wir haben hier im Parlament dieses Problem aufgegriffen und eine gemeinsame Strategie entwickelt, mit der wir dem Problem für die Zukunft besser begegnen können.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kuhnert.

Abg. Kuhnert (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Aktuelle Stunde heute hat ein Ziel, und ich begrüße es, daß alle Redner sich einig sind über die Situation im Übergangswohnheim Lesum, wie sie jetzt herrscht, und auch darüber, daß etwas getan werden muß. Aber ich habe vorher gesagt, unsere Forderung lautet — die FDP bittet Sie darum, Herr Senator, sie so schnell wie möglich und unbürokratisch zu erfüllen —, diese beiden Kräfte, die im Ausgleichsamt arbeiten und deren Versetzung in das Aussiedleramt vorgesehen ist, so schnell wie möglich dieser Behörde zur Verfügung zu stellen, damit die Gründe beseitigt werden

(A) können. Was nutzt es denn, wenn dies nicht möglich ist, wenn das die Sozialbehörde belastet! Sie können nicht zum Arbeitsamt gehen, sie haben überhaupt keine Chance, sie müssen so lange warten, bis das Verfahren läuft, und bei der momentanen Besetzung der Behörde ist das einfach nicht möglich.

Aus bitter notwendigen und aus menschlichen Gründen fordern wir, Herr Senator, eine zusätzliche Reinigungskraft, und das nicht erst in vier Wochen, sondern ich möchte Sie bitten — wie Sie das bei dem Hausmeister ja auch fertig bekommen haben —, so schnell wie möglich zu handeln, damit die Leute, die bisher unter diesen Umständen gearbeitet haben, auch wirklich entlastet werden.

Das Übergangswohnheim am Holthorster Weg hat im Augenblick 150 Plätze zur Verfügung. Zusätzlich wird im Moment ein Haus bewohnbar gemacht, in dem 50 Plätze zur Verfügung stehen werden. Im Mai 1988 wird ein weiteres Haus frei werden, da wird der Arbeiter-Samariter-Bund aus der Peenemünder Straße herausgehen, und dieses Haus wird dem Übergangswohnheim zur Verfügung gestellt.

(B) In dem jetzigen Wohnhaus, das umgebaut wird, arbeiten 15 ABM-Kräfte, mit denen man sehr zufrieden ist und die eine große Hilfe für das Übergangswohnheim sind. Gerade die Leute, die jetzt diese Zustände wieder normalisieren wollen — sie wollen ja keine Luxusbauten haben —, würden nun auch sehr darum bitten, daß ein kleiner Bautrup, nicht die 15 Mitarbeiter, erhalten bleibt für Instandsetzungsarbeiten und für die nötigsten Reparaturen, die sonst nicht möglich wären. Es arbeiten jetzt 15 ABM-Kräfte, um das Haus so schnell wie möglich bewohnbar zu machen.

Es ist schon erwähnt worden von der Kollegin der SPD in Lesum, in der Lesumer Heerstraße ist von der Bremischen Gesellschaft ein Haus mit 60 Plätzen angemietet, was im Dezember nicht mehr zur Verfügung stehen wird, weil die Gesellschaft es renovieren will. Wir haben in Borgfeld 60 Plätze, wir haben im Ellener Hof 50 Plätze. Ich möchte wirklich darum bitten, darüber nachzudenken.

Wenn Sie, Herr Tiefenbach, der Meinung sind, daß der Ellener Hof der richtige Standort ist, dann will ich das nicht abstreiten, nur, die Frage muß ich erheben, und ich glaube, da sind wir gesellschaftspolitisch gefordert, ob es in Zukunft ein Zusammenleben zwischen Aussiedlern aus Polen und aus der Sowjetunion — die eine ganz andere Mentalität haben — und diesen benachteiligten Jugendlichen über Jahre hinaus möglich sein wird. Wir wollen doch diesen Menschen, die ihre Heimat ja nicht aus Jux und Tollerei verlassen haben, wenn sie hier herüberkommen, nicht gleich neue Komplikationen bieten, sondern wir sollten versuchen, daß diese Menschen Zeit, in der sie sich eingewöhnen können, erhalten.

Sie haben, Herr Senator, zu den Mitteln, die bewilligt sind — 47 000 DM für bauliche Maßnahmen, 12 000 DM für Gartenbaumaßnahmen — 250 000 DM bewilligt, um die Renovierungsarbeiten durch-

(C) zuführen und vor allen Dingen die Instandsetzung des Hauses in Ordnung zu bringen, was erforderlich ist.

Herr Tiefenbach, es wäre schön, wenn man an einen Neubau denken würde, an wirklich andere Unterkünfte, nur, wir sind, weil wir die Finanzkraft Bremens kennen, dankbar, wenn das Übergangswohnheim in Lesum personell und auch von der äußeren und inneren Ausstattung so gestaltet wird, daß zumindest ein menschenwürdiges Dasein möglich ist. Darüber hinaus kann man sich auch Gedanken machen über den Ellener Hof, ob dies auf die Dauer gesehen der richtige Standort ist oder ob man, bevor es zu Komplikationen kommt und sich streiten muß, nicht andere Standorte in Erwägung zieht.

Es ist zu Recht gesagt worden, es ist nicht nur in Bremen dieser Zustand so, sondern es ist in anderen Bundesländern das gleiche. In dem Zusammenhang möchte ich mit Genehmigung des Präsidenten die „Süddeutsche Zeitung“ vom 10. Februar 1988 zitieren:

„Mehr Aussiedler aufs Land — Unterbringung in Hotels und Gaststätten vorgesehen! Die baden-württembergische Landesregierung will mehr Aussiedler im ländlichen Raum ansiedeln. Dazu will das Land dort den Zuwanderern und ihren Familienangehörigen bis zu sechs Monate lang die Hotel- oder Gaststättenunterbringung bei Vollpension in Höhe von höchstens 70 DM pro Tag und Person erstatten. Nach Angaben des Innenministeriums soll sich jeder Betroffene mit zwölf DM pro Tag an den Kosten beteiligen.“ (D)

Diese Maßnahme ist laut Ministerium Teil eines jetzt von der Landesregierung beschlossenen Ergänzungskonzepts zur Eingliederung der Auswanderer. Es soll die derzeit voll belegten 38 staatlichen Übergangswohnheime entlasten.

Das Programm sieht weiter vor, bei anhaltend hohen Zugängen die rund 10 000 Plätze in den Wohnheimen um 5000 Plätze zu erweitern und den Wohlfahrtsverbänden weitere Betreuerstellen mit zu finanzieren. Seit Mitte vergangenen Jahres nimmt Baden-Württemberg weit mehr als doppelt soviel Ausländer auf wie bisher. Dadurch stieg inzwischen die Zahl der ins Land gekommenen Aussiedler von 12 400 im Jahr 1986 auf 18 000 im vergangenen Jahr, und für 1988 rechnen die Behörden mit mindestens 22 000 Aussiedlern.“

Der Anteil Baden-Württembergs an den Zugängen im Bundesgebiet beträgt bei dem jetzigen Stand 20 Prozent, das heißt, wir werden uns auch auf diese Situation einstellen müssen, und deswegen habe ich am Anfang dieser Debatte gesagt, wir müssen auch kurz und mittelfristig uns Gedanken darüber machen, wie wir die momentanen Zustände ändern,

(Glocke)

sondern wie wir auch langfristig eine vernünftige Lösung finden. Wir, Herr Senator, sind bereit dazu,

- (A) Sie dabei zu unterstützen, und wir werden auch die nötige Ausdauer und den erforderlichen Idealismus haben.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Mehrkens.

Abg. Frau **Mehrkens** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich war bei meinem ersten Beitrag nicht ganz zu Ende gekommen und wollte noch gern auf die Probleme in den Stadtteilen hinweisen.

Ich hatte schon gesagt, daß viele Aussiedler in die Stadtteile Osterholz und Neue Vahr kommen. Hier müssen die sozialen Angebote ausgebaut werden. Ich denke, hier sind Beratungen vonnöten, denn gerade in den Hochhausgebieten geschieht es sehr leicht, daß Familien in Isolation geraten und Schwierigkeiten haben, zumal sie auch spüren — und das muß man hier einmal sagen, ich habe das oft in Gesprächen erfahren —, daß ihnen eine Fremdenfeindlichkeit entgegenschlägt. Sie haben das vorhin schon gesagt. Ich beteilige mich schon sehr lange an der Ausländerarbeit, seit über zehn Jahren, und kenne dieses Problem von daher. Es wird wirklich genauso mit unseren Aussiedlern hier verfahren. Es schlägt ihnen eine Fremdenfeindlichkeit entgegen. Das muß man sehen.

- (B) Hier müßte auch Abhilfe geschaffen werden, indem man ihnen zum Beispiel die Kommunikationsmöglichkeit in einem Stadtteil aufzeigt. Früher hat die Neue Heimat mit einem Mietvertrag immer ein Faltblatt herausgegeben, in dem alle Angebote, die in einem Stadtteil vorhanden sind, aufgelistet wurden. Es wurde auch weitergegeben an andere Stellen wie beispielsweise Bürgerzentren und Kirchengemeinden, so daß auch von dort sich Leute gekümmert haben und auf die Aussiedler zugegangen sind, damit sie die Möglichkeit hatten, an dem Gemeindeleben in einem Stadtteil teilzunehmen.

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin. Vielleicht reden Sie auch etwas lauter. — Bitte, Frau Mehrkens!

Abg. Frau **Mehrkens** (SPD): Ich denke, hier sind auch wir Abgeordnete einmal gefragt. Es ist vielleicht nicht üblich, das anzubieten, aber viele haben ja vor Ort eine Sprechstunde. Wer sein Behördenabitur noch nicht hat, der kann es dann machen, wenn er diesen Aussiedlern dabei behilflich ist, durch den Dschungel von Behördenkram durchzukommen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden das auf jeden Fall machen, einige Abgeordnete wollen es mit mir zusammen gemeinsam machen, denn wir haben jetzt einen solchen Zustrom

in diesen Gebieten zu verzeichnen, so daß es auch unsere Aufgabe ist, da mitzuhelfen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf, Senator für Jugend und Soziales: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn allen, die sich an dieser Debatte in der Aktuellen Stunde beteiligt haben, dafür danken, daß sie mit ihren Beiträgen dieses soziale Problem öffentlich gemacht haben und auch von allen Seiten signalisiert haben, daß sie eigene Beiträge zur Bewältigung zu leisten bereit sind.

Ich möchte mich auch bedanken, daß Sie die Mitarbeiter mit ihrer schweren Arbeit so öffentlich sichtbar gemacht haben. Normalerweise wird ja immer andersherum bei uns über den öffentlichen Dienst geredet. Daß Sie hier die sehr ungewöhnlich belasteten und ungewöhnlich arbeitenden Mitarbeiter, die völlig unabhängig von der Arbeitszeit und tariflichen Gegebenheiten dieses große Problem bewältigen, so begleiten, das tut denen gut. Ich danke ausdrücklich dafür. Das ist eine gute Arbeitsgrundlage.

Wir haben uns im Senat nun auch darüber Gedanken gemacht und sind Ihnen nun einen Tag zuvor gekommen. Wir haben gestern in der Senatssitzung eine lange Vorlage beschlossen, die auch genau dieses Thema zum Inhalt hat und die auch eine ganze Reihe von Maßnahmen einschließt, die Sie hier nun dringend gefordert haben.

Wir sehen wie Sie, daß der Ansturm von Aussiedlerfamilien zusätzliche Anstrengungen erfordert. Wir sind, was die Unterbringung betrifft, nicht ganz so kritisch wie einige von Ihnen. Wir bitten zu bedenken, Herr Kuhnert, daß es nicht um jahrelange Unterbringung geht, das haben Sie zwischendurch einmal gesagt, jahrelang mit den Jugendlichen im Ellener Hof.

Nein, wir möchten schon gern dieses Lagerleben, das ist es ja nun leider, möglichst kurzhalten, damit die Betroffenen, die ja hier bleiben, hier Wurzeln schlagen und mit ihren ganzen Familien richtige Bremer werden wollen, möglichst schnell in Wohnungen vermittelt werden. Da wir immerhin noch eine ganze Reihe von freistehenden Wohnungen haben, geht das zur Zeit auch noch ganz gut. Darum, denke ich, lassen Sie uns diese Zwischenstation nicht unnötig lange ausdehnen!

Ich habe den Eindruck, daß es nicht nur nachteilig ist, daß wir die Aussiedlerfamilien jetzt auf viele Plätze in Bremen verteilen. Ich empfand das Lager in Lesum nie, und schon gar nicht damals, als es noch viel größer war, als eine besonders attraktive Adresse in Bremen. Ich habe immer, wenn ich dort hingegangen bin, und ich bin dort oft gewesen, gedacht, wie kann man so etwas eigentlich weiter vertreten.

(C)

(D)

(A) Darum haben wir damals nicht nur, weil die Zahlen gerade heruntergegangen waren, Frau Erlenwein, dieses Lager begrenzt, sondern auch mit Rücksicht auf die erkennbaren Leerstände, die wir doch quer durch Bremen hatten, wir wollten dieses, zum Beispiel bei Leuten, die aus der DDR kommen, nutzen.

Ich weiß persönlich, daß die möglichst überhaupt keinen Tag länger in solchen Lagerverhältnissen bleiben wollen, sondern am liebsten sofort und ohne daß irgendeiner ihnen anhängen kann, daß sie so ein Flüchtlingsschicksal hinter sich haben, sofort in Normalität aufgenommen werden wollen. Sie wollen möglichst nicht diese Friedland-Erfahrung oder diese Gießen-Lager-Erfahrung, die Sie zitiert haben, noch verlängern. Da bestehen zur Zeit extreme Verhältnisse, die kaum zu ertragen sind.

Ich finde es also nicht nur nachteilig, daß wir sie verteilen. Ich habe in Osterholz versprochen, daß das keine Dauerlösung ist, sondern daß wir mit dem diakonischen Werk, dem Trägerverein des Ellener Hofes, gelassen überlegen, wie denn die zurückgegangenen Jugendlichenzahlen, — das ist ja auch ein Vorteil, daß wir keinen Bedarf mehr für die zwangsweise Unterbringung von Jugendlichen haben, wie in der Vergangenheit —, durch ein neues Konzept für die Nutzung dieses Platzes beantwortet werden, und zwar so, daß die Aussiedler da nicht im Wege stehen. Wir haben in den Weihnachtstagen begonnen, den Ellener Hof zu nutzen, weil da ein großer Druck vorhanden war.

(B) Ich glaube, in Borgfeld — das hat Herr Kuhnert auch gesagt — kann man vertreten, was da bei der Hans-Wendt-Stiftung an Unterkünften genutzt wird. Daß der ASB uns jetzt Plätze einräumt, ist auch eine Hilfe. Es bleibt dabei, Bremen erfüllt seine anteilige Verpflichtung, diese 1,2 Prozent, die wir bundesweit aufzunehmen haben, die werden auch in Zukunft in Bremen erreicht.

Wichtig ist der personelle Begleitaufwand. Der Senat hat gestern beschlossen, daß wir zwei zusätzliche Sachbearbeiter zur Verfügung stellen, und wir denken genau, Herr Kuhnert, an diese beiden Mitarbeiter des Ausgleichsamts, die wohl auch bereit sind dazu. Sie können die Arbeit sofort aufnehmen. Die Personalräte müssen noch zustimmen, ich denke, das geht aber schnell, weil alle wissen, wie dringend das ist.

Wir haben auch gestern beschlossen, zwei weitere zusätzliche Kräfte für Hausmeister, Reinigung und alles, was im handwerklichen Bereich vorhanden ist, dort hinzugeben. Damit wird auch diesem Engpaß abgeholfen, von dem ich wußte, weil der Hausmeister doch ein alter Freund von mir ist. Er arbeitet dort wie wild.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Der auch?)

Die sagen mir sehr direkt, welche Arbeitsbelastung sie haben. Ich fühle mich dort auch persönlich verpflichtet.

Wir haben gestern zusätzlich 300 000 DM beschlossen, die 1988 für unterschiedliche Angebote eingesetzt werden, zum Beispiel für Spielkreise. Das hat Frau Mehrkens richtig gesagt, daß ja die Kinder dieser Familien auch begleitet werden müssen, sie müssen heraus aus dieser Lagererfahrung. Wir hoffen, mit Spielkreisen helfen zu können. Wir hoffen auch, den einen oder anderen Kindergarten noch erweitern zu können, obwohl das ganz kompliziert ist.

Die katholische Kirche hat uns versprochen, da zu helfen. Es handelt sich bei den Polen ja fast ausnahmslos um katholische Aussiedler. Das ist ein guter Anlaß, sich zu kümmern. Ich denke, da werden wir weiterkommen.

Auch die Arbeiterwohlfahrt wird aus diesem Etat von 300 000 DM zusätzliche Aufwendungen, die dringend nötig sind, bezahlt bekommen.

Das ist kein großes Konzept, was der Senat gestern beschlossen hat. Wir sind auch nicht in der Lage, großartige Konzepte zu organisieren, dazu ist Bremen ein zu armes Land. Wir können nicht signalisieren, daß wir die Verschickungsaktionen von Herrn Späth nun noch überbieten wollen. Wenn er seine leerstehenden Pensionen auf der Schwäbischen Alb mit Aussiedlern segnet, dann muß er das selbst vertreten. Wir wollen gern möglichst nahe und gemeindenah und nicht mit Pensionen und Hotels, die sehr viel teurer sind und keine Betreuung haben, und möglichst mit gemeinnützigen Trägern die Aussiedlerarbeit machen.

(D) Wichtig ist, daß die Bürgerschaft, und das habe ich aus allen Reden herausgehört, wichtig ist, daß die Beiräte, daß die Nachbarschaften sich auf diese neuen Bürger konzentrieren. Das sind Menschen, die schwere Schicksale hinter sich haben, die in einem langen Kampf und mit viel Mühen und unter Aufgabe all dessen, was sie hinter sich gelassen haben, sich entschieden haben, hierher zu siedeln. Sie verdienen, daß man sie aufnimmt. Sie verdienen, einbezogen zu werden, auch wenn der eine oder andere von ihnen noch Sprachprobleme hat. Die Alten, die können noch Deutsch, die Kinder und Enkelkinder sind meistens nicht mehr in der Lage, fließend Deutsch zu reden, aber sie haben sich entschieden, hier zu bleiben.

Lassen Sie uns das gemeinsam machen, lassen Sie uns auch dem Finanzsenator helfen, der ja nun überall klagt, daß Bremen immer kleiner wird. Hier wächst Bremen. Ich hoffe, daß es uns gelingt, mit den anderen Ländern zusammen, möglichst ohne langes Lagerleben, Integrationshilfen zu organisieren, die die Spätaussiedler, die Aussiedler aus Polen und der Sowjetunion hier, so schnell es irgend geht, zu Gleichberechtigten machen.

Ich hoffe, daß es dieser Umsiedlergeneration ähnlich geht wie den Menschen, die in den ersten Nachkriegsjahren hierher gekommen sind, ohne die wir nicht das hinbekommen hätten, was die Bundesrepublik in der ganzen Nachkriegszeit an Wiederaufbau geleistet hat. Wir haben das doch mit Hilfe von

- (A) Flüchtlingen geschafft. Sie haben uns geholfen, dieses Land wieder aufzubauen. Ich danke Ihnen allen für Ihr Wohlwollen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe Punkt sieben auf, wie wir es eingangs verabredet hatten.

Grundfertigkeiten in der Schule

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 4. Januar 1988
(Drucksache 12/62)

Grundfertigkeiten

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
vom 17. Februar 1988
(Drucksache 12/101)

Wir verbinden hiermit:

Ergänzung der Lehrpläne aller Schulen im Lande Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Januar 1988
(Drucksache 12/72)

(B)

Herr Senator Franke, sind Sie bereit, die Antwort auf die Große Anfrage zu geben? — Bitte, Herr Senator!

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP antwortet der Senat wie folgt:

Zu eins: Die Erkenntnisse über Defizite in den Grundfertigkeiten sind allgemein, wenn auch nicht quantifizierbar. Klagen kommen aus dem Hochschulbereich, der Wirtschaft, der Verwaltung und aus den Schulen selbst. Sie erstrecken sich nicht nur auf die Bundesrepublik, sondern reichen weit über den deutschen Sprachraum hinaus.

Zu zwei: Grundfertigkeiten haben angesichts der zunehmenden Bedeutung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien umfassender als früher den Rang von Schlüsselqualifikationen. Die Aufmerksamkeit, die die Rundverfügung 161/87 erfährt, ist beabsichtigt. Sie sollte so groß sein, damit allen das Gewicht der Grundfertigkeiten deutlich wird. Frühere Aussagen des Senators zu diesem Thema sollen bekräftigt, zusammengefaßt und ergänzt werden.

Zu drei: Die Rundverfügung enthält als Anlage lediglich Überlegungen und Empfehlungen. Es kommt nicht, wie ausdrücklich betont, auf die Befolgung aller einzelnen Vorschläge an, sondern darauf,

- daß in der jeweiligen Unterrichtspraxis des Lehrers die Aufgabe Grundfertigkeiten verstärkt berücksichtigt wird. (C)

Nach Abschluß des laufenden Schuljahres ist eine Auswertung der Erfahrungen beabsichtigt. Diesen Ergebnissen entsprechend wird dann entschieden werden, wie weiter zu verfahren ist, um möglichst wirksam die Defizite abzubauen beziehungsweise zu verhindern. Im übrigen ist die Beachtung der Vermittlung der Grundfertigkeiten eine ständige Aufgabe von Schule überhaupt und insofern nichts Außergewöhnliches. — Soweit die Antwort des Senats!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Vielen Dank, Herr Senator Franke!

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen erfolgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage, ob wir in eine Aussprache eintreten wollen. — Das ist der Fall.

Dann ist die gemeinsame Aussprache über die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP, über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP sowie über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 12/72, eröffnet.

Wir haben noch eine Viertelstunde Zeit, da können wir noch einen Redebeitrag annehmen.

- Das Wort hat die Abgeordnete Frau von Schönfeldt. (D)

Abg. Frau v. **Schönfeldt** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die Beantwortung unserer Anfrage möchten wir uns bedanken, Herr Senator. Wie zu hören und zu lesen war, ist die Rundverfügung von einigen Seiten euphorisch begrüßt worden. Ich kann mich dieser Euphorie nicht anschließen. Für die FDP und für mich sind Rechnen, Schreiben, Lesen und richtiges Sprechen derartige Selbstverständlichkeiten, daß sie eigentlich keiner Rundverfügung bedürfen.

(Beifall bei der FDP)

Schon im PIK — dem pädagogisch-inhaltlichen Konzept — 1985 haben Sie, Herr Senator, in der Tat erkannt, daß im Hinblick auf die Grundfertigkeiten bremischer Schüler erhebliche Defizite bestehen,

(Vizepräsident Frau **Leinemann** übernimmt den Vorsitz.)

und Sie haben es für nötig befunden, einen Maßnahmenkatalog zu erstellen. Ich darf einmal zitieren aus dem PIK Seite neun:

„Aufklärung über den Wert und Stellenwert von Grundfertigkeiten, die Defizite und deren Ursachen, Maßnahmen der Lehrerfortbildung und der Elternarbeit, möglichst schulbezogen; Grundfertigkeiten

- (A) müssen in allen Schulstufen und Schulgattungen kontinuierlich geübt werden, ohne daß der Grad ihrer Beherrschung bei der Benotung überbewertet wird. Die jeweils zu erreichenden Standards bei der Vermittlung der Grundfertigkeiten sind möglichst genau zu definieren, die unterschiedlichen Fördermaßnahmen sind innerhalb der Fachberatungen einer Schule und von Fachberatungen zwischen den Schulen einer Region abzusprechen. Zur Sicherung und Steigerung der Lernerträge taugt nur das Prinzip des Förderns."

Wir fragen Sie nach wie vor, was aus diesem Maßnahmenkatalog geworden ist. Das PIK ist anscheinend nur ein unverbindlicher Wunschkatalog geblieben, und die nach dem PIK entwickelten Lernertragsbeschreibungen der Jahrgangsstufen lernen, waren auch sie nur Makulatur? Was macht eigentlich die Schulaufsicht in dieser Frage? Ist die Schulaufsicht eigentlich nie tätig geworden, hat sie sich nie um die Erfüllung der Lehrpläne gekümmert, oder teilt die Schulaufsicht nicht Ihre Meinung, daß die Grundfertigkeiten von immenser Wichtigkeit sind?

Wir Eltern, und ich habe das 13 Jahre als Schulleitersprecher in den verschiedenen Schulgremien und im ZEB miterlebt, zu welchen mangelhaften Lehrerfolgen die lasche Handhabung der Lehrpläne geführt hat,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

- (B) wir Eltern, aber auch Lehrer, Betriebsleiter und Firmenchefs sind auf taube Ohren gestoßen. Die Realität hat uns leider recht gegeben. In Ihrer Rundverfügung kommen Sie zu dem erschütternden Eingeständnis, Zitat von Seite drei:

„Bedeutsam ist für alle in der Schule und für die Schule Tätigen nur eines: Sie müssen die Prämisse für sich akzeptieren, daß die Leistungen der Schule bei der Vermittlung ausreichender Grundfertigkeiten im Reden, Lesen, Schreiben und Rechnen gemessen am Anspruch der Gesellschaft defizitär sind.“

Wir meinen, es ist unverständlich, daß Sie ausgebildeten Lehrern einen derart detaillierten Katalog von Auflistungen einzelner Maßnahmen vorgegeben haben. Ich darf zitieren aus dem Runderlaß: „Bei der Führung und Anlage von Heften oder Mappen sollte auch die äußere Form berücksichtigt werden, die saubere Beschriftung, Datum, Rand, freie Stellen zwischen den Themen, Unterstreichen mit Lineal, Seitenzahlen, Inhaltsverzeichnis bei Mappen.“

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Früher war auch Mengenlehre, da war alles durcheinander!)

Weiter: „Zur Beachtung der äußeren Form: Übersichtliche Gestaltung des Textes, Überschrift abheben, Rand, deutliche Schrift, lesbar auf den Zeilen bis zum Rand, wichtige Sätze räumlich und farblich abheben, wichtige Aussagen mit dem Lineal unterstreichen, übersichtliche Einteilung einer Heftseite mit Rechenkästchen, eine Ziffer in ein Kästchen,

- (C) Zahlen mit gleichem Stellenwert und Operationszeichen untereinander schreiben, zwischen den einzelnen Aufgaben und verschiedenen Themen mindestens ein Rechenkästchen freilassen, die Größe der Ziffer dem Rechenkästchen anpassen.“

Haben Sie, Herr Senator, etwa das Vertrauen in Ihre Lehrerausbildung von 1974 verloren?

(Abg. Frau G r o t h e e r - H ü n e k e [SPD]:
Wir haben soviel auswärtige Lehrer!)

Meine Damen und Herren, nachdem in der Rundverfügung die Defizite in den Grundfertigkeiten festgestellt wurden, müssen Sie nun auch in allen Schulstufen und Schulgattungen die Vermittlung sofort verbindlich festschreiben. Daher stimmen wir auch dem Antrag der CDU zu.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU — Abg.
F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Vor allem in der
gymnasialen Oberstufe!)

Wir sind darüber hinaus der Überzeugung, daß alle die Schule betreffenden Erlasse, Verordnungen, Gesetze auf den Prüfstand gebracht werden müssen. Zu nennen sind da Klassenfrequenzen, Mangel an Fördermaßnahmen, der Verzicht auf Leistungs differenzierung in der Orientierungsstufe in Deutsch, Englisch und Mathematik, die gesamte Konzeption der Lehrpläne und der Grad ihrer Verbindlichkeit sowie zum Schluß das Lehrerausbildungsgesetz. Gerade in diesem letzten Punkt kündigen wir als FDP Initiativen an.

Herr Senator, wenn ich mir den letzten Satz Ihrer Antwort ansehe, „im übrigen ist die Beachtung der Vermittlung der Grundfertigkeiten eine ständige Aufgabe von Schule überhaupt und insofern nichts Außergewöhnliches“, so stimmt er. Herr Senator, setzen Sie sich, wie Sie sich sonst auch immer durchzusetzen pflegen, hier einmal wirklich durch! Setzen Sie es durch, daß die Grundfertigkeiten in den Lehrplänen endlich den Stellenwert bekommen, den sie haben müssen für unsere Schülerinnen und Schüler! Dann täten Sie etwas Gutes! — Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Frau Leinemann: Meine Damen und Herren, es ist jetzt sechs Minuten vor 13 Uhr.

(Abg. H o l l w e g [CDU]: Mahlzeit!)

Da Herr Hollweg schon jetzt so hungrig ist, würde ich vorschlagen, daß wir die Sitzung unterbrechen und um 14.30 Uhr uns wieder treffen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Unterbrechung der Sitzung 12.54 Uhr)

*

- (A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Ich stelle fest, die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir befinden uns in der gemeinsamen Beratung der Tagesordnungspunkte sieben und acht. Es geht um die Grundfertigkeiten in der Schule und die Lehrpläne.

Wir setzen die Aussprache fort.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Bürger.

Abg. **Bürger** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gewiß ist es richtig, wie der Senat in seiner Antwort festgestellt hat, daß Klagen über mangelnde Kenntnisse in den Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben, Rechnen und richtiges Sprechen von vielen Seiten erhoben werden. Es ist auch richtig, daß diese Klagen bundesweit erhoben werden. Das ist kein bremenspezifisches Problem. Festzustellen ist aber, daß seit 1980, und soweit habe ich das erst einmal zurückverfolgt, fast in jedem Jahr in irgendeiner Form auf dieses Problem der mangelnden Kenntnisse der Grundfertigkeiten hingewiesen und von Ihnen, Herr Senator, auf Besserung gedrängt worden ist.

- (B) Es gibt diverse Rundschreiben, Rundverfügungen, einzelne Schriften dazu, es gibt das pädagogisch-inhaltliche Konzept von 1985. Dort sind bereits, wie meine Vorrednerin ausgeführt hat, gezielte Maßnahmen genannt. In der Rundverfügung 161, um die es hier im wesentlichen geht, ist das alles noch einmal dargestellt. Da fragt man sich doch: Warum das Ganze noch einmal?

Der zuständige Senator stellt also bei den Schülern erhebliche Defizite fest. Da muß die Frage erlaubt sein: Was geschieht daraufhin? Meine Damen und Herren, nichts Entscheidendes! Es heißt, Herr Senator, in Ihren Überlegungen und Empfehlungen zur Vermittlung der Grundfertigkeiten unter anderem, „daß es sich lohnt, auch und gerade im Abstand von Jahren diese Anstrengungen und Vorgaben erneut zu lesen.“

Nein, meine Damen und Herren und Herr Senator Franke, lesen allein reicht doch da nicht!

- (Abg. **F ü c k s** [DIE GRÜNEN]: Schreiben muß man auch können!)

Es zeigt sich doch, daß die vielen Papiere aus Ihrem Hause, Herr Senator, kaum beachtet werden. Es ist doch blamabel, daß ein Bildungssenator Selbstverständlichkeiten jedes Jahr einfordern muß.

Wenn der Bildungssenator heute mangelnde Grundfertigkeiten beklagt, so muß man feststellen, daß in der Vergangenheit erhebliche Fehlentscheidungen von seinen Vorgängern zu verantworten sind. Ich darf daran erinnern: Als 1977 die Orientierungsstufe in Bremen eingeführt wurde, gab es neue

- (C) Lehrpläne auch für die nachfolgenden Schulstufen und Schularten,

- (Abg. **St i c h w e h** [SPD]: Es gab nur ein Raster und Leitlinien dazu!)

erhielten die Grundtechniken einen erheblich geringeren Stellenwert, Herr Kollege Stichweh, im Vergleich zu anderen zu vermittelnden Unterrichtsstoffen. Das haben wir schon damals beklagt, und das beklagen wir an dieser Stelle noch einmal. Ständiges Üben war verpönt.

Wer Konfliktpädagogik, die Kritikfähigkeit, die Diskussionsbereitschaft, Herr Kollege Stichweh, ich betone das ausdrücklich, höher einschätzt und bewertet als ein fehlerfreies Bewerbungsschreiben, darf sich über derartige Mängel heute nicht wundern.

(Beifall bei der CDU)

In dieser Hinsicht tragen SPD und Senat die politische Verantwortung.

Herr Senator, statt auf die zunehmende Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien in diesem Zusammenhang hinzuweisen — das ist ja richtig, nur nichts Neues —, sollten Sie einmal an die Prüfungsergebnisse von Bremer Schülern in Verwaltung und Wirtschaft denken. Ich will nicht dramatisieren, aber niedersächsische Schüler schnitten in der Vergangenheit, und das wissen Sie ganz genau, bei Prüfungen immer ein klein wenig besser ab als die Bremer.

- (Abg. **F ü c k s** [DIE GRÜNEN]: Es kommt darauf an, was gefragt wird!)

Das, Herr Senator, müßte Ihnen doch zu denken geben!

- (Vizepräsident v. d. **Schulenburg** übernimmt den Vorsitz.)

Zu denken geben sollte Ihnen auch ein Schreiben eines Lehrherrn, aus dem ich zitieren möchte, der sich um die jetzige Generation der Jugendlichen sorgt und sagt: „Mit der deutschen Sprache hapert es, vor allem Zeichensetzung“

- (Abg. **St i c h w e h** [SPD]: Zeichensetzung! Grundfertigkeiten!)

findet nicht statt, ohne Punkt und Komma wird alles durchgeschrieben.“ Er bezieht ausdrücklich die Abiturienten ein.

(Unruhe — Glocke)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Meine Damen und Herren, das Wort hat der Abgeordnete Bürger und kein anderer zur Zeit!

- (Abg. **F ü c k s** [DIE GRÜNEN]: Herr Bürger redet ohne Punkt und Komma!)

(A) Abg. **Bürger** (CDU): Ich habe zitiert!

Herr Senator, dieser Lehrherr überlegt sich, ob er nicht durch einen Lehrer diese Defizite in Form von Nachhilfeunterricht aufarbeiten lassen soll. Aber er stellt gleichzeitig die Frage, was man in einer solchen Situation macht, wenn auch die Lehrer schon nicht mehr richtiges Deutsch sprechen.

(Abg. **Aulfes** [SPD]: Sprechen Sie von sich oder was?)

Jahrelang ist die Rechtschreibung als Auslese-kriterium für weiterführende Schule diffamiert worden, auf Grammatik und Zeichensetzung hat die Schule jahrelang zu wenig Wert gelegt. Das zeigte sich letztlich auch bei der Notengebung, in Aufsätzen und im Fach Deutsch insgesamt. Lassen Sie mich deutlich sagen: Natürlich ist bei verantwortungsbewußten Lehrern die Einsicht da, und sie sehen die Notwendigkeit, daß auf Grundfertigkeiten und auf das Üben wieder mehr Wert gelegt werden muß. Nur, Sie wissen ganz genau, Herr Senator, wo die Problematik liegt. Sie müssen alle Lehrer davon überzeugen, dies auch umzusetzen.

Sie sind der Meinung — das haben Sie vorhin ausgeführt —, daß das schon klappen werde, weil die Rundverfügung 161 ein so großes Echo, eine so große Aufmerksamkeit erfährt, und das sei auch beabsichtigt. Die Diskussion, Herr Senator, geht aber nicht immer in die von uns allen gewünschte Richtung, auch das wissen Sie. Da wird zum Teil massiv Kritik geübt, Gängelei, Überprüfung, Ausleseinstrumentarium, Befürchtungen werden geäußert.

(B) Herr Senator, Aufmerksamkeit bedeutet letztlich noch nicht, daß Anregungen und völlig unverbindliche Vorstellungen des Bildungssenators auch umgesetzt werden, zumal Sie, Herr Senator, selbst Ihre Schreiben, Ihre Ausführungen stets relativieren und sagen, daß es sich lediglich um Überlegungen und Empfehlungen handele, es komme nicht auf die Befolgung der einzelnen Vorschläge an.

Meine Damen und Herren, Vorschläge, die ich für richtig erachte, müßten dann aber auch umgesetzt werden. Sie können es doch nicht dem Zufall überlassen, welche Kinder mit welchen Grundfertigkeiten umgehen lernen und welche nicht. Ich meine, das ist unverantwortlich und wird der Sache nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU — Abg. **Jäger** [FDP]: Das sehen wir auch so!)

Ich will einräumen, daß ich vieles, was in diesen Papieren dargestellt ist, für richtig halte. Da gibt es zum Teil Übereinstimmungen. Ich muß aber auch sagen, daß einiges für uns nicht weit genug geht und einiges auch unklar formuliert ist. Die aufgezeigten Maßnahmen müssen aber — davon sind wir überzeugt — ein höheres Maß an Verbindlichkeit erhalten. Deshalb sind wir der Auffassung, daß eine Änderung der Lehrpläne herbeizuführen ist, mit der die

(C) Vermittlung der Grundfertigkeiten Rechnen, Schreiben, Lesen, richtiges Sprechen in allen Schularten, in allen Schulstufen und allen Beteiligten verbindlich vorgeschrieben wird.

(Abg. Frau **Kahrs** [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage entgegenzunehmen?

Abg. **Bürger** (CDU): Im Moment nicht, Herr Präsident!

Die Lehrpläne müssen präziser gefaßt werden, damit auch der höhere Stellenwert der Grundfertigkeiten deutlich wird. Dazu fordern wir mit unserem Antrag den Senat auf.

(Zuruf des Abg. **Fücks** [DIE GRÜNEN])

Legen Sie doch einmal eine andere Platte auf, Herr Fücks!

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Sie sollten einmal die Platte wechseln!)

Wir begrüßen, daß Senator Franke die Tugenden Sauberkeit und Ordnung wieder preist. Dazu gehört aber auch, Herr Senator, daß diese überhandgenommene Zettelwirtschaft in den Schulen eingeschränkt wird, Zettel, deren Inhalt häufig genug gar nicht gelesen wird, die Hauptsache ist, man trägt sie mit nach Hause, oder wo lediglich Antworten angekreuzt oder Lücken ausgefüllt werden müssen.

(Abg. **Fücks** [DIE GRÜNEN]: Der Tafelanschrieb muß wieder eingeführt werden!)

(D) Wir sind der Meinung, daß jede Gelegenheit — in der Tat, Herr Fücks — genutzt werden sollte, jeder Anlaß zum Schreiben, Rechnen und Lesen genutzt werden sollte, und zwar in allen Fächern. Es muß sichergestellt werden, daß einzelne Inhalte und Fächer nicht ausgegrenzt und zweitrangig behandelt werden. Deutschfehler, ich meine, auch das gehört zu diesen Forderungen, müssen in allen Fächern korrigiert werden. Die Aufgabe des Übens und Sicherns muß Anliegen eines jeden Faches und eines jeden Lehrers sein.

Die Vermittlung der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben, Rechnen und richtiges Sprechen, aber ich zähle dazu auch, Herr Stichweh, die Grammatik und die Zeichensetzung, und beim richtigen Sprechen möchte ich auch deutlich sagen, die Schule muß allmählich wieder von der Sprechblasensprache wegkommen,

(Abg. **Fücks** [DIE GRÜNEN]: Die CDU auch!)

muß systematisch aufgebaut und kontinuierlich vermittelt werden. Nur das ständige Üben, meine Da-

- (A) men und Herren, schafft ein solides Fundament für den Erfolg in Schule, Studium und Beruf.

(Beifall bei der CDU)

Es reicht eben nicht, Herr Senator, und das hat die Vergangenheit gezeigt, daß Sie wieder in eine der letzten Rundverfügungen schreiben, daß Grundfertigkeiten geübt werden sollen.

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Müssen! —
Abg. S c h r a m m [DIE GRÜNEN]: Zu Hause! — Senator F r a n k e: Wer nicht übt,
bekommt Dresche!)

Nein, Herr Senator, die müssen geübt werden! Der Stellenwert der Verbindlichkeit ist für betroffene Eltern, Lehrer und Schüler weit höher, wenn diese Forderungen klar und deutlich in den einzelnen Lehrplänen stehen.

Mir ist bekannt, daß einige wenige Lehrpläne überarbeitet sind, die Präzisierungen der Anforderung aber nicht klar genug dargestellt sind. Klare verbindliche Forderungen sind für jede Schulstufe aufzustellen, das ist notwendig, weil natürlich auch die Stufenschule, die wir in Bremen haben, den negativen Effekt in vielen Bereichen verstärkt. Die Stufenschule hat systemimmanente Brüche, hat systemimmanente Verwerfungen nach Klasse vier, nach Klasse sechs und nach Klasse zehn.

- (B) Die Zersplitterung führt, auch wenn Sie den Kopf schütteln, Frau Grotheer-Hüneke, dazu, daß der Schwarze Peter, der Vorwurf der mangelnden Vermittlung der Grundfertigkeiten von oben, der gymnasialen Oberstufen, nach unten in die Grundschule geschoben wird. Häufig genug werden auch Probleme vor sich hergeschoben und weitergereicht aus der Grundschule über die Orientierungsstufe in die Oberstufe hinein, das wissen Sie ganz genau, Herr Senator, und dieses Spiel sollten Sie beenden helfen.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Sie, Herr Senator, sollten dabei auch an jene Eltern denken, die ihren Kindern nicht helfen können und mit ihnen nicht grundsätzlich die Grundfertigkeiten zusätzlich üben können. Die SPD sollte dafür sorgen, daß den Schulen in dem erforderlichen Maße, je nach sozialen Gegebenheiten der einzelnen Schüler, zusätzliche Förderstunden zur Verfügung gestellt werden. Ich meine, das geschieht viel zuwenig in den bremischen Schulen. Sie sollten Ihr pädagogisch-inhaltliches Konzept in diesem Teil sehr ernst nehmen.

(Abg. A u l f e s [SPD]: Wir nehmen alles ernst!)

Sie nehmen das eben nicht ernst! Es ist niedergeschrieben, aber alles steht unter dem Haushaltsvorbehalt, und damit können Sie alles je nach den Ge-

- gebenheiten wieder relativieren und vom Tisch schieben, (C)

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Lesen und Schreiben stehen unter Haushaltsvorbehalt, das finde ich auch!)

aber den Eltern ist damit in keiner Weise gedient.

Auch wenn Schule sich heute häufig genug auf Neues einstellen muß, auf neue Fächer, auf neuen Unterrichtsstoff — ich habe allerdings den Eindruck, daß Schule sich allzu bereitwillig manchmal modernen Trends öffnet —, darf die Vermittlung der Grundfertigkeiten nicht zu kurz kommen. Herr Senator Franke, kommen Sie nachher in Ihrem Beitrag bitte nicht mit dem Vorwurf oder mit der Behauptung, die CDU wolle die alte Haupt- und Drillschule! Diese Vorwürfe können Sie sich schenken. Wir wollen, daß die Grundtechniken wieder gelernt, geübt und angemessen bei der Bewertung berücksichtigt werden, positiv wie auch negativ.

Die Schüler, meine Damen und Herren, müssen auf die Anforderungen in Studium und Beruf vorbereitet werden. Die Schule hat die Aufgabe, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Wenn ein Bildungssenator merkt, daß es mit den vielen Anforderungen, die er herausgegeben hat, den unverbindlichen Papieren nicht reicht, dann muß er den notwendigen Schritt tun und die Lehrpläne präziser fassen. Deshalb, meine ich, sollten Sie auch unseren Antrag unterstützen.

Ein Letztes zu dem FDP-Antrag!

(Abg. J u n g c l a u s [FDP]: Jetzt bin ich aber gespannt!)

Wir werden ihn natürlich mitmachen, wenn auch der 11. 11. und Rosenmontag vorbei sind,

(Abg. J ä g e r [FDP]: Wir haben noch Aschermittwoch, bleiben Sie ruhig dabei!)

aber vom Inhalt her ist er völlig richtig. Ich muß feststellen, daß unsere Altvordern, Herr Neujahr, bereits 1844, das ist eine gute Nachhilfe für die SPD, festgestellt haben: „Das Scholarchat ist beauftragt, das zur Ausführung der obigen Vorschriften Nöthige anzuordnen.“ Meine Damen und Herren von der SPD, deshalb auch unser Antrag, der unbedingt notwendig ist, daß etwas in Richtung Lehrpläne geschieht! — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, wollte ich Sie informieren, daß der Vorstand sich befaßt hat mit dem Antrag auf Einberufung einer Sondersitzung der Bürgerschaft (Landtag), und zwar mit dem Ziel, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen.

(D)

(A) Der Vorstand hat sich darüber verständigt, daß wir die Sondersitzung am Montag, dem 29. Februar, 18.00 Uhr, durchführen werden. Ich gebe Ihnen den Termin jetzt schon bekannt, damit Sie sich darauf einstellen können. Am 29. Februar um 18.00 Uhr findet die Sondersitzung der Bremischen Bürgerschaft statt.

(Abg. Ravens [CDU]: Feierabendparlament!)

Wir fahren jetzt in der Beratung fort.
Das Wort hat der Abgeordnete Aulfes.

Abg. Aulfes (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürger hat eben behauptet, der Senator tue nichts Entscheidendes für die Grundfertigkeiten in unseren Schulen. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen zu beweisen, was der Senator sehr wohl tut. Ich gehe dabei von der Annahme aus, daß 1988 im öffentlichen Dienst die 35-Stunden-Woche eingeführt wird und daß die Lehrer um fünf Stunden in ihrer Unterrichtsverpflichtung entlastet werden. Das wird natürlich große Unruhe bei den Bildungs- und Finanzministern hervorrufen.

(Vizepräsident v. d. Schulenburg übernimmt den Vorsitz.)

(B) Etliche Kultusminister werden dann ihre Ressorts den Kollegen Finanzministern anbieten und umgekehrt. Nicht so Senator Franke aus Bremen! Nach einem geheimbündlerischen Wochenende auf seiner im niedersächsischen Umland gelegenen Datscha erschien er am Montagabend kampfesfreudig und topfit in der Bremer Regionalfernsehsendung „Buten un binnen“ und verkündete zur Verblüffung aller seinen Franke-Plan zur Konsolidierung des bremischen Schulwesens.

Um die Kürzung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrerinnen und Lehrer um fünf Wochenstunden kostenneutral gestalten zu können, wolle er, Thomas Franke, dem Senat vorschlagen, sämtliche Stundentafeln um fünf Stunden pro Woche zu kürzen. Auf die ungläubige Frage des irritierten Interviewers, ob er den Aspekt der Leistungsfähigkeit des bremischen Bildungssystems im Vergleich zu den anderen Ländern denn total vernachlässigen wolle, konterte Franke laut und überlegen: „Ganz im Gegenteil, Herr Geyer! Ich führe zum Ausgleich, und das können Sie mir glauben, es wird mehr sein als ein Ausgleich, ich führe ein neues fünfstündiges Fach Grundfertigkeiten für alle Schülerinnen und Schüler in allen Schulstufen und allen Bildungsgängen ein.“

Auf den findigen Einwand des klugen Michael Geyer, dann würde ja überhaupt keine finanzielle Entlastung erfolgen, triumphierte der Senator: „Die Lehrerinnen und Lehrer für das neue Fach Grundfertigkeiten werden zwar neu eingestellt, aber weder aus dem Bildungshaushalt noch aus dem öffentlichen

Haushalt überhaupt finanziert. Sie werden vielmehr besoldet von der neu zu gründenden Stiftung ‚Bremer lernen wieder richtig Lesen, Rechnen und Schreiben‘,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

die von Handelskammerpräsident Berninghausen ins Leben gerufen wird und zu deren Finanzierung eine Grundfertigkeitenabgabe im Umlageverfahren von allen bremischen Betrieben erhoben werden soll!“

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Abg. Kudella [CDU]: Typischer Sozi!)

Die Reaktion der verblüfften Öffentlichkeit auf den Franke-Auftritt bewies, daß die Sendung den Namen trägt, den sie verdient, denn buten und binnen pries man den Franke-Vorschlag als Schlager der Saison.

Das neue Fach Grundfertigkeiten soll nun zu Beginn des Schuljahres 1989/90 im Lande Bremen eingeführt werden. Senator Franke ist inzwischen zum Ehrenmitglied fast aller Industrie-, Handels- und Handwerkskammern in der BRD ernannt worden.

(Senator Franke: Ehrendoktor! — Abg. Borttscheller [CDU]: In Nicaragua oder wo?)

Noch abgabemuffelige bremische Betriebe werden von Kammern und Medien rigoros auf Vordermann beziehungsweise Vorderfrau gebracht.

Über die Inhalte des neuen Faches Grundfertigkeiten haben sich Franke und Berninghausen ebenso schnell geeinigt wie über die Finanzierung von Schnellkursen für die Lehrerinnen und Lehrer neuen Typs.

Durch eine in einer Sondersitzung der Bremischen Bürgerschaft durchgepeitschte Änderung des bremischen Deputationsgesetzes wurde der Deputation für Bildung die Kompetenz für alles, was mit dem Fach Grundfertigkeiten zusammenhängt, wegen unbotmäßigen Verhaltens entzogen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Für diese Fragen tritt der Senat an die Stelle der Deputation für Bildung.

Zu den Inhalten des neuen Faches gehören Schönschreiben, Kurz-, Mittel- und Langdiktate, Textbearbeitung mittels Unterstreichen mit Lineal, Kopfrechnen, kaufmännisches und kaufmännisches Rechnen, lautes Vorlesen, Gedicht aufsagen und Grundbildung durch Kreuzworträtsellösen ohne Zurhilfenahme eines Lexikons.

Für Bremerhaven, meine Damen und Herren, tritt eine Ausnahmeregelung in Kraft.

(Heiterkeit)

(C)

(D)

- (A) Wahlweise darf dort das Kreuzworträtsellösen durch Fisch- und Würmerkunde mit praktischen Übungen ersetzt werden.

(Erneute Heiterkeit)

Grundlage des Schnellkurses für die künftigen Lehrerinnen und Lehrer des neuen Faches ist eine Grundfertigkeitenfibel, die Senator Franke persönlich verfaßte

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Jetzt wird es gefährlich!)

unter eifriger Mitarbeit von Bürgermeister Wedemeier und Präses Berninghausen. Für die Franke-Fibel ist die Rundverfügung 161/87 Ideenkern und Fundgrube zugleich.

Die Fibel trägt den Titel „Schlag nach bei Franke“. Sie erklimmt inzwischen die Spitzenposition auf den Bestsellerlisten dieser unserer Republik. Sie enthält neben philosophischen Grundeinsichten wie „es ist sinnvoller, Fehler zu vermeiden, als Fehler zu korrigieren“ und „alles, was geschrieben wird, sollte verglichen werden“ auch eminent praktische Hinweise, zum Beispiel zum Thema Tafelbild. Zitat: „Das Tafelbild sollte übersichtlich sein“, „die Schrift muß die lateinische sein“, „die Schrift sollte möglichst groß sein“, „eine Zeile darf nicht zu lang sein“, „zwischen den Zeilen muß ein gewisser Abstand sein“.

- (B) (Heiterkeit)

Diese und ähnliche Kernerkenntnisse stammen wörtlich aus der Rundverfügung 161/87. So taucht in der Fibel immer wieder die Ermahnung aus der Rundverfügung auf, „wichtige Aussagen mit Lineal unterstreichen“.

Eine Spezialität erlesener Art ist die „übersichtliche Einteilung einer Heftseite mit Rechenkästchen. Eine Ziffer in ein Kästchen, Zahlen mit gleichem Stellenwert untereinander schreiben, zwischen den einzelnen Aufgaben mindestens ein Rechenkästchen freilassen, die Größe der Ziffer den Rechenkästchen anpassen“.

Pädagogisch meisterhaft gelingt der Fibel der Wechsel zwischen Anweisung und philosophischer Überhöhung mit Sätzen wie „Unterrichtszeit kann nicht beliebig vermehrt werden“ oder „bei der Diskussion um die Grundfertigkeiten sollte auch an die Hausaufgaben gedacht werden“.

(Abg. K u d e l l a [CDU]: Das ist eine Karnevalssitzung hier!)

Die Franke-Fibel mit dem Bremerhavener Fisch- und Würmerkunde anhang macht es unverbrauchten und unverbildeten Frauen und Männern unseres Volkes wirklich leicht, sich für das Lehren im Fach Grundfertigkeiten zu qualifizieren.

Als Landesschulrat Mews seinem Senator einige Oberschulräte als Vorsitzende der Prüfungskommission

vorschlug, wischte dieser den Ratschlag mit den Worten vom Tisch: „Die Kerlchen packen das nicht, da muß ich wohl selbst heran!“

(Heiterkeit)

Nach bestandener Prüfung — den Vorsitz teilen sich nunmehr Senator Franke und Präses Berninghausen — sollen die neuen Grundfertigkeitenlehrerinnen und -lehrer, im Volksmund bereits Frankini genannt, weibliche Form Frankina, männliche Form Frankino, zum 1. August 1989 ihren Unterricht an den bremischen Schulen aufnehmen.

Im schriftlichen Teil der Prüfung legte man den Prüflingen neulich den Text der berühmten Rundverfügung 170/87 vor mit der Arbeitsanweisung, alle wichtigen Sätze mit Lineal zu unterstreichen. Ein arbeitsloser Religionslehrer wurde als überqualifiziert ausgelesen und sofort der behördeninternen Eliteeinheit Unterrichtspraxis und Fachberatung zugewiesen, weil er den gesamten Text der Rundverfügung säuberlich mit Lineal unterstrichen hatte mit dem Begleitkommentar, Senator Franke schreibe keine unwichtigen Sätze.

(Heiterkeit)

Eine Jungjournalistin stufte die Kommission als sonderqualifiziert ein, da sie außer dem gesamten Text auch noch die Unterschrift des Senators mit Lineal unterstrichen hatte.

(Heiterkeit)

Sie avancierte umgehend zur persönlichen Referentin des Senators.

Eine bremische Hausfrau, Mitglied der Elterninitiative Gesamtschule Mitte, soll es als einzige gewagt haben, in dem gesamten Text nur die Unterschrift des Senators zu unterstreichen, und das nicht einmal mit Lineal. Ob sie deswegen oder wegen anderer Mängel nicht bestanden hat, konnte noch nicht geklärt werden.

Ganz Bildungsdeutschland blickt nun gebannt und fasziniert nach und auf Bremen. Das Schuljahr 1989/90 wird die Entscheidung bringen, denn 1991 soll die KMK darüber befinden, ob am Bremer Bildungswesen demnächst die ganze deutsche Bildungswelt genesen wird. Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, die wichtigsten Medien stehen bereits heute kompromißlos hinter Franke, „Buten un binnen“ kürte ihn unlängst zum kombinierten Leistungs- und Hoffnungsträger dieser unserer Republik. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD — Abg. J u n g c l a u s [FDP: Narrhallamarsch!])

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Pfeleiderer.

(C)

(D)

- (A) **Abg. Pfeleiderer (DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus dem verdienstvollen Beitrag des Kollegen Aulfes konnten wir entnehmen, welche Plattheiten unter anderem in dem Grundfertigkeitenpapier zu lesen sind. Jeder vernünftige Mensch, und dazu sollten ja eigentlich auch Pädagogen gehören,

(Heiterkeit — Zurufe: Sollten!)

sollten, habe ich gehört, muß sich eine angemessene Beherrschung der Grundfertigkeiten Lesen, Rechnen, Schreiben und Reden wünschen. Das ist im pädagogisch-inhaltlichen Konzept auch ausführlich dargestellt und mit einem Maßnahmenkatalog versehen.

Warum also, frage ich mich, die Mühe des Bildungsensors, diese siebzehnseitige Rundverfügung zu verfassen? 13 dieser 17 Seiten sind detaillierte Ausführungsbestimmungen, die teilweise von Herrn Aulfes und teilweise von dem Dringlichkeitsantrag der FDP genannt wurden. Es wird einem wirklich fast schwindelig, mit welcher Akribie dort gearbeitet wird. Weshalb eigentlich das Ganze? Da wollte ich die Frage stellen oder habe ich mir die Frage gestellt, ob es nicht um mehr geht als um diese Akribie. Geht es nicht um so etwas wie eine schulpolitische Richtungsänderung? Die Ursachen für diese Grundfertigkeitenschwächen liegen ja zu einem nicht unerheblichen Teil außerhalb der Schulen.

- (B) Was jetzt in den Schulen seit Jahren passiert, ist eigentlich im Wesen für mich, daß die Schulen im sächlichen, insbesondere aber im personellen Bereich zu nichts anderem als zur Haushaltskonsolidierung verwandt worden sind. Unter dem Strich bleibt auch bei den Reformansätzen nicht sehr viel an Positivem. Die Reformansätze und die Leute, die dahinterstehen, befinden sich eigentlich inzwischen schon ziemlich mit dem Rücken an der Wand.

Was bleibt da einem Bildungsensor anderes übrig, einem Bildungsensor, der nicht an die Ursachen dieser Schulmisere herangehen darf, das heißt an die mangelnden materiellen und strukturellen Ursachen des Schulwesens, als über solche Papiere, über Befehle und Kontrollen von oben wenigstens Retuschen vorzunehmen? Damit kann er wenigstens nach außen zeigen, trotz Sparpolitik lassen wir im Schulwesen nichts anbrennen.

Die Folge davon ist, man kommt in die bildungspolitische Defensive, denn man will ja auch nichts Grundsätzliches mehr ändern. Am Beispiel heißt das hier eigentlich, dadurch, daß konservative Argumentation auf dem Vormarsch ist, läßt sich die Schräglage der SPD-Argumentation deutlich erkennen.

Die Konservativen erklären zum Beispiel, das Leistungsniveau an den Schulen ist miserabel, es muß gesichert und gesteigert werden, das heißt Hochbegabtenförderung und Selektion der nicht Leistungsfähigen. Was macht der Senator? Er reagiert mit dem

(C) Intensivierungspapier, das im wesentlichen auf Kontrolle und Stärkung der Schulaufsicht hinausläuft, auf Hierarchisierung von oben. Die Konservativen sagen, die Beherrschung von Lesen und Schreiben ist miserabel. Was macht der Bildungsensor? Er kommt mit dem Grundfertigkeitenenerlaß nach dem Motto, das verlangen alle, also aufgesprungen auf den Zug!

Meine Damen und Herren, nicht so sehr diese einzelnen Richtlinien sind für sich bedenklich, sondern für mich der Zusammenhang, in dem sie stehen. Will sagen: Nicht der Wunsch nach niveauvoller Ausbildung ist zu kritisieren, ganz im Gegenteil, zu kritisieren ist aber die Anbiederung an die konservative Hochbegabten- und Elitendiskussion, die sich für meine Begriffe wie ein roter Faden durch das Intensivierungspapier zieht.

In diesem Kontext steht auch die Grundfertigkeitenverordnung. Nicht die Sorge um Grundfertigkeiten ist zu kritisieren, sondern die Art und Weise, wie hier zentriert und eingeengt betrachtet wird. Wo sind, frage ich mich, die anderen Fähigkeiten geblieben, die im pädagogisch-inhaltlichen Konzept noch gleichrangig neben den traditionellen Kulturtechniken genannt werden, emotionale Zuwendung, kreative Gestaltung und soziales Verhalten? Wo sind in diesem Papier Friedensfähigkeit, Kritikfähigkeit?

Wenn man Anpassung an Wirtschaftsinteressen und konservative Interessen haben will, passen sie natürlich nicht. Deshalb las ich interessiert in der „Nordsee-Zeitung“ vom Dezember letzten Jahres die Überschrift: „Das Handwerk begrüßt neue Empfehlungen von Senator Franke, es sieht endlich eine alte Forderung der Handwerksbetriebe erfüllt.“

(D) Wie sähe wohl die Stellungnahme der Kreishandwerkerschaft zu einem Maßnahmenkatalog aus, der Emotionalität, Kreativität und soziales Verhalten unterstützen und fordern würde? Aus solchen Gründen kommt mir der Verdacht, daß diese Fähigkeiten gern in den Präambel-Bereich verbannt werden, wo sie niemanden ernsthaft stören.

Die nun vorliegende ausführliche Maßnahmenliste zu den Grundfertigkeiten sieht ganz anders aus. Sie macht einen in ihrer buchhalterischen Akribie fast schwindelig, oder aber sie begeistert, wie eben die Handwerkskammer. Da sieht man doch, daß statt gezieltem Fördern von Schülern folgendes passiert: Man will jetzt einüben in verengte formale Fertigkeiten. Ist das der Kotau vor konservativer Bildungspolitik vor kurzfristigen Wirtschaftsinteressen?

Meine Damen und Herren, die Sorge um die Beherrschung von Kulturtechniken ist sehr berechtigt. Ich betone, sehr berechtigt! Aber der Zusammenhang, in dem die Grundfertigkeitenverordnung steht, stimmt bedenklich. Überall verstärkte Elitendiskussionen, der Auslesedruck durch verstärkte Arbeitslosigkeit verschärft sich, und dann verstärkte Kontrolle von oben und einseitige Betonung formaler Fertigkeiten zu fordern, das zusammen ergibt doch den Verdacht, daß es sich hier um so etwas wie einen

- (A) Versuch einer schulpolitischen Richtungsänderung handelt, die ja der Senator ausgeschlossen wissen wollte. Die im PIK, dem pädagogisch-inhaltlichen Konzept, genannte Richtung ist ja die Förderung und Entwicklung aller Grundfertigkeiten und Fähigkeiten, ist Selbstkontrolle und Selbstregulierung, ist mehr Freiheit und sinnvolle Arbeit mit Schülern.

Die CDU hat eines getan für meine Begriffe: Sie hat erkannt, daß dieses Grundfertigkeitenpapier sehr wohl etwas hergibt für eine bildungspolitische Änderung, und sie will nun Nägel mit Köpfen machen und sagt dann: Ja, wenn das so ist, dann lassen wir gleich die ganzen Lehrpläne umschreiben und lassen den Vorrang der Grundfertigkeiten verbindlich vorschreiben. Das ist ein wichtiges Element im Unterricht und bei der Erfolgskontrolle, sprich: Lesen und Schreiben sollen wieder Selektion bewerkstelligen können.

Meine Damen und Herren, was bei der CDU für meine Begriffe überdeutlich wird, das wird bei der SPD nur verschwommen deutlich, nämlich der Versuch einer expliziten schulpolitischen Richtungsänderung, wie sie die CDU ja überall betreibt, wo sie das Sagen hat. Von daher kann ich der CDU nur Dank sagen, daß sie das mit ihrem Antrag deutlich gemacht hat und daß sie von daher die Regierungspartei genau auf dem Fuß erwischt hat, auf dem die Regierungspartei nicht hat erwischt werden wollen, nämlich auf dem falschen. — Ich danke Ihnen!

- (B) (Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Als nächster hat das Wort Herr Senator Franke.

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen ist sicherlich bekannt, und es wird ja von der Opposition immer wieder auch zum Gegenstand ihrer politischen Angriffe genommen, gerade heute hat auch Herr Bürger durchaus diesen Punkt wieder betont, daß wir in Bremen ein Schulsystem haben, das sich sehr deutlich vom Schulsystem der anderen Bundesländer unterscheidet. Wir haben die in Stufen gegliederte Schule, flächendeckend, die kooperative Gesamtschule eingeführt.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Es hat in der Bundesrepublik Deutschland einmal eine Diskussion gegeben, ausgelöst vom Deutschen Bildungsrat, in der quasi die führenden Köpfe der Pädagogik in unserem Land sich zu dieser Schule bekannt haben, die übrigens so eine Ausnahme in der westlichen Industrieland nicht ist, weil fast alle westlichen Industrienationen inzwischen ein Schulsystem aufgebaut haben, das weitgehend dem entspricht. Nur die Bundesrepublik Deutschland hängt immer noch einem Schulsystem an, das in seinen Strukturen der Kastengesellschaft des vorigen Jahr-

hunderts entspricht und nicht einer modernen, leistungsorientierten demokratischen Gesellschaft. Ich behaupte also, daß wir in Bremen es durchgehalten haben, die Empfehlungen der Schulreformer in der Bundesrepublik Deutschland bei uns über unser Schulgesetz zu verwirklichen und auch in der Schulwirklichkeit Gestalt werden zu lassen.

Aber mit diesem Schulsystem, das sehr deutlich sozusagen vor den üblichen in den anderen Bundesländern liegt, sind wir auch in besonderer Weise Angriffen ausgesetzt. Die Opposition benutzt jede nur mögliche Gelegenheit, um dieses Schulsystem zu diskreditieren, und es gibt auch eine Verunsicherung in der Elternschaft. Ich werde, obwohl es eine völlig absurde Frage ist, immer wieder von Eltern besorgt gefragt, ob denn, wenn ihre Tochter oder ihr Sohn das Abitur an einer bremischen Schule erworben hätte, sie oder er überall studieren könnte, wahrscheinlich doch nicht.

(Abg. Jungclaus [FDP]: Schon komisch, daß man die Frage stellt!)

Jawohl! Das sind Wirkungen von ganz gezielten Diffamierungskampagnen, die Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, seit Jahren in die Welt setzen. Das ist ganz klar.

Ich will Ihnen sagen, ich nehme eine zweifache Herausforderung an, und solange ich dieses Schulwesen politisch verantworte, so lange werde ich mich dieser zweifachen Herausforderung auch stellen, nämlich alle Diffamierungen abzuwehren, daß wir ein Schulwesen besäßen, das nicht genauso leistungsfähig sei wie das Schulwesen jedes anderen Bundeslandes. Dieser Diffamierung trete ich sehr entschieden mit meinem politischen Handeln entgegen.

(Abg. Jäger [FDP]: In der Verordnung vor allen Dingen!)

Ich habe meinen Kollegen Kultusministern, wenn sie gelegentlich solchen Einflüsterungen erliegen, immer wieder angeboten, laßt uns doch gegenseitige Visitationskommissionen bestellen, schickt ihr eure Fachleute in meine Schulen, und ich schicke meine Fachleute in eure Schulen, und dann wollen wir einmal sehen, wer was eigentlich leistet. Einen solchen Vergleich, sage ich klipp und klar, kann Bremen mit großer Gelassenheit aushalten. Es hat bis heute keine Visitationskommissionen gegeben. Die Kollegen haben dazu offensichtlich keine große Lust.

(Abg. Klein [CDU]: Die nehmen Sie gar nicht mehr ernst!)

Ich verteidige dieses Schulwesen sehr offensiv und denke nicht daran, in der bremischen Schulpolitik eine Wende zuzulassen. Dies aber verpflichtet mich, meine Damen und Herren, nicht nur, eine Schulform zu verteidigen, sondern auch die Leistungsfähigkeit dieser Schulform. Eltern müssen natürlich von mir

(C)

(D)

- (A) als dem zuständigen parlamentarisch verantwortlichen Senator die Garantie und die Gewähr haben, daß wir in unserem Schulwesen so leistungsfähig in der Vermittlung fachlicher Inhalte sind wie nur irgendwo sonst.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage von Frau Stieringer anzunehmen?

Senator Franke: Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Stieringer!

Abg. Frau **Stieringer** (CDU): Herr Senator, gestatten Sie die Frage eines Nichtbildungspolitikers, aber immerhin Mutter von fünf Schülern: Was haben die Kollegen geantwortet auf die direkte Bitte oder auf das direkte Angebot, was nicht nur en passant geäußert worden ist, sondern ganz offiziell, in Bremen zu visitieren?

Senator Franke: Erstens, Frau Stieringer, finde ich, sollten wir viel mehr solcher Mütter haben,

(Abg. **Klein** [CDU]: Weichen Sie nicht aus! — Heiterkeit)

- (B) dann würde das Schulstandortkonzept einfacher werden. Ich kann ja einmal, Herr Klein, betonen, daß mir solche Mütter gefallen.

Zweitens besteht bei keinem Bundesland, nicht nur bei den CDU-, sondern auch bei den SPD-Ländern, eine Neigung, gegenseitige Visitationskommissionen sich in das Land zu holen. Jeder möchte im Grunde genommen in seinem Land autonom und autark sein. So denken alle. Ich sage immer wieder, wer will, kann unsere Schulen besuchen. Ich habe hier in Bremen nichts zu verbergen.

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage von Frau Stieringer anzunehmen?

Senator Franke: Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Stieringer!

Abg. Frau **Stieringer** (CDU): Darf ich eine Zusatzfrage stellen? Herr Senator, wenn Sie denn so guten Kontakt zu Ihren Kollegen haben, wäre es nicht möglich, bei denen darauf hinzuwirken, daß sie wiederum die Professoren bitten, dann auch nicht die Studenten, die sich als Bremer dekuivrieren, wenn sie nach der Herkunft gefragt werden, gleich von vornherein nichtachtend zu behandeln nach dem Motto, ihr könnt ja doch nichts?

Senator Franke: Sie reden jetzt von der Universität, ich rede von den Schulen.

(Abg. **Jäger** [FDP]: Das hängt ja zusammen! Die sind doch auch in Bremen zur Schule gegangen!)

Kinder, redet doch bitte nur von Dingen, wovon ihr etwas versteht, und dann müßt ihr in diesem Punkt wirklich ruhig sein! Eine Diffamierung bremischer Studenten an anderen Universitäten gibt es, wie Sie wissen, nicht.

Aber lassen Sie mich jetzt zum Thema zurückkommen! Ich habe also die Leistungsfähigkeit des bremischen Schulwesens zu verantworten und gedenke, diese Verantwortung sehr ernst zu nehmen. In den vier Jahren, in denen ich jetzt im Schulressort tätig bin, habe ich versucht, inhaltlich deutliche Positionen aufzubauen über das, was an Fachleistungsniveau in unseren Schulen zu vermitteln ist. Ich denke, daß ich da schon einige Erfolge zu verzeichnen habe. Die Diskussion darum, daß in Bremen nicht genug geleistet wird, ist selbst aus Ihrem Munde, die Sie dazu neigen, das bremische Schulwesen schlechtzumachen, doch sehr viel leiser geworden.

Es gibt nun — das können Sie nicht leugnen — in der ganzen Bundesrepublik, bei allen Industrienationen einen großen defizitären Bereich, der übrigens gesellschaftlich verursacht ist, der nicht so sehr mit einem Schulsystem an sich zu tun hat, sondern vor allen Dingen durch die Überschwemmung unserer Schüler mit einer neuen modernen Medienwelt verursacht ist, es gibt einen Ausfall im Bereich von Lesen, Schreiben, Rechnen, ganz klar, überall.

Diesem Ausfall stelle ich mich, ich nehme nicht hin, daß wir einfach kapitulieren und sagen, dann können sie es eben nicht. Wenn wir nämlich hier kapitulieren, und das bitte einmal ganz ernsthaft an die Adresse der GRÜNEN, wenn wir hier kapitulieren, dann begünstigen wir eine neue Privilegiengesellschaft.

Es wird nämlich, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, natürlich bildungsintensive Elternhäuser genug geben, die hier ihre eigenen privaten Gegenstrategien entwickeln, und sei es mit Hilfe des hochbezahlten Nachhilfelehrers. Diese Strategien werden natürlich privat aufgebaut, und alle die, die auf eine solche private Initiative ihrer Familie, die auch Geld kostet, sich nicht zurückziehen können, würden, wenn der Staat nicht seine eigene Position im öffentlichen Schulwesen aufbaut, benachteiligt werden.

Es gibt ernsthafte Gesellschaftsmodelle, die sozusagen antizipieren, wie es in der Zukunft aussehen wird. Es gibt ernsthafte Gesellschaftsmodelle, die von einer neuen Klassengesellschaft sprechen, einer Klassengesellschaft, die sich dann dadurch auszeichnet, daß der eine Teil der Gesellschaft textfähig ist, das heißt also, Verfügung über Wissen besitzt, und der andere Teil textunfähig ist, und den nennt man dann die Disponiblen, die überall hingeschickt und wechselweise eingesetzt werden können, wo man sie gerade braucht.

Eine Aufteilung in solche, die über Herrschaftswissen verfügen, und solche, die verfügbar sind, eine solche zweiteilende Gesellschaft kündigt sich in vielfacher Hinsicht schon an. Deswegen stehen gerade

(C)

(D)

- (A) Sozialdemokraten aus ihrem sozialen Verantwortungsgefühl in der verdamnten Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, Textfähigkeit nicht zu einer Sache der Besitzenden und Privilegierten werden zu lassen, sondern gerade die Unterprivilegierten textfähig zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist ein Maßnahmenkatalog, wie ich ihn den Schulen jetzt angeboten habe, ein Maßnahmenkatalog, der nicht selektieren soll — eine völlig irrtümliche und falsche Einschätzung —, sondern ein Maßnahmenkatalog, der helfen soll, denen im Schulsystem die nötige Förderung zuteil werden zu lassen, die ohne eine solche spezielle deutliche Trainingsphase auch in den Grundfertigkeiten hinterher im Beruf aussortiert werden und scheitern. Ich stelle hier einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Ausbildungsplatzsituation her.

Meine Damen und Herren, wir jubeln ja jetzt, daß das alles sich so entspannt, daß wir genügend Ausbildungsplätze haben werden. Ich sage Ihnen, darüber, wer einen Ausbildungsplatz haben wird, entscheiden die Ausbildungsbetriebe. Wir haben staatlicherseits überhaupt keine Möglichkeit, einen Ausbildungsbetrieb zu zwingen, jemanden zu nehmen. Es steht in seinem Belieben, jemanden zu nehmen.

(B)

Die Ausbildungsbetriebe stellen jetzt eigene Definitionen auf, wen sie für ausbildungsfähig halten und wen nicht. Die Ausbildungsbetriebe beginnen, junge Menschen auszusortieren und für nicht mehr ausbildungsfähig zu erklären und gleichzeitig zu sagen, wir bekommen nicht genug. Sie gliedern aus. Sie erklären jetzt, er hat zwar einen Schulabschluß, aber wir nehmen ihn trotzdem nicht. Ich sage Ihnen, ich versünde mich an den jungen Menschen, die aus unserem Schulsystem kommen, wenn ich sie solchen Aussonderungsstrategien hilflos ausliefern!

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Senator Franke: Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Bohling!

Abg. Frau **Bohling** (CDU): Herr Senator Franke, wie bewerten Sie denn die Tatsache, daß bei der Anmeldung zum Studium an einer Universität in einem anderen Bundesland ausdrücklich gefordert wird, nur für das Land Bremen, daß alle Zeugnisse während der ganzen Zeit im Bereich der Sekundarstufen I und II eingereicht werden — nur für das Land Bremen —, sonst nur das letzte?

Senator Franke: Sie müßten mir einen solchen konkreten Fall nachweisen. (C)

(Abg. Frau **Bohling** [CDU]: Das kann ich genau machen, auch ich bin Mutter! Es handelt sich um die Universität Erlangen-Nürnberg!)

Ich bin gern bereit, einem solchen Fall nachzugehen. Ich kann Ihnen sagen, es gibt eine staatliche Vereinbarung zwischen allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, das Abiturzeugnis, wie es bremische Oberstufen verleihen, als vollgültige Studienberechtigung anzuerkennen. Wenn das in einem Bundesland nicht der Fall ist, dann habe ich die Möglichkeit, dieses Land dann auch wirklich vorzuführen. Ich glaube nicht, daß Bayern die Position durchhält, mit mir einen Vertrag zu schließen, der dann nicht eingehalten wird.

(Beifall bei der SPD — Abg. Frau **Bohling** [CDU]: Da bin ich anderer Meinung! — Abg. **Klein** [CDU]: Die zittern jetzt schon!)

Ich bin gern bereit, diesem Fall nachzugehen. Ich kann Ihnen nur sagen, ich habe ein rechtsgültiges Abkommen zwischen allen Bundesländern, in das die volle Anerkennung des bremischen Abiturs hineingehört. Ich möchte das auch noch einmal für die Öffentlichkeit betonen. Keine Verunsicherungen, daß wir irgendwo nicht anerkannt seien! Ich erfülle alle Auflagen, die zur Anerkennung nötig sind, und dies ist von allen Bundesländern anerkannt worden. Ich achte peinlichst darauf, daß wir nicht eine Situation aufkommen lassen, daß wir solcher Anerkennungen uns nicht mehr erfreuen dürfen.

(D)

Meine Damen und Herren, ich denke also, daß ich mit der Betonung der Grundfertigkeiten in der Schule einen sozialen Auftrag erfülle und keinen Selektionsauftrag. Ich sage Ihnen ganz deutlich, an dieser Position lasse ich nicht rütteln.

Allerdings sage ich Ihnen auch eines: Das Unterrichten in den Grundfertigkeiten kann nicht im einzelnen normiert und geregelt werden, es kann nicht einem Lehrer sozusagen verbindlich jeder Schritt vorgegeben werden, wie Sie es offensichtlich wünschen, Herr Bürger von der CDU, einem Lehrer kann nicht jeder Schritt vorgegeben werden, den er jetzt im Verfolgen seines Unterrichts umzusetzen hat. Deswegen habe ich einen Katalog angeboten und stelle es dem Lehrer frei, sich zu diesem Katalog jetzt auswählend zu verhalten.

Ich fordere nur eines von ihm: daß er mir am Ende des Berichtszeitraumes sagt, wie er sich auf die Vermittlung von Grundfertigkeiten eingelassen hat. Da stelle ich es ihm allerdings frei zu sagen, ich habe von deinem Angebot, Franke, nur einiges angenommen und vieles andere nicht. Dafür mache ich es aber anders, und zwar soundso.

Ich gebe einem Lehrer die Freiheit, die Maßnahmen nach seiner eigenen pädagogischen Verant-

(A) wortung einzusetzen. Was ich nur verlange und was ich verbindlich mit Berichten nachforschen werde, ist, daß er die Vermittlung von Grundfertigkeiten zu seinem eigenen Ansatz und Anliegen macht. Kneifen in diesem Fall gibt es nicht.

Da muß ich zugeben, natürlich haben wir auch in Bremen Lehrer, die es nötig haben, daß man sie darauf stößt. Der Lehrerberuf ist ein Massenberuf, und da gibt es nicht nur gute, da gibt es auch andere, und da gibt es einige, die muß man richtig darauf stoßen. Dazu ist auch dieser Katalog gedacht.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Senator Franke: Ja!

Präsident Dr. Klink: Für Abgeordnete wäre die Redezeit schon überschritten, aber bei Senatoren sehen wir die Dinge immer etwas anders. Wir weisen immer nur darauf hin als Orientierungspunkt.

Senator Franke: Ich habe den sehr feinen Hinweis verstanden, Herr Präsident!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Pfeleiderer!

(B) Abg. **Pfeleiderer** (DIE GRÜNEN): Herr Senator, eine Frage zur sozialen Verantwortung und zur neuen beziehungsweise alten Klassengesellschaft! Sind Sie nicht mit mir der Ansicht, daß, wenn man schon diesen Begriff benutzt und auf Schulen bezieht, man eigentlich sich fragen müßte, wie sich eine Klassengliederung in den Schulen herstellt, und die stellt sich erstens natürlich über spezifische Maßnahmen her und zweitens über die Frage, in welchen Stufen und für welche Kinder diese Mittel ausgegeben werden?

Sie wissen, gestern war zum Beispiel eine Diskussion in der Stadtbürgerschaft über die Frage von Sozialpädagogen im Projekt Fördern in Grundschulen, und da wurde explizit für meine Begriffe deutlich, was es heißt, wenn man jetzt in solchen Bereichen sparen will, und welche Bereitschaft man zeigt, soziale Unterschiede und insofern auch Klassenunterschiede aufrechtzuerhalten beziehungsweise zu stärken. Sind Sie nicht mit mir der Ansicht, daß das ein wichtigerer Unterschied ist von Klassendifferenzierung als der, den Sie jetzt angestellt haben zu den neuen Informationstechnologien?

(Abg. **Kudella** [CDU]: Zu fragen sollte man auch lernen!)

Senator Franke: Herr Pfeleiderer, das eine tun und das andere nicht lassen! Grundfertigkeiten müssen vermittelt werden, aber selbstverständlich müssen Schulen in sozialen Brennpunkten auch besonders ausgestattet werden. Da sind wir uns einig, aber das kann man ja beides miteinander verbinden.

(C) Darf ich nun, der Aufforderung des Präsidenten folgend, noch zum Schluß,

(Abg. **Klein** [CDU]: Etwas länger reden!)

vielleicht weil eine gewisse heitere Note hier heute im Plenum zu verspüren war, auch mit einer kleinen heiteren Note an die Adresse der FDP antworten!

(Abg. **Jungclaus** [FDP]: Das haben wir erwartet!)

Sie von der FDP haben hier ja heute einen lustigen Antrag gestellt, wobei ich Ihnen sagen muß, für mich ist das Thema Grundfertigkeiten kein Belustigungsthema, für mich ist es ein sehr ernstes Thema.

(Abg. **Neujahr** [FDP]: Genau deswegen!)

Ich möchte Ihnen dann auch lustig antworten.

Neujahr, Jäger und Fraktion strafen Lästermäuler Hohn, daß die kleine FDP nicht mehr käme in die Höh'. Jeder von den Liberalen kennt die meisten geraden Zahlen, kann auch Punkte gut plazieren und hat gute Schreibmanieren. Keiner darf sie mehr bestreiten, die FDP-Grundfertigkeiten!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der FDP)

(D) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neujahr.

Abg. **Neujahr** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich nehme diesen poetischen Erguß des Senators dankend zur Kenntnis. Ich habe nun, verspätet immerhin, aber doch zur rechten Zeit und wohl aufgenommen, keine Bedenken mehr, daß unser Entschließungsantrag die volle Zustimmung dieses Hauses finden wird. Erstens hat soeben der Senator Franke in seinen Ausführungen über die Leistungsfähigkeit der Bremer Schulen überhaupt die Notwendigkeit bestritten, daß eine derartige Rundverfügung erlassen werden kann. Zweitens hat dankenswerterweise auch Herr Aulfes darauf hingewiesen, daß im Grundsatz vieles ernstgemeint sei, jedoch spaßig erscheinen kann und umgekehrt. Insofern meinen wir, daß Anerkennung finden muß, was der Anerkennung bedarf. Wir wollen uns gern auf eine Form verständigen, die als Spaß auf der einen Seite oder aber auch als Nicht-Ernst auf der anderen Seite erscheint.

Meine Damen und Herren, unser Entschließungsantrag enthält, auch nach den Ausführungen, wie sie hier gemacht worden sind, eine Fülle von Vorzügen, was Sie bereits erkannt haben. Fast auf den Tag genau vor 144 Jahren, das war am 12.1.1884, Entschuldigung, 1844,

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Fast auf den Tag genau! Grundfertigkeiten!)

- (A) hat der Senat publiziert: „Die Schulpflicht der Schüler Bremens und der Vorstädte“. Schulpflicht kann ja wohl nur bedeuten, daß alle bremischen Schüler die Grundfertigkeiten erlernen sollten. Das kann ja nur der Sinn der Schulpflicht sein.

Unser Entschließungsantrag beginnt: „Dem Senator Horst-Werner Franke sei Lob und Dank in Anerkennung seiner bahnbrechenden Erkenntnisse.“ Er hat nämlich diesen Grundsatz von 1844 erkannt und diese Problematik grundsätzlich aktualisiert, wie es dankenswerterweise auch schon vorgetragen worden ist.

In seinen Ausführungen soeben hat Herr Senator Franke gesagt, er möchte den Lehrern und auch den Schülern die „nötigen Hilfen an die Hand geben“. Das geschieht unter anderem in der folgenden Form: Primarbereich: Eine Zeile darf nicht zu lang sein.

(Abg. St i c h w e h [SPD]: Das haben wir doch schon alles gehört!)

Sekundarbereich I: Unterrichtszeit kann nicht beliebig vermehrt werden. Sekundarbereich II: Hausaufgaben müssen als solche vom Schüler/von der Schülerin erkannt sein. Berufliche Schulen: Die Schüler und Schülerinnen kommen im Einzelfall aus den verschiedensten Schulen.

(Abg. J ä g e r [FDP]: Das ist sehr schwierig!)

- (B) Ich füge die Zitate hinzu, die der Kollege Aulfes genannt hat. Ich könnte laufend weiter zitieren, die Rundverfügung enthält eine Fülle dieser, wie der Senator Franke sagt, „nötigen Hilfen“ für Lehrer und für Schüler. In unserem Antrag haben wir dies als bahnbrechende Erkenntnisse bezeichnet.

Nun frage ich Sie, und daher kann an einer Einstimmigkeit für unseren Entschließungsantrag überhaupt kein Zweifel mehr sein: Wer will denn eigentlich die Richtigkeit dieser Erkenntnisse bestreiten? Wer will denn bestreiten, daß zwischen einer Zeile oben und einer Zeile unten ein gewisser Platz sein muß?

(Abg. K l e i n [CDU]: Aber was lernt uns das?)

Das kann man nicht, und insofern kann man sehr wohl von wegweisenden und bahnbrechenden Erkenntnissen hier reden. Das ist Lehr- und Lernkunst!

Herr Abgeordneter Klein, ich glaube schon, das haben wir richtig erkannt. Im übrigen predigen wir das ja schon seit mehreren Jahren.

Paragraph 14 der Verordnung von 1844, letzter Absatz unserer Entschließung, sagt nun, daß das Scholarchat beauftragt ist, das zur Ausführung der obigen Vorschriften Nötige anzuordnen, sodann aber auch die Aufrechterhaltung derselbigen sorgfältig zu beobachten und von dem Erfolg von Zeit zu Zeit Bericht zu erstatten. Meine Damen und Herren, wer von uns will denn dies als Inhalt einer Verord-

nung bestreiten? Ich kann nur davon ausgehen, daß die einstimmige Annahme unseres Entschließungsantrags nach diesen Ausführungen vollständig gesichert sein wird. — Vielen Dank! (C)

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Franke.

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Neujahr, ich will auf Ihren Beitrag, obwohl er satirisch gemeint ist, ernsthaft eingehen.

(Abg. N e u j a h r [FDP]: Das habe ich auch eingangs betont! — Abg. K l e i n [CDU]: Es steckt immer ein ernster Kern darin! — Abg. J u n g c l a u s [FDP]: Satire will Fehler aufdecken!)

Weil ich denke, wir sollten dieses Hohe Haus nicht nur als einen Platz der unernsten Späße, sondern auch der ernsthaften Auseinandersetzung ansehen, gehe ich auf Ihren Entschließungsantrag jetzt richtig ernsthaft ein.

Das Zitat für den Primarbereich entstammt — Sie schreiben hier richtig Seite sechs — den Vorschlägen zur Gestaltung für ein Tafelbild. Nun werden Sie sich in der Tat fragen, warum der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst für die Grundschule Vorschläge macht, ein Tafelbild zu gestalten. Ich bin ein Senator, der sehr häufig in Schulen geht und sehr häufig im Unterricht hospitiert. Ich weiß, was ich hier sage. (D)

Es hat sich leider, aber das ist nichts Bremensspezifisches, das ist ein Zug der Zeit, den ich nicht für gut halte, eingebürgert, daß im Primarbereich bei kleinen Schülern, bei Erst- und Zweitklässlern, zuwenig mit der Tafel gearbeitet wird, sondern daß die Folie, der Overhead-Projektor mit in den Mittelpunkt des Unterrichtsgeschehens einzieht.

Da wird eine Folie zu Hause vom Lehrer angefertigt, die ist beliebig oft einsetzbar, das erleichtert natürlich das Geschäft, wird in der Klasse, ich habe es selbst erlebt, vor den Kindern an die Wand projiziert, und dann wird dieses mechanistisch hergestellte Schriftbild mit den Kleinen eingeübt. Ich halte es für sehr viel wichtiger und pädagogischer, daß die Kinder das Entstehen eines Schriftbildes an der Tafel miterleben.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Lehrer, das sage ich ganz klipp und klar, haben verlernt, dieses einfache Mittel Wandtafel im Unterricht einzusetzen. Wir haben sie natürlich auch verwöhnt, indem wir sie technisch ausgestattet

- (A) haben mit einer Perfektion, vor der mir manchmal schon das Grausen kommt.

(Abg. Klein [CDU]: Sie haben ein Denkmal verdient, Herr Senator! — Abg. Jäger [FDP]: Er widerlegt gerade seinen ersten Beitrag!)

Ich denke also —.

(Unruhe)

Mein Gott, ich rede doch hier, wenn ich über Technologien im Unterricht rede, nicht über die typischen bremischen Erscheinungsformen! Das ist doch bundesweit üblich! Soll ich aber, weil es bundesweit üblich ist, darauf verzichten, das in Bremen anzugehen? Mir wird doch gestattet werden müssen, ein Phänomen, das für alle existiert, hier in Bremen eben auch anzugehen!

(Abg. Klein [CDU]: Ein Denkmal vor dem Rathaus!)

- (B) Sie nannten als zweites Zitat für den Sekundarbereich I: „Unterrichtszeit kann nicht beliebig vermehrt werden.“ Meine Damen und Herren, ich habe bei dem Sekundarbereich I auf einen Umstand hingewiesen, der in der Tat in der Schule uns wieder viel bewußter werden muß, daß nämlich die Unterrichtszeit, die ein Lehrer mit seinem Schüler verbraucht, eine Unterrichtszeit sein muß, die außerordentlich ökonomisch und pädagogisch bewußt eingesetzt werden muß. Wir haben leider in unseren Schulen, aber auch das ist nicht speziell bremisch, das ist bundesweit so, natürlich inzwischen auch eine Praxis, daß im Üben und Vermitteln Unterrichtszeit verschwendet wird. Die Kostbarkeit von Unterricht ist etwas, was man Lehrern bewußt machen muß. In diesem Kontext steht das nächste Zitat.

Wir haben — und das ist das dritte Zitat — leider Gottes inzwischen in der Oberstufe eine Unterrichtspraxis, die sehr stark an Hochschullehrformen angelegentlich ist, eine Propädeutik von kommenden Hochschul- und Universitätslehrformen, und die Oberstufe krankt mehr und mehr daran, daß keine gezielten Hausaufgaben mehr gegeben werden. Die Oberstufe krankt mehr und mehr daran, daß am Ende des Unterrichts recht unverbindliche Aussagen stehen, und die Schüler können das entweder als Hausaufgabe aufnehmen oder auch nicht.

Meine Forderung ist nun, daß wieder in der Tat auch der Oberstufenlehrer klar erkennbare, genau definierte, eindeutige Hausaufgaben seinen Schülern vorträgt, die dann auch wieder von den Schülern als Hausaufgaben erledigt und richtig definiert für das Einüben von Unterrichtsfähigkeiten mitgebracht werden.

Meine Damen und Herren, Sie können das ja alles von der FDP ablehnen.

(Abg. Jäger [FDP]: Nun noch das vierte, Herr Senator, das fehlt! Darauf bin ich ganz gespannt, weil das ein sprachlicher Unsinn ist!)

Sie haben leider übrigens, das ist, wie Sie wissen — Sie wollen ja eine wissenschaftliche Ausbildung haben —, auch eine unkorrekte Art, die Zitate dadurch entstellt, daß Sie mit Auslassungen arbeiten.

(Zuruf des Abg. Neujahr [FDP])

Dadurch ist natürlich eine Entstellung zustande gekommen.

Aber ich kann Ihnen ein Problem aus der Berufsschule sehr deutlich vortragen. Die Berufsschule leidet daran, daß dort in einer Berufsschulklasse die Schüler unterschiedlichster Schulen zusammenkommen. Dort ist es nicht so, daß, wie es im normalen allgemeinbildenden Schulwesen ist, eine Klasse gebildet wird und dann geschlossen durch die Schulorganisation geht, sondern Berufsschulklassen leiden darunter, daß Schüler aus den verschiedensten Einzelsystemen in einer Klasse zusammengefaßt werden und von daher die verschiedensten Wissensstände und Bildungsvoraussetzungen mitbringen, weil dies von Schule zu Schule schwankt und unterschiedlich ist.

Ich will Berufsschullehrern verdeutlichen, daß sie auf diese unterschiedliche Ausgangslage sich beziehen müssen, daß ihnen bewußt sein muß, daß sie keine homogene Klasse vor sich haben, sondern eine Klasse, die sich aus solchen verschiedenen Einzugsbereichen zusammensetzt.

Meine Damen und Herren, wenn ich eine Bitte äußern darf: Das Parlament sollte sich zu schade sein, bei einem solchen ernsten Thema sich selbst zu verschleiern, wie das der Abgeordnete Neujahr hier tut. Ich bitte das Parlament im Interesse von Ernsthaftigkeit, einen solchen albernsten Antrag abzulehnen!

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Aulfes.

Herr Senator, Sie haben zum Schluß ein Fremdwort gebraucht, das ich nicht verstanden habe, ein Verb!

(Abg. Klein [CDU]: Herr Aulfes, was halten Sie vom Bierernst des Senators?)

Abg. Aulfes (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senator hat gesagt, dieses Thema sei kein Belustigungsthema, und ich bin in der Tat dieser Meinung. Belustigend finde ich nur, wie einige damit umgehen. Das muß man voneinander trennen. Das Thema selbst ist ernst genug und wird von mir auch so gesehen. Was mich zu dieser Satire veranlaßt hatte, war der zweite Teil der Rundverfügung 161/87 mit diesen detaillierten Ausführungen. Den ersten Teil finde ich ausgezeichnet, das habe ich dem Senator auch gesagt, das zweite fand ich ein bißchen reichlich kleinkariert, und deshalb hat mich das zu einer Satire gereizt.

(Beifall bei der FDP — Abg. Jäger [FDP]: Sehr schön, das haben wir auch so verstanden!)

(C)

(D)

(A) Das hat aber überhaupt nichts damit zu tun, daß die Bildungspolitik des Senators und das, was er hier ausgeführt hat, von uns, von den Deputierten der SPD-Fraktion und auch von der gesamten Fraktion uneingeschränkt unterstützt wird. Da gibt es überhaupt keine Frage.

Was mich bei diesem Thema immer wieder betroffen macht, ist allerdings die Überheblichkeit der Erwachsenen. Sicherlich gibt es Defizite, was die Grundfertigkeiten anbelangt, aber die gab es früher auch. Wenn ich hier einmal ein Diktat schreiben lassen könnte und das dann korrigiert zurückgeben könnte, dann würde bei einigen doch betretenes Schweigen eintreten! Das würde ich garantieren. Also, man sollte nicht so überheblich sein.

(Abg. Klein [CDU]: Sie sind ja nicht nur Satiriker, Sie sind ja sogar Zyniker!)

Ich möchte jetzt zum Abstimmungsverhalten kommen. Den Antrag der CDU werden wir ablehnen, weil wir meinen, daß das Thema Grundfertigkeiten in den Lehrplänen schon sehr präzise enthalten ist, die Lehrpläne werden naturgemäß von Zeit zu Zeit fortgeschrieben und können dann auch ergänzt werden. Aber es ist im Moment überhaupt kein Anlaß, das zu tun. Dagegen haben die Rundverfügungen des Senators zu diesem Punkt erhebliches Aufsehen erregt, und darüber wird in den Kollegien diskutiert. Es ist also völlig unnötig zu fordern, daß die Lehrpläne jetzt zu diesem Zeitpunkt ergänzt werden müssen, daher werden wir den CDU-Antrag ablehnen.

(B)

Was den FDP-Antrag angeht, so gefällt er mir als satirische Aussage, und wir sollten die Satire als belebendes Element hier im Parlament durchaus akzeptieren. Aber wir sollten die Satire nicht in den Rang eines Antrags in der Bürgerschaft erheben. Deshalb, nur deshalb lehnen wir ihn ab. Wir geben Ihnen einen Sonderpunkt für eine gute Satire,

(Heiterkeit)

aber wir lehnen den Antrag ab.

(Abg. Kudella [CDU]: Oberlehrer! Zwei plus!)

Präsident Dr. Klink: Ein Sonderpunkt, weil heute Aschermittwoch ist!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Bürger.

Abg. **Bürger** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da der Senator fast einen Ordnungsruf erhalten hätte, kann ich diesen Ausdruck nicht gebrauchen, dann würde ich auch ermahnt. Aber ich werde das etwas vornehmer ausdrücken, Herr Senator.

Wenn die Opposition hier etwas kritisiert, Selbstverständlichkeiten darstellt und für Abhilfe sorgen möchte, dann wird sie von Ihnen diffamiert. Wenn

aber Sie einmal von einer Oppositionsfraktion durch den Kakao gezogen werden, dann nehmen Sie das Recht für sich in Anspruch, bierernst zu reagieren. (C)

(Beifall bei der CDU und bei der FDP — Abg. Klein [CDU]: Majestätsbeleidigung! Sere-nissimus ist ungnädig!)

Das ist dann Majestätsbeleidigung. Herr Senator, wenn Sie sich in Ihrem ersten Beitrag so aufgeregt haben, dann ist das für uns immer ein ganz sicheres Zeichen, daß wir wirklich ins Schwarze getroffen haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben doch, und ich darf daran erinnern, daß von Ihnen —.

(Unruhe — Abg. Jäger [FDP]: Herr Stichweh, Sie wissen doch auch, daß er recht hat!)

Hören Sie auch einmal zu, Herr Jäger!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ja, das meine ich auch, jetzt hat der Abgeordnete Bürger das Wort!

Abg. **Bürger** (CDU): Sie haben doch das Konsolidierungskonzept für die Gesamtschulen vorgelegt, das haben wir unterstützt. Warum denn? Weil Sie dort Schadstellen entdeckt haben und für Abhilfe sorgen mußten! Sie haben doch die Schlußfolgerungen gezogen. Sie haben doch so viele Rundverfügungen und Rundschreiben herausgebracht, weil Sie genau wissen, wo die Defizite in den Schulen liegen. Sie ziehen die Schlußfolgerungen, der Opposition steht das nicht zu, da wird alles durch den Kakao gezogen und diffamiert. So geht das nicht, Herr Senator! (D)

Ich möchte einige Punkte, so wie Sie das machen, ganz willkürlich herausgreifen. Wie das mit den Abschlüssen der verschiedenen Schulen, der Universität und der Hochschulen ist, will ich an einem Beispiel deutlich machen. Sie wissen doch ganz genau, daß es zumindest einen Einzelfall gibt — vielleicht ist es nur ein Einzelfall —, daß in Baden-Württemberg eine bremische Lehrerprüfung nicht anerkannt worden ist und daß Sie seitens des Senats über den Haushaltsausschuß für die zweite Instanz, damit diese Lehrerin die gerichtlichen Wege beschreiten kann, Geld zur Verfügung gestellt haben.

Ein zweites! Die Ausbildungsbetriebe, Herr Senator, haben Sie gesagt, stellen eigene Einstellungskriterien auf. Die Schüler haben einen Schulabschluß, der aber nicht angenommen wird. So Ihre Einlassung vorhin! Ja, Herr Senator, Sie wissen doch ganz genau, warum das geschieht: Die Betriebe, die Lehrherren können sich auf die Noten, die in Bremen erteilt werden, nicht mehr verlassen. Ich darf darauf hinweisen, und das kritisiere ich in dem Fall genauso, selbst die öffentliche Verwaltung in Bremen führt

- (A) Prüfungen durch. Ja, warum denn? Weil die öffentliche Verwaltung sich nicht auf die Abschlußnoten in den Zeugnissen verlassen kann!

Ein drittes! Herr Senator, wie stellen Sie sich das vor, daß Ihr Maßnahmenkatalog helfen soll? Dieser Maßnahmenkatalog ist doch völlig unverbindlich, der verpflichtet niemanden zu nichts! Wo erwarten Sie dann Hilfe für den einzelnen Schüler? Meinen Sie denn, daß Sie mit dieser Unverbindlichkeit diejenigen Lehrer erreichen, von denen Sie vorhin gesagt haben, daß die es auch nötig haben? Ich habe gesagt, es gibt das Problem, alle Lehrer davon zu überzeugen, daß Grundfertigkeiten wieder mehr geübt werden müssen. Nur, das erreichen Sie, wie gesagt, nicht mit einem unverbindlichen Maßnahmenkatalog.

Ein weiteres! Herr Senator, wie sieht es denn mit dem Niveau der Schulen in Bremen aus? Ihr Senator hat doch Angst, daß das Niveau in Bremen nicht gesichert werden kann und nicht gesichert ist, Herr Kollege Stichweh.

(Abg. Stichweh [SPD]: Ich habe doch gar nichts gesagt!)

Entschuldigung, ich wußte ja nicht, daß Sie zu Herrn Schmurr gerade eine Bemerkung machten, ich dachte, die bezog sich auf meine Ausführungen!

(Abg. Stelljes [SDPD]: Dazu sind die zu unwichtig!)

(B)

Herr Senator, Sie waren es doch, der ein Papier zur Stärkung des Niveaus der Schulen Bremens herausgegeben hat. Ja, warum denn? Sie haben doch Angst um das Niveau in Bremen, sonst brauchten Sie solch ein Papier nicht zu erstellen. Herr Senator, Sie sind es doch, der Vergleichsarbeiten schreiben läßt. Ja, warum denn? Weil es große Defizite in den einzelnen Schulen gibt! Herr Senator, Sie sind es doch, der Abiturarbeiten sich in vergleichender Weise vorlegen läßt. Ja, warum denn? Weil Sie Angst haben, daß das Niveau eben nicht gesichert ist!

Herr Senator, es nützt ja nichts, daß Sie hier eine Publikumsbeschimpfung in großer Breite durchführen. Die Defizite sind da. Das wird ja aus Ihren Maßnahmen deutlich. Es kann auch nicht hingenommen werden, daß Sie hier Diffamierungskampagnen gegen die Opposition starten, was die Abschlüsse von Schulen angeht.

(Senator Franke: Die diffamiert sich selbst!)

Herr Senator, es kommt doch immer wieder vor, daß Abiturienten, die aus Bremen kommen und in anderen Bundesländern studieren wollen, nähere Erläuterungen über ihr Abiturzeugnis vorlegen müssen, weil häufig genug andere Universitäten außerhalb Bremens mit diesen Zeugnissen nichts anfangen können.

Herr Senator, Sie wissen ganz genau — und da müssen Sie einmal mit Studienanfängern sprechen, jedenfalls uns ist das nicht nur einmal, sondern wiederholt von Studienanfängern bestätigt worden —, daß diese sich Vorwürfe anderer Studenten gefallen lassen müssen, mit denen sie zusammen studieren, die aus anderen Bundesländern kommen, daß sie erhebliche Defizite in den Übungen an den Hochschulen und Universitäten mitbringen und diese erst einmal aufgearbeitet werden müssen.

(Unruhe)

Ja, Herr Stichweh, das ist natürlich in Ihren Augen Quatsch, nur, sprechen Sie doch einmal mit Studienanfängern!

(Abg. Stichweh [SPD]: Das ist richtiger Blödsinn, belegen Sie doch einmal so etwas!)

Herr Senator, vorhin haben Sie gesagt —.

(Abg. Frau Grotheer-Hüneke [SPD]: Die Bremer Abiturienten werden Ihnen dankbar sein!)

Sie können sich doch noch einmal melden! Ich kann doch die Defizite feststellen!

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, das Wort hat der Abgeordnete Bürger. Wer sonst noch reden möchte, was nicht erforderlich ist, der kann sich melden.

Abg. **Bürger** (CDU): Herr Stichweh, das sind keine Diffamierungen der bremischen Abiturienten,

(Abg. Stichweh [SPD]: Doch!)

sondern das sind Defizite, die hier dargestellt werden,

(Abg. Stichweh [SPD]: Nein!)

einer Bildungspolitik, die Sie zu verantworten haben!

(Beifall bei der CDU)

Herr Senator Franke, Sie haben ausgeführt, daß die Bundesrepublik und insbesondere wir natürlich, die Konservativen, dem Kastendenken verhaftet sind, daß alle westeuropäischen Industrienationen auf dem Wege zur Gesamtschule sind. Herr Senator, schlichtweg Unsinn! Machen Sie sich doch einmal die Mühe, und informieren Sie sich über das, was in den USA, in England, in Kanada gemacht wird, dann werden Sie feststellen, daß diese Länder sich gerade über das bundesrepublikanische Schulsystem informieren, um das eine oder andere zu übernehmen und wegzukommen von der Gesamtschule! Lesen Sie doch in der Gewerkschaftszeitung nach, das liegt

(C)

(D)

- (A) etwa vier, fünf Jahre zurück, als ein Bremer Lehrer aus den USA wieder zurückgekommen war

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Das war ein Klassenkamerad von mir, den kenne ich! Den Brief lassen Sie einmal weg! Das war Bernd Hünerkoch!)

und vor der Gesamtschule gewarnt hat, Herr Stichweh!

Ein Letztes! Herr Senator, gestern haben Sie was Schulschließungen angeht, auf die Situation in Baden-Württemberg hingewiesen.

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit für den Redner!

(Abg. **Dr. Weichelt** [SPD]: Das fällt schwer, Herr Präsident!)

Abg. **Bürger** (CDU): Ihr Kollege Mayer-Vorfelder habe ähnliche Probleme mit den zurückgehenden Schülerzahlen wie wir in Bremen!

(Abg. **Frau Uhl** [SPD]: Der mit dem Deutschlandlied, der soll bloß bleiben, wo der Pfeffer wächst!)

- (B) Herr Senator, Sie sind ein schlechter Zeuge, wenn Sie Herrn Mayer-Vorfelder ansprechen. Wenn es Ihnen paßt, dann zitieren Sie Herrn Mayer-Vorfelder, weil der auch Probleme mit den zurückgehenden Schülerzahlen hat. Ich möchte mir wünschen, daß Sie sich in anderen Bereichen einmal auf Herrn Mayer-Vorfelder konzentrierten, wenn es um den Erhalt von durchgängigen Gymnasien geht, wenn es um die Einrichtung von Ganztagschulen geht, wenn es um den Erhalt von Haupt- und Realschulen geht, aber nicht nur in dem einen Punkt, der Ihnen gerade in den Kram paßt. — Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neujahr.

Abg. **Neujahr** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe eingangs meiner Ausführungen gesagt, was im Spaß erscheint, kann tiefernt gemeint sein und umgekehrt. Auch die Satire und auch die Karikatur im bildnerischen Bereich übrigens, da sind wir sicherlich einer Meinung, haben doch die Aufgabe, erkannte Schwächen aufzuzeigen und deutlich zu machen.

(Abg. **Klein** [CDU]: Natürlich! — Abg. **Stichweh** [SPD]: Aber nicht auf dem Tageslichtprojektor!)

Wir lassen uns bitte schön dieses Mittel der Satire doch nicht nehmen, auch nicht in einer parlamenta-

rischen Debatte, wenn auf der einen Seite Leistungsfähigkeit der bremischen Schulen betont wird und auf der anderen Seite Banalitäten den Lehrern an die Hand gegeben werden. Das kann man von uns nicht verlangen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Ist noch eine Wortmeldung? War das eine Wortmeldung, Herr Abgeordneter Aulfes? — Bitte sehr! Schuldebatten sind immer leidenschaftlich bei uns geführt worden.

(Abg. **Klein** [CDU]: Aber nicht so ernst!)

Abg. **Aulfes** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht nur darum, daß Herr Bürger so im Bausch und Bogen alle Abiturienten hier in Bremen abgewertet hat. Ich meine, man muß das doch ein bißchen differenzierter sehen.

Sie müssen sich einmal, Herr Bürger, unterhalten mit Herrn Dr. Böhnke in der Behörde, der ist nämlich für die gegenseitige Anerkennung von Abiturzeugnissen zwischen den Bundesländern zuständig, und er wird Ihnen erzählen, daß es eine Fülle von Einsprüchen gibt, wenn da Zeugnisse von Nordrhein-Westfalen, bayerische Zeugnisse zurückgewiesen werden und umgekehrt. Da gibt es eine Fülle von Dingen, und demgegenüber sind die Bremer Zeugnisse bis auf ganz kleine Beanstandungen immer sehr gut anerkannt, das heißt, Bremen achtet wie kein anderes Bundesland darauf, daß die Abschlüsse auch anerkannt werden. Im übrigen gibt es ja nicht nur Abiturabschlüsse, sondern auch Realschul- und Hauptschulabschlüsse. Das müssen wir doch auch berücksichtigen.

Wenn es an einzelnen Universitäten und in einzelnen Städten so ist, daß sozusagen einige Leute noch einmal nachfragen, wenn jemand aus Bremen kommt, dann ist das doch kein Wunder bei Ihrer jahrzehntelangen Diffamierungskampagne, und dagegen wehren wir uns!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 12/72 abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 12/72 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und DIE GRÜNEN)

(C)

(D)

(A) Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, der Antrag ist abgelehnt.

Nunmehr rufe ich zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 12/101 auf.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 12/101 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

(Abg. P f l e i d e r e r [DIE GRÜNEN])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diesen Antrag ab.

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der mündlichen Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP, Drucksache 12/62, Kenntnis.

(Unruhe — Glocke)

Meine Damen und Herren, ich weiß gar nicht, welche Heiterkeit hier herrscht, wir haben Aschermittwoch!

(B)

Teilnahme von Schulräten an Info-Wehrübungen für höhere zivile Führungskräfte

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 2. Februar 1988
(Drucksache 12/84)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Pfeleiderer.

Abg. **P f l e i d e r e r** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich in der Form zur Sache äußern, daß ich aus der Sichtweise eines Beteiligten spreche. Ich darf mich also kurz vorstellen; Oberschulrat Friedefest, ich lege allerdings Wert darauf, daß ich ein rein fiktiver Schulrat bin!

(Abg. **S t e l l j e s** [SPD]: Was ist das wieder für eine Schweinerei! Das habe ich nicht verstanden!)

Präsident Dr. Klink: Wenn Sie es nicht verstanden haben, kann es auch keine Schweinerei gewesen sein!

(Heiterkeit)

Fahren Sie fort, Herr Abgeordneter Pfeleiderer!

Abg. **P f l e i d e r e r** (DIE GRÜNEN): Ich wollte Schweinereien ausschließen, indem ich sage, Ähnlichkeiten oder Gleichheiten mit lebenden Schulräten sollen ausgeschlossen sein. Wie gesagt, Oberschulrat Friedefest meine Name!

(C)

Meine Damen und Herren, vor längerer Zeit sprach mich der Referent für politische Bildung an: „Ich habe da wieder solch eine Einladung von der Bundeswehr zu diesen Wehrübungen für höhere zivile Führungskräfte, Sie wissen schon, wie sie die Bundeswehr alle halbe Jahre so anbietet. Die sind im Hause nämlich beliebt, und ich schicke da gewöhnlich auch jemanden, und da dachte ich . . .“

(Abg. **T h o m a s** [DIE GRÜNEN]: Der Senator soll zuhören!)

Natürlich nahm ich an. Ein wenig komisch war mir schon bei der Sache, vor allem, weil ich noch nicht gedient hatte und auch körperlich nicht mehr zu den fitsten Exemplaren zähle, aber es ging glatt.

Ich wurde in Munster von freundlichen Stabsärzten vermessen, durfte Kniebeugen machen und ein Gläschen füllen — ja, Sie wissen schon — und bekam eine Uniform liebenswürdig angepaßt, es dauerte zunächst etwas länger, weil nichts paßte, dem Bankdirektor vor mir sprangen sogar direkt beim Einkleiden die Uniformknöpfe wieder ab, na, Pech! Auf die Schultern bekam ich je zwei silberne Sterne, Oberleutnant, einen Spind bekam ich auch. Wie man sich Bundeswehr eben so vorstellt! Auch ein bißchen Bewegung, ein ganzer Tagesmarsch, wir wohnten im Offizierslager, ja, man prüfte sogar unsere Schuhe auf Sauberkeit! Bundeswehr!

Wer sich da alles so eingefunden hatte: ein Bonner Ministerialrat, ein Daimler-Manager — einer aus Sindelfingen —, Journalisten, jemand von der Bank für Gemeinwirtschaft, ein Intendant der Münchener Oper, also interessant!

Viel theoretischer Unterricht, Vorträge, zum Beispiel über Evakuierung oder über Menschenführung im Gefecht! Dabei begann der Vortragende, ein Oberstleutnant, gleich mit einem Gneisenau-Zitat: „In Friedenszeiten haben wir viel vernachlässigt und uns mit Frivolitäten beschäftigt, der Vorliebe der Menschen für Schaustellungen geschmeichelt und den Krieg vernachlässigt.“ Der Oberstleutnant meinte dazu, eine Gefahr, die jeder Armee in langer Friedenszeit drohe, und deshalb fragte er uns: „Ist unsere Armee kriegstüchtig?“, und belehrte uns dazu: „Jede Armee ist ihrem Wesen nach für den Kampf geschaffen, sonst taugt sie nichts.“

Auf die Frage, die er sich natürlich selbst stellte, ob unsere Soldaten für den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat kämpfen würden, wußte er, daß es dafür keinerlei Hinweise gäbe. „Weder hat die Wehrmacht so tapfer gekämpft, weil sie vom Nationalsozialismus durchdrungen war, noch die Rote Armee für den Kommunismus.“ Er bot uns dafür so etwas wie den Kampf für die Heimat an. Dafür wußte der Oberst-

(D)

(A) leutnant, daß die Truppe ein starkes Verlangen nach Führung hat. Überhaupt hat es ihm der Führer angetan, und woher bezieht der Führer die Kraft, seine schwierige Aufgabe wahrzunehmen? Aus der Bindung an die Heimat!

Also, ehrlich gesagt, ganz schöner Schrott, was die Offiziere einem da zum Teil erzählten in Munster! Ich fragte dann auch schon einmal kritisch nach, diskutierte, man darf die Bundeswehr doch nicht allein lassen, in ihrem ideologischen Saft schmoren lassen. Die Bundeswehr darf doch kein Staat im Staate werden. Deshalb war ich ja übrigens überhaupt hier hergekommen, oder? Gerade im Interesse meiner Lehrer und Schüler mußte ich mich da einmischen. So gab es 14 Tage lang fruchtbare Auseinandersetzungen.

Die Vortragenden waren allesamt hochrangige Offiziere, also nicht irgendwer, und zum Abschluß gab es großes Manöverschießen mit allem Drum und Dran: Sperrfeuer, Nebelwand, Artillerie, da flogen schon einmal in einer halben Stunde 200 000 DM in die Luft. Der Opernmensch neben mir sprach von einer richtigen Theaterinszenierung. Titel des Schießens: „Fire and forget!“ Ganz schön problematischer Titel, oder finden Sie nicht?

Ich bekam übrigens auch Wehrsold, also, die Leute gaben sich alle Mühe mit uns, und es gab in den 14 Tagen genügend Möglichkeiten zu vielfältigem kritischen Gedankenaustausch. Ich konnte zum Beispiel nach einem längeren Gespräch mit dem Oberstleutnant, von dessen Vortrag ich Ihnen eben erzählte, Einigung darüber erzielen, daß die Bundeswehr doch letztendlich der Sicherung des Friedens dient. Solche Gespräche bringen jedenfalls mehr, als in Berührungsangst künstliche Feindbilder aufzubauen und der Bundeswehr Militarismus und Kriegsvorbereitung zu unterstellen.

Eines allerdings, meine Damen und Herren, beunruhigt mich etwas, neuerdings bekam ich von der Bundeswehr eine Einladung zu einer weiteren zusätzlichen Ausbildung. Sie sei interessiert an Führungskräften wie mir und böte mir deshalb an, mich als Truppenverwaltungsoffizier mit Kombattantenstatus auszubilden.

(Senator K u n i c k: Das können Sie aber ablehnen)

Ich wisse doch, sagte man mir dann auf telefonische Nachfrage, daß zum Beispiel im Rahmen der Notstandsplanung auch die Bremer Schulen als Notunterkünfte bereitzustellen seien, und insgesamt seien ausgebildete Truppenverwaltungsoffiziere im Bildungsbereich noch Mangelware. Also, große Lust habe ich nicht dazu, aber man darf die Bundeswehr mit ihren Problemen nicht allein lassen, oder?

(Abg. S a k u t h [SPD]: Sollen wir jetzt antworten?)

Meine Damen und Herren, was soll dieser Wehrübungsmummenschanz? Wenn man sich wirklich

(C) über die Bundeswehr informieren will, braucht man sich wahrlich nicht in Munster als Oberstleutnant zu verkleiden, auch wenn heute Aschermittwoch ist. Bremer Schulräte nehmen an einer breiten Palette von Bundeswehrveranstaltungen teil, zum Beispiel zweimal im Jahr die vierzehntägige Wehrübung, von der ich eben geschildert habe, das sind vier Wochen im Jahr, einmal im Jahr in der Bundeswehrfachschule, eine Woche im Jahr, einmal Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, eine Woche im Jahr, mehr als einmal im Jahr Zentrum innere Führung Koblenz, einmal im Jahr Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik in Mannheim, insgesamt also allein für Bremer Schulräte mindestens acht Fortbildungswochen bei Bundeswehrinstitutionen in einem Jahr.

Ich frage, ist das die Ausgewogenheit, die sich die Bildungsbehörde in Friedensfragen zur Leitschnur genommen hat? Und da bringt die Teilnahme am offenbar so geliebten Spektakel Info-Wehrübung den Erkenntnissschub? Was ist das für ein Gedankenaustausch, den man dort mit hochrangigen Offizieren pflegt? Soll dadurch etwa die Bundeswehr gesellschaftlich integriert werden? Machen Sie sich doch nichts vor, Herr Bildungssenator! Diese Wehrübungen für höhere zivile Führungskräfte sind doch eindeutig von der Bundeswehr auf PR angelegt, auf Akzeptanzsteigerung, auf sonst nichts!

(D) Machen Sie uns nichts vor! Warum werden die Informationen aus diesen Wehrübungen nicht ausgewertet? Sind solche hanebüchenen Vorträge wie der geschilderte über Menschenführung im Gefecht nicht sinnvoller öffentlich statt intern in Munster zu diskutieren?

So stelle ich mir den Gedankenaustausch mit der Bundeswehr vor: Die Schulräte nicht zu internen Wehrübungsspielchen nach Munster zu schicken oder Schulleiter zu Veranstaltungen der Bundeswehrrakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik extra nach Mannheim fahren zu lassen, sondern sich vor Ort mit der Bundeswehr auseinanderzusetzen und diese Auseinandersetzungen auch im schulischen Raum zu führen, zum Beispiel in Veranstaltungen im WIS oder zusammen mit Vertretern von Friedensgruppen oder Kriegsdienstverweigerern in den Schulen!

Es geht auch nicht, auf die Kleine Anfrage der GRÜNEN zu diesem Thema lapidar zu antworten: „Überblick über Freistellungen habe ich nicht, Freistellungen für Wehrübungen lassen sich aber auf jeden Fall mit der Friedenserziehung an den Schulen gut vereinbaren; im übrigen ist alles gesetzlich geregelt, und außerdem ist es absurd und infam, sich über Vorbereitungen der Bundeswehr zu Kriegsführungsfähigkeit auch im zivilen Bereich und über historische Kontinuitäten Sorge zu machen.“ So einfach sollte man es sich nicht machen, wenn man Friedenserziehung in der Schule wirklich ernst nehmen will!

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) Die Bundeswehr ist eben keine Institution wie alle anderen auch, sondern hat angesichts von Hochrüstung und Kriegsgefahr und Anhäufung von Gewaltpotential einen sehr exponierten, einen eigenen Charakter, und von daher leisten auch sogenannte Informationswehrübungen nicht per se einen Beitrag, reflektiertes Handeln zu fördern, wie es der Senat in seiner Antwort locker behauptet, im Gegenteil.

Mir geht es nicht darum, meine Damen und Herren, einzelne Schulräte anzugreifen; die Bildungsbehörde kann aber angesichts der Bundeswehroption, ausgewählte Teilnehmer solcher Informationswehrübungen für eine spätere Verwendung als Truppenverwaltungsoffizier auszubilden, nicht so tun, als ob die Bundeswehr hier etwas Harmloses oder gar Selbstloses anbietet. Gerade die selbstverständliche Akzeptanz dieses Abenteuerurlaubes beweist ja frappierend, daß offenbar das Multiplikatorenkonzept der Bundeswehr aufgeht und aufgegangen ist. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Aulfes.

(B) Abg. Aulfes (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion DIE GRÜNEN hat mit ihrer Kleinen Anfrage vom 11.1.1988 und mit ihrem Antrag vom 2.2.1988 über die Teilnahme von Schulräten an Info-Wehrübungen für höhere zivile Führungskräfte ein pikantes Thema aufgegriffen. Diese Tatsache finde ich verdienstvoll. Ich selbst habe nämlich dabei Dinge erfahren, die ich so in dieser Form nicht für möglich gehalten hätte. Ich hätte nicht für möglich gehalten, daß sich Oberschulräte, auch solche, die ich persönlich schätze, Prozeduren unterziehen, bei deren Betrachtung und Würdigung ich mich doch an den Kopf fasse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme darauf im einzelnen zurück.

Um nicht mißverstanden zu werden, ich habe nichts dagegen, wenn gestandene Oberschulräte die Gelegenheit wahrnehmen, sich über die Belange der Verteidigung und der Bundeswehr aus erster Hand zu informieren, informieren zu lassen und mit Offizieren der Bundeswehr im Rahmen solcher Veranstaltungen zu diskutieren. Dabei muß ihnen jedoch bewußt sein, welche Ziele das Bundesministerium für Verteidigung damit verfolgt. Ich zitiere aus einer Richtlinie des Generalinspektors der Bundeswehr:

„Interessierten Mitbürgern, insbesondere Persönlichkeiten, an denen die Bundeswehr als Sympathieträger und Multiplikatoren in unserer Gesellschaft ein besonderes Interesse hat, soll auf diese Weise vermehrt ein persönlicher Einblick in die Bundeswehr gegeben werden. Die Kenntnisse über die

(C) Streitkräfte sollen dabei vertieft werden. Intensive Öffentlichkeitsarbeit ist im Hinblick auf die Personalprobleme der kommenden Jahre von entscheidender Bedeutung.“

Diese Richtlinie ist datiert vom Juli 1986, und sie ist den Oberschulräten, die an solchen Info-Übungen teilnehmen, bekannt. Wer die Absichten der Veranstalter kennt und sich dennoch indoktrinieren ließe, wäre als Oberschulrat sicherlich fehl am Platz.

Ich habe die Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN vom 11.1.1988 und die Antwort des Senats vom 25. Januar 1988 sorgfältig gelesen. Beides, meine Damen und Herren, ist sehr aufschlußreich. Die Einzelantworten des Senats sind zum Teil bemerkenswert klar, zum Teil leider ausweichend.

Die an und für sich verdienstvolle Anfrage der GRÜNEN schießt an einer Stelle allerdings in peinlicher Weise, man kann auch sagen, in infamer Weise über das Ziel hinaus, wenn nämlich dem Senat unterstellt wird, er wolle die Tradition der Kriegsverwaltungsräte der ehemaligen deutschen Wehrmacht forsetzen. So, meine Damen und Herren, sollten wir wirklich nicht miteinander umgehen!

Was mich an der ganzen Sache stört, ist nicht die Tatsache, daß die Bundeswehr auf zivile Führungskräfte Einfluß nehmen möchte, auch nicht die Tatsache, daß Oberschulräte sich einmal an Ort und Stelle informieren möchten. Was mich wirklich, ich muß schon sagen, peinlich berührt, sind die Umstände, das ganze Drum und Dran. Man stelle sich das einmal vor: Da sind die Herren vorher zur Musterung gegangen und haben ihre Tauglichkeit feststellen lassen. Dann ließen sie sich einkleiden und erhielten einen Offiziersrang; wer unter 30 Jahre ist, wird Leutnant, wer über 30 Oberleutnant, und wenn er zum zweitenmal dahingeht, wird er Hauptmann oder Major oder so etwas. Dann bekommen die Herren einen Wehrpaß, und dann, meine Damen und Herren, man faßt sich an den Kopf, dann lassen die Herren sich vereidigen, in Uniform!

(D) Ich muß sagen, dafür fehlt mir wirklich die Vorstellungskraft, diese Peinlichkeit mir überhaupt vorzustellen. Da denkt man daran, wie es früher hieß im Kaiserreich, der Mensch beginnt erst beim Leutnant. Man kommt sich wirklich vor, Herr Senator, wie in einer Operette.

(Vizepräsident v. d. Schulenburg
übernimmt den Vorsitz.)

Anstatt daß diese Herren sagen, entweder nehmt ihr mit mir so vorlieb, wie ich bin, als Zivilist nämlich, der sich informieren und mit euch diskutieren möchte, oder ihr müßt auf mich verzichten! Aber so eine Offiziersuniform muß es ja wohl in sich haben. Ich hoffe jedenfalls, daß nur Eitelkeit dahintersteckt.

(Abg. Thomas [DIE GRÜNEN]: Wo ist das Photo von Herrn Mews?)

(A) Der Senat gibt in seiner Antwort — —.

(Senator F r a n k e: Es gibt übrigens auch Parlamentarier, die Offizier sind!)

Ja, dann finde ich das genauso lächerlich!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht, wenn sie Offizier sind, sondern wenn sie als Zivilisten sich da so in operettenhafter Weise zu Offizieren machen lassen! Ich bitte also, den Unterschied zu beachten!

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Es sind teilweise ungediente Leute, die da einberufen werden!)

Ungediente Leute, Zivilisten, die da plötzlich Offizier spielen, das meine ich! Nicht, wenn jemand als Reserveoffizier zu einer Wehrübung geht, das ist etwas völlig anderes!

Der Senat gibt nun in seiner Antwort vom 25. Januar 1988 einen Hinweis, wie man dieses Operettentheater beenden könnte. Er antwortet nämlich nur indirekt auf die Frage, ob die Landesregierung beabsichtige, diese Freistellungspraxis zu beenden. „Die Landesregierung wird immer dann einer Teilnahme von Bediensteten an Bundeswehrübungen widersprechen, wenn Unabkömmlichkeit vorliegt.“

(B) Meiner Ansicht nach könnte die Angelegenheit damit praktisch und faktisch erledigt sein, denn seitdem wir in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Oberschulratsstellen eingespart haben, fühlen sich die übrigen schon so sehr mit Arbeit überlastet, daß sie schlicht unabkömmlich sind, wenn nicht alles zusammenbrechen soll.

Falls die Behördenspitze allerdings meint, es seien immer noch einige Oberschulräte für diese Übungen abkömmlich, müßte man überlegen, wie viele Stellen man vielleicht noch einsparen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nehme aber an, daß Senator Franke die Frage der Abkömmlichkeit oder Unabkömmlichkeit seiner Oberschulräte künftig in der von mir angedeuteten Weise beantworten wird.

Da wir darauf vertrauen, daß der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst das Problem auf diese Weise lösen wird, werden wir den Antrag der GRÜNEN ablehnen. Wir möchten nämlich nicht den Eindruck irgendeiner Feindlichkeit gegenüber der Bundeswehr erwecken noch diese in ihre frühere Rolle als Staat im Staate zurückdrängen wollen. Wir sollten keine Berührungsängste gegenüber der Bundeswehr haben, aber auch die Würde, die uns als Zivilisten zukommt, durch angemessenes Verhalten wahren.

(Abg. J ä g e r [FDP]: Das lassen Sie doch jeden selbst entscheiden!)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Als nächster hat (C) das Wort der Abgeordnete Neujahr.

(Abg. A u l f e s [SPD]: Im Urlaub kann er das ja machen, aber nicht während der Dienstzeit!)

Abg. Neujahr (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es sind eben verschiedene Fälle angesprochen worden, die sicherlich verurteilt werden müssen. Die Anfrage der GRÜNEN bezieht sich jedoch auf Grundsätzliches. Individuelles Verhalten mag man verurteilen, Auswüchse ebenso, aber darauf zielt diese Anfrage nicht. Insofern, Herr Aulfes, geht, glaube ich, Ihre Antwort, die spezielle Fälle und spezielles Verhalten meint, an der Grundsätzlichkeit dieses Antrags vorbei.

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN beziehen sich, wie es eben richtig betont worden ist, mit diesem Antrag auf eine Kleine Anfrage, die sie am 11. Januar 1988 gestellt haben. Sie beziehen sich im Grundsatz auf ein Zitat, das sie selbst ausführen: „Friedenserziehung läßt sich als der Versuch begreifen, die verschiedenen Formen der Gewalt und Friedlosigkeit im internationalen und innergesellschaftlichen Bereich zu erfassen, ihre Ursachen zu analysieren, ihre wechselseitigen Abhängigkeiten zu erkennen sowie zu einem Abbau von Gewalt beizutragen.“ Sehr richtig! Dieses Zitat stammt im übrigen, Herr Aulfes, aus dem Bereich der Thematik „Friedenserziehung in der Schule“, Vorschlag der sozialdemokratischen Kultusminister und -senatoren der Länder Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bonn 1983. (D)

Dieses Zitat, meine Damen und Herren, nimmt der Antrag der GRÜNEN zur Grundlage, und aus genau diesem Zitat läßt sich eigentlich nur das Gegenteil von dem ableiten, was die GRÜNEN in ihrem Antrag formulieren: Ich will nicht auf die Diskreditierung der Bundeswehr eingehen, die dieser Antrag, wenn auch indirekt, so doch klar erkennbar, enthält. Unverständlich bleibt, wieso im Rahmen von einer Friedenserziehung und Sicherheitspolitik gerade diejenigen von notwendigen Informationen abgeschnitten werden sollen, die an entscheidender Stelle die Verantwortung dafür tragen!

(Beifall bei der FDP)

Wieso eigentlich, meine Damen und Herren, beziehen sich die GRÜNEN mit ihrem Antrag nur auf diesen einen Bereich? Warum sagen sie nicht, was verständlich wäre, die gesamte Verwaltung dürfe niemanden entsenden, weil das Fehlen am Arbeitsplatz die Arbeit auf die Schultern anderer abwälzt? Der Antrag enthält diese Logik nicht und ist in der Form der Ausgrenzung unschön. Daher kann er nur abgelehnt werden.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schulte.

(A) Abg. **Dr. Schulte** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr Kollege Aulfes hat darauf hingewiesen, ist festzustellen, daß es hier ein festes Reglement gibt bei Wehrübungen für sogenannte zivile Führungskräfte. Hier sieht dieses Reglement vor, daß die Teilnehmer auf ihren eigenen individuellen Antrag, das ist also eine persönliche Entscheidung des Antragstellers, einberufen werden. Der Arbeitgeber, in diesem Fall der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, hat eine solche Einberufung also nicht zu genehmigen, sondern er muß den Einberufenen freistellen, sofern nicht eine solche Unabkömmlichkeit nachgewiesen wird. Diese Unabkömmlichkeit muß vom Arbeitgeber nachgewiesen werden, ansonsten ist eine solche Freistellung zu akzeptieren.

Dies ist der Sachverhalt, meine Damen und Herren, ein solcher Antrag, wie er hier von der Fraktion DIE GRÜNEN vorgelegt worden ist, würde also den Senator zu einem Rechtsbruch auffordern. Allein aus diesem Grunde schon lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind ja heute schon so ein bißchen humoristisch angelegt gewesen, und man könnte natürlich jetzt auch diesen Antrag sehr humoristisch beantworten, auch damit, Herr Kollege Aulfes, daß es vielleicht ganz gut wäre, daß einige Oberschulräte dieses Ganze als eine sportliche Betätigungsmöglichkeit ansehen könnten. Ich möchte mir aber wirklich die Mühe machen, auf diesen Antrag auch ernsthaft zu antworten.

(B)

Die von dem Kollegen Pfeleiderer hier zitierten Ausführungen haben schon den Kernpunkt des Sinns solcher Wehrübungen deutlich gemacht. Der Sinn ist, eine Information zu ermöglichen, die gerade dort notwendig ist, wo offensichtlich viel Unkenntnis über die Bundeswehr und über ihren Verteidigungsauftrag besteht, Kollege Pfeleiderer.

(Abg. **Tiefenbach** [DIE GRÜNEN]:
Muß man dafür Uniform tragen?)

Darauf wollte ich auch gerade eingehen! Die Frage würde ich für mich persönlich auch manchmal in Frage stellen, nur, einen Punkt bitte ich jetzt zu beachten! Die Diskussionsmöglichkeit mit Bundeswehrangehörigen ist keinem benommen, die Möglichkeit hat jeder, aber einmal solch einen Tagesablauf auch als Betroffener zu erleben, dort ganz andere Möglichkeiten der Informationsgewinnung zu nutzen, meine Damen und Herren, das gerade macht das System einer solchen Wehrpflichtarmee aus.

Wir müssen uns grundsätzlich darüber im klaren sein, daß die Bundeswehr keine Berufsarmee ist, die sich abschottet, die sich auch leicht zu einem Staat im Staate entwickeln kann, was wir alle nicht wollen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Die Bundeswehr ist eine Wehrpflichtarmee, die jeder junge Mann, sofern er wehrtauglich ist und nicht seinen Zivildienst woanders ableistet, durchläuft, eine sehr wichtige Station auch in seinem Leben, und ich finde es schon wichtig, daß viele andere, die sie nicht durchlaufen, vielleicht auch, weil sie in einem Alter sind, daß sie sie nicht mehr durchlaufen mußten, sich hier Informationen holen. Das können sie nicht nur, indem sie sich einmal in einen Small talk irgendwo hinsetzen und mit denen sprechen.

(C)

Aus diesem Grunde, meine ich, wenn man ja sagt zur Bundeswehr als eine Wehrpflichtarmee, dann muß man auch ja sagen zur Möglichkeit solcher Wehrübungen! Dabei gebe ich zu, daß es hier zwei Unterschiede gibt, es gibt auch solche Leute wie mich, die sich diesen Luxus immer noch erlauben, nach ihrer aktiven Zeit jedes Jahr eine Wehrübung zu machen, die ich dieses Jahr wieder machen werde.

(Beifall bei der CDU — Abg. **Metz** [CDU]:
Sehr gut!)

Ich stelle mit Freude fest, Herr Kollege Aulfes, daß Sie diese eben nicht gemeint haben.

(Abg. **Jäger** [FDP]: Das sind ja nicht die Operettendarsteller!)

Es geht da auch nicht nur um die Beförderung. Es geht darum, daß man auch denjenigen, meine Damen und Herren, die in unserer Gesellschaft Verantwortung tragen und nicht die Möglichkeit haben, die Bundeswehr kennenzulernen und sich mit kritischen Fragen mit ihr zu befassen, die Möglichkeit gibt, dort hinzugehen.

(D)

(Präsident **Dr. Klink** übernimmt wieder den Vorsitz.)

Sie mögen das ja, Herr Kollege Aulfes, als einen operettenhaften Mummenschanz empfinden, wenn Sie sich vorstellen, daß Kollege Mews sich da in so eine Uniform zwängen mußte, ich gebe zu, daß es nicht einer gewissen Komik entbehrt.

(Abg. **Klein** [CDU]: Es gibt ja noch Schneider!)

Ich bitte einfach zu verstehen, daß wir hier auch als Landtag, als Bürgerschaft nicht diejenige Meßlatte sind zu entscheiden, ob dieses System das richtige oder das falsche ist. Für mich ist allein ausschlaggebend bei dieser Debatte, und darauf komme ich zurück, daß wir eine Wehrpflichtarmee haben und von daher interessiert sein sollen an solchen Informationswehrübungen, zu denen wir als CDU rückhaltlos ja sagen, weil wir sie als einen sinnvollen Kommunikationsaustausch ansehen.

(Abg. **Fluß** [SPD]: Aber was bringt dann eine Vereidigung, Herr Dr. Schulte?)

- (A) Herr Fluß, diese Diskussion kann der Verteidigungsausschuß des Bundestags führen, das ist nicht unser Job hier heute.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte ganz gern zum dritten Punkt kommen, und da, Herr Kollege Pfeleiderer, das klang in Ihrer Rede an, sehe ich so den Kern auch Ihrer Strategie, wobei ich Ihnen überhaupt nicht unterstellen möchte, daß Sie sich nicht grundsätzlich auch Gedanken machen über Sinn und Unsinn solcher Wehrübungen, aber ich vermute, vieles bei Ihnen ist nicht Kritik an Einzelpunkten, sondern ist Ergebnis Ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen die Bundeswehr. Das möchte ich einmal unterstellen. Ich würde mich freuen, wenn ich mich da irrte.

(Abg. Thomas [DIE GRÜNEN]: Überhaupt von Gewalt und Militär!)

Sehen Sie, Herr Thomas, das gibt mir ein gutes Stichwort! Wenn wir vom Grundsatz her, Herr Kollege Thomas, ja sagen zum Verteidigungsauftrag der Bundeswehr, dann müssen wir auch bereit sein, und ich bin dann offenbar sofort bereit, zu diskutieren, wie das besser und schlechter zu machen ist. Aber Sie dürfen nicht durch Ihre verdeckte Kritik an der Bundeswehr solche Anfragen wie diese stellen, und dann bleibt immer noch ein kleines Restchen übrig von Verunsicherung, von Unterstellung: Die Bundeswehr ist ja doch dazu da, mehr für den Krieg vorzubereiten, mehr für Militarismus zu werben, als Krieg zu verhindern und in der Öffentlichkeit Kritikbewußtsein zu erwecken.

Herr Kollege Pfeleiderer hat in einem anderen Debattenbeitrag vorhin gesagt, die Schüler sollten auch Kritikfähigkeit und Friedensfähigkeit lernen. Völlig einverstanden! Aber wie wollen Sie das erreichen, wenn Sie gerade die Schulleiter, die Oberschulräte die dazu beitragen können, hindern wollen, an solchen Informationswehrübungen teilzunehmen?

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Pfeleiderer [DIE GRÜNEN] — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Thomas entgegenzunehmen?

Abg. Dr. Schulte (CDU): Ja, gern!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Abgeordneter Thomas!

Abg. Thomas (DIE GRÜNEN): Herr Dr. Schulte, würden Sie mir darin wenigstens zustimmen, daß im Ernstfall die Bundeswehr darauf vorbereitet sein muß, den Krieg wenigstens zu gewinnen?

Abg. Dr. Schulte (CDU): Herr Kollege Thomas, ich möchte mit einem Beispiel antworten, das ich bei der

- Heeresoffiziersschule gelernt habe. Darf ich einmal den Kollegen Thomas fixieren! Da ist ein junger Fähnrich gefragt worden: „Wie verhalten Sie sich, wenn morgen der Krieg ausbricht?“ Herr Kollege Thomas! (C)

(Abg. Hollweg [CDU]: Das interessiert ihn doch gar nicht!)

„Wie verhalten Sie sich, wenn morgen der Krieg ausbricht?“ Da hat der junge Fähnrich geantwortet: „Ich gehe nach Hause, denn die Bundeswehr hat ihren Auftrag nicht erfüllen können.“ Ich fand es ein sehr gutes Beispiel, und ich habe es selbst, als ich später Offizier und Ausbilder war, meinen jungen Leutnanten genauso gesagt,

(Zuruf des Abg. Fücks [DIE GRÜNEN] — Glocke)

weil das Grundprinzip, Herr Kollege Fücks, das müssen Sie begreifen, dieser Bundeswehr ist zu verhindern, daß ein Krieg überhaupt auftritt.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Prinzip müssen auch Schulleiter und Oberschulräte ihren Schülern beibringen. Darum ist der Dialog so wichtig.

(Abg. Tepperwien [SPD]: Aber der findet doch nicht bei Wehrübungen statt!)

(D)

Herr Tepperwien, ich nehme Sie gern bei meiner nächsten Wehrübung an die Hand und gehe mit Ihnen einmal herum. Wo wollen Sie sonst denn die Möglichkeit haben, den Dialog zu pflegen! Ich finde es einfach wichtig — meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch einmal ein kritisches Wort sagen! —, daß auch das Offizierskorps der Bundeswehr, das auch nichts anderes tut, als in seinem Getto zu leben und sich mit sich allein zu beschäftigen, einmal durch einen Austausch an Informationen mit Zivilisten, die für eine gewisse Zeit die Uniform anhaben, der Dialog gepflegt wird, meine Damen und Herren. Da ist es mir ganz egal, ob es ein Herr Mews ist, der die Uniform nur für 14 Tage anhat, oder ob ich es bin, der sie für längere Zeit trägt.

(Glocke)

Was ich nur bei dieser Debatte leidenschaftlich tun möchte, wir sollten uns hier nicht vorbeimogeln an der eigentlichen klaren Entscheidung, ob wir ja sagen zur Bundeswehr als einem Verteidigungsinstrument oder ob wir diese Debatte nur zu einem Ausgangspunkt nehmen, um unser Unbehagen, unsere Kritik, ach, das wollen wir sowieso nicht, zum Ausdruck zu bringen.

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Dr. Schulte (CDU): Wer immer möchte, gern!

(A) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Abgeordneter Tiefenbach!

Abg. **Tiefenbach** (DIE GRÜNEN): Sind Sie wirklich der Meinung, wenn es um objektive Informationen und auch um Entwicklung von Kritikfähigkeit gegenüber der Bundeswehr geht, daß solche Propagandaveranstaltungen der Bundeswehr, die doch stark so in Richtung Abenteuerurlaub gehen, da der geeignete Weg sind? Wäre es nicht sinnvoller, dann zum Beispiel beim WIS Seminare zu machen mit Vertretern der Bundeswehr und der Friedensbewegung, wo man objektiv diskutieren kann?

Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Ich bin auf jeden Fall für das, was Sie eben gesagt haben, daß solche Seminare stattfinden müßten. Aber ich bin auch dafür, daß nicht nur Kameraden am grünen Tisch sich unterhalten sollen, sondern die sollen auch einmal die Bundeswehr selbst von innen kennenlernen, zumindest, meine Damen und Herren, und damit kommen wir wieder zum Kernpunkt Ihres Antrags —.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

(B) Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Aber ich bin noch bei der Beantwortung der anderen Frage! Herr Kollege Tiefenbach, ich möchte jedem, der von sich aus den Wunsch verspürt, dort hinzugehen, das Recht auch einräumen, dort hingehen zu können, und genau das wollen Sie durch Ihren Antrag verhindern. Darum sind wir gegen Ihren Antrag.

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Tepperwien, bitte sehr!

Abg. **Tepperwien** (SPD): Herr Kollege Dr. Schulte, können Sie sich vorstellen, daß jemand, der langjähriges Mitglied der Innendeputation, aber weißer Jahrgang war und deswegen nicht gedient und sich aber vorgenommen hatte, tatsächlich einmal an solch einer Wehrübung teilzunehmen, um das näher kennenzulernen, außerordentlich enttäuscht war, als er feststellen mußte, daß das genau dieser Abenteuerurlaub war mit wenig Diskussion, viel Saufen am Abend und keiner Möglichkeit, einmal wirklich eine intensive Diskussion mit Bundeswehrsoldaten zu führen?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Herr Kollege Tepperwien, das muß ich selbstverständlich zur Kenntnis nehmen, weil es überall solche und solche Möglichkeiten gibt. Selbstverständlich ist da nicht überall nur heile Welt. Das will keiner verteidigen. Verstehen Sie mich bitte richtig! Ich möchte nur dafür plädieren, daß jemand, der das Recht haben möchte, so eine Wehrübung wahrnehmen zu können, dieses Recht auch wahrnehmen kann, und das ist mein An-

satz, wobei ich überhaupt nicht absprechen kann, daß solche Erfahrungen, wie Sie sie geschildert haben, herauskommen können.

Meine Damen und Herren, ich wollte mich überhaupt nicht hier so engagieren.

(Abg. **J ä g e r** [FDP]: Das ist schon richtig, das ist notwendig!)

Allerdings finde ich es einfach wichtig, daß wir uns bei einer solchen Debatte nicht nur über die Kleidung und die Fragen, wie das abläuft, unterhalten, sondern uns im Kern klar sind darüber, Herr Kollege Pfeleiderer, was Sie veranlaßt haben könnte, eine solche Anfrage zu stellen, und da allerdings sagen wir ganz eindeutig, wir lehnen Ihren Antrag ab, erstens, weil wir ihn für falsch halten und Sie damit den Senator zu einem Rechtsbruch auffordern würden, und zweitens, weil wir rückhaltlos ja sagen zum Verteidigungsauftrag der Bundeswehr und ja sagen zum Recht eines jeden Bürgers, freiwillig entscheiden zu können, an einer solchen Wehrübung teilnehmen zu können. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Pfeleiderer.

(D) Abg. **Pfeleiderer** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht mir nicht um eine Reform dieser Wehrübungsbesuche, es geht mir nicht um kleine Schritte, sondern es geht darum, daß für meine Begriffe solche Besuche, solche Teilnahme an solchen Übungen aufzuhören haben, daß sie einzustellen sind, weil das ganze Umfeld nicht stimmt. Selbstverständlich ist die Bundeswehr eine Institution, die mir persönlich nicht paßt, aber sie ist existent, und deshalb muß man sich mit ihr auseinandersetzen. Auseinandersetzung heißt aber nicht, an einer Public-Relations-Übung teilzunehmen, wo es nur darum geht zu sehen, wie man das macht, einmal zu sehen, wie Bundeswehr so abläuft, und dann keine Diskussionen führt.

(Abg. **J ä g e r** [FDP]: Das kann aber nicht schaden, wenn man das weiß!)

Aber es nützt auch nichts!

(Abg. **J ä g e r** [FDP]: Doch!)

Information in dem Sinne, wie es notwendig wäre als Grundlage für eine Diskussion über die Bundeswehr, bekomme ich doch da nur ansatzweise. Ich habe aus einem Vortrag zitiert, was da passiert ist, was da gesagt worden ist. Dieser Oberstleutnant hat für meine Begriffe wirklich schlimme Sachen gesagt, die mit dem, was ich verstehe als Auftrag der Bundeswehr, wie sich die Bundeswehr selbst darstellt, eigentlich nichts mehr zu tun haben.

- (A) Die Bundeswehr wird da beschworen als eine Gemeinschaft, die dafür da ist, den Kampf zu führen, und nichts anderes, und dann wird gefragt in dem Vortrag, wie passiert das optimal. Das ist keine Ebene, die ich mir vorstellen kann. Die Bundeswehr stellt in vielfältiger Weise Informationen zur Verfügung, da muß ich mir nicht extra eine Uniform überziehen und in Munster schauen, wie der Abenteuerurlaub abläuft.

Was die Bildungsbehörde anlangt, deshalb haben wir das eingebracht, so steht sie für unsere Begriffe in einer besonderen pädagogischen Verantwortung. Das ist nicht irgendeine Behörde, sondern eine Behörde, die den Unterricht von Kindern und Jugendlichen organisiert, und diese Verantwortung stellt im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen mit solch einer wichtigen Institution wie der Bundeswehr eine wichtigere Institution dar als zum Beispiel das Finanzamt. Das muß man doch sehen.

(Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Das sind Multiplikatoren!)

Deshalb werden doch auch die Oberschulräte eingeladen als Multiplikatoren, das habe ich ja gesagt, weil die Bundeswehr sich erhofft, daß die Leute der Bundeswehr gegenüber freundlicher gesinnt zurückkehren, als sie hingegangen sind, daß man sagt, ja, es waren nette 14 Tage, und vielleicht noch eine Art Möglichkeit sich ergibt, darauf wollte ich gleich noch eingehen, weitere Qualifikation zu erreichen.

- (B) Ich finde es sehr schade, daß der Bildungssenator sich überhaupt nicht dazu äußert, und ich finde, das sollte er eigentlich nachtragen.

(Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Er hat überhaupt nicht zugehört, was Sie gesagt haben!)

Im Unterschied zu dem, was Herr Aulfes jetzt gesagt hat, was ich sehr positiv finde, hat er mich in Radio Bremen beschimpft und gesagt, das wären infame Lügen, die da aufgestellt würden, bezogen auf diese Übungen. Da muß sich doch etwas offenbar ergeben haben, warum äußert sich der Bildungssenator nicht dazu? Da muß sich doch ein Diskussionsprozeß innerhalb der SPD ergeben haben. Das würde mich einmal interessieren.

Dann zu dem, was Herr Aulfes gesagt hat, die infame Komponente dieser Anfrage! Man muß das genau lesen, da steht in Punkt zwei, erster Satz, die Frage, nicht die Behauptung: „Gedenkt die Landesregierung mit ihrer bisherigen Freistellungspraxis auch für ungediente Führungskräfte der Verwaltung die Tradition der Kriegsverwaltungsräte der ehemaligen deutschen Wehrmacht fortzusetzen?“ Das ist keine Behauptung, das ist eine Frage.

Woher kommt diese Frage? Die Frage kommt daher, das hatte ich auch in meinem ersten Redebeitrag gesagt, daß wirklich die Bundeswehr die Möglichkeit hat, Leute, Schulräte zum Beispiel, die ihnen ge-

fallen, die ihnen zusagen, zu weiteren Fortbildungsveranstaltungen zu bitten und dann sie wirklich auszubilden zu dem, was man Truppenverwaltungs-offizier nennt.

Wofür werden denn diese Truppenverwaltungs-offiziere eingesetzt im Zusammenhang der zivil-militärischen Zusammenarbeit? Das sind doch gerade solche Übungen, die so eine Nähe nicht nur Phantasie werden lassen, sondern eine Nähe zu der Tätigkeit, die diese Kriegsverwaltungs-offiziere im zweiten Weltkrieg oder im Vorfeld auszuüben hatten! Das ist doch kein Hirngespinnst, die Vorbereitungen laufen doch praktisch überall. Offenbar werden doch auch Kräfte in der Bundesrepublik und im Land Bremen in diese Vorbereitungen einbezogen. Dazu gehören offenbar, zumindest in der Absicht der Bundeswehr, auch Personen aus der Bildungs-behörde.

Ein letztes Wort noch! Herr Aulfes war insofern inkonsequent, als er eine klare Kritik an der Teilnahme an diesen Informationswehrrübungen geäußert hat, aber gleichzeitig dann eine Scheinlösung angeboten hat, sozusagen auch wieder eine Reform. Das finde ich sehr inkonsequent zu sagen, das sei Mist, was da passiere, aber der Bildungssenator habe gesagt, na ja, man könnte dem ja mit dienstlichen Belangen, mit formalen Mitteln eventuell vorbeugen. Aber der Bildungssenator hat sich jetzt gar nicht geäußert, also ich sehe da überhaupt keine Lösung. Das Antragsziel, daß die Teilnahme an diesen Wehrrübungen eingestellt wird, ist eine ernsthafte Sache, und ich bitte Sie, daß darüber positiv abgestimmt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 12/84 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und FDP)

Stimmenthaltungen?

(Teile der SPD)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Auf Arbeitszeitverkürzungen für den öffentlichen Dienst müssen Neueinstellungen folgen!

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 6. Januar 1988
(Drucksache 12/63)

Wir verbinden hiermit:

(C)

(D)

(A) **Teilzeitbeschäftigung und Urlaub für Beamtinnen und Beamte**

Antrag der Fraktion der FDP
vom 25. Januar 1988
(Drucksache 12/76)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.
Das Wort hat der Abgeordnete Tiefenbach.

Abg. **Tiefenbach** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Grund dafür, daß wir dieses Thema mit unserem Antrag auf die Tagesordnung setzen wollten, sind die zur Zeit laufenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst. Wie Sie wissen, stellt die ÖTV Forderungen in Höhe eines Gesamtvolumens von fünf Prozent und will den Einstieg in die 35-Stunden-Woche erreichen. Die ÖTV hat erklärt, sie will keinen Abschluß ohne Arbeitszeitverkürzung, Herr Zimmermann als Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber stellt sich in dieser Frage stur und hat laut „Weser-Kurier“ dazu gesagt: „Dann gibt es eben keinen Abschluß.“

Inzwischen ist das Thema in der breiten öffentlichen Diskussion, überall melden sich die öffentlichen Arbeitgeber zu Wort mit dem Ziel, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erzeugen, die Arbeitszeitverkürzung sei undurchführbar, und auf diese Art und Weise die Verhandlungsposition der Gewerkschaft zu schwächen. Zum Beispiel hat der Vorsitzende der Vereinigung Kommunaler Arbeitgeber, Herr Jahofer, angekündigt, Kindergärten müßten schließen, der öffentliche Nahverkehr müßte eingeschränkt werden bei Arbeitszeitverkürzung. Oder der Präsident des Städtetages, Herr Schmalstieg, sagt Gebührenerhöhungen und Abbau kommunaler Leistungen vorher.

Wir meinen, daß es höchste Zeit ist, daß sich der Bremer Senat als öffentlicher Arbeitgeber ebenfalls dazu äußert und sich entsprechend den Beschlüssen der Bürgerschaft vom letzten Jahr in einer Weise äußert, die nicht ausschließlich die Kostenseite sieht, sondern auch die Verantwortung der öffentlichen Arbeitgeber bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit betont.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will kurz ein paar Sätze zur Bedeutung des Themas Arbeitszeitverkürzung sagen. Gelegentlich sind in den Zeitungen Stellungnahmen zu lesen, die ungehört das Gespenst eines zukünftigen Arbeitskräftemangels an die Wand malen. Man werde die Arbeitszeit wieder verlängern müssen, sogar das Rentenalter wieder heraufsetzen. Begründet wird das mit dem Bevölkerungsschwund. Man stellt sich die Frage, ob diejenigen, die das vertreten, diesen Unsinn glauben, oder ob sie munter ins Blaue hinein reden. Der Effekt ist auf alle Fälle, daß im öffentlichen Bewußtsein die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung relativiert wird. Es entsteht unbewußt die Auffassung, das Problem werde sich irgendwann von selbst

lösen, man werde ohne besondere Maßnahmen in absehbarer Zeit einen Zustand relativer Vollbeschäftigung wieder erreichen. So kann es dann geschehen, daß trotz extremer Arbeitslosigkeit sogar wieder längere Lebensarbeitszeit durchgesetzt wird. Stichwort: Aufhebung des Vorruhestands.

In Wirklichkeit gibt es keinerlei konkrete Hinweise auf eine Beseitigung oder auch nur nennenswerte Verringerung der Arbeitslosigkeit. Die demographischen Effekte werden überlagert von hohen Produktivitätssteigerungen und Marktsättigung in vielen Bereichen. Alle ernst zu nehmenden Untersuchungen rechnen mit einer Fortdauer der Massenarbeitslosigkeit bis weit über das Jahr 2000 hinaus. Selbst das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesanstalt für Arbeit rechnet mit 3,2 Millionen Arbeitslosen im Jahr 2000, und hier wird sogar völlig unrealistisch davon ausgegangen, daß wir ein jährliches Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent real haben würden.

Das ist eine Entwicklung, die man auf keinen Fall hinnehmen kann, denn Arbeitslosigkeit ist in dieser Gesellschaft mit Ausgrenzung und materieller Verelendung verbunden. Peter Glotz hat vor einiger Zeit gesagt, und von Herrn Kunick habe ich ähnliches auch schon gehört, das Problem der Beseitigung der Arbeitslosigkeit sei von ähnlicher Bedeutung wie der Wiederaufbau in der Nachkriegszeit. Es müsse in ähnlicher Weise als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden, erfordere eine ähnliche gesellschaftliche Kraftanstrengung. Dem ist meines Erachtens nichts hinzuzufügen.

Die Arbeitszeitverkürzung hat für mich zentrale Bedeutung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nicht nur, weil sie meines Erachtens anders als der hoffnungslose Versuch, durch Wirtschaftswachstum eine spürbare Verringerung der Arbeitslosenzahlen zu erreichen, nachweisbar zur Senkung der Arbeitslosigkeit beiträgt, sondern auch, weil sie sowohl den Arbeitslosen wie auch den Beschäftigten Verbesserungen in ihrer Lebenssituation bringt. Ein großer Teil der Bevölkerung ist zu Untätigkeit gezwungen und leidet unter diesem Zustand der Nutzlosigkeit. Auf der anderen Seite leiden fast alle Berufstätigen unter Zeitmangel, Überforderung und Streß. Das ist ein absurder Zustand. Die erwähnte Kraftanstrengung sollte meines Erachtens darin bestehen, daß man die gesellschaftliche Arbeitszeit neu aufteilt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Arbeitszeitverkürzung ist für uns nicht eines von vielen Mitteln zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, sie ist gleichzeitig ein Weg zu einer besseren Gesellschaft, in der alle, die wollen, auch arbeiten können, zugleich alle aber auch wesentlich kürzer arbeiten und somit die Arbeit nicht mehr das ganze Leben bestimmt, wie das heute der Fall ist.

Wir fordern sowohl individuelle wie tarifliche Arbeitszeitverkürzung. Insbesondere Lehrer nutzen schon oft die Möglichkeiten zu individueller Beur-

(C)

(D)

(A) laubung und Teilzeitarbeit. In anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes ist das weniger der Fall. Der Paragraph 71 a des Bremischen Beamtengesetzes sieht zwar großzügige Beurlaubungsmöglichkeiten vor, aber mit der Einschränkung, daß dem dienstliche Belange nicht entgegenstehen dürfen. Wir sind der Meinung, daß Teilzeitarbeit, zeitweise Beurlaubung und so weiter in jeder Weise gefördert werden sollten. Dem Wunsch des Arbeitnehmers nach unbezahltem Urlaub oder Teilzeitarbeit sollte generell und unbürokratisch nachgegeben werden. Wir unterstützen daher auch den Antrag der FDP auf Ausweitung und Verlängerung dieser Möglichkeiten zur Beurlaubung und Teilzeitarbeit. Der Antrag weist in die richtige Richtung, obwohl natürlich die gleichen Beschränkungen nach wie vor darin enthalten sind, wie sie jetzt schon im Bremischen Beamtengesetz stehen.

Ich glaube aber, was uns unterscheidet, meine Damen und Herren von der FDP, ist die dahinterstehende Motivation. Uns geht es bei der Einführung und der Verstärkung von Teilzeitarbeit und Beurlaubungsmöglichkeiten nicht darum, Personalkosten senkung für den öffentlichen Dienst zu erreichen, sondern wir verstehen das als ein Mittel der Arbeitsmarktpolitik. Und deswegen sind wir der Meinung, daß entsprechend den durch Beurlaubung und Teilzeitarbeit eingesparten Stunden auch Neueinstellungen vorgenommen werden sollten.

(B) Vor allem wehren wir uns dagegen, daß Teilzeitarbeit und Beurlaubungen ausgespielt werden gegen eine tarifliche Arbeitszeitverkürzung. Es ist ganz klar, daß nur relativ wenige und nur relativ gut Verdienende sich eine längere Beurlaubung leisten und in der Zeit von ihren Ersparnissen leben können. Der arbeitsmarktpolitische Effekt dieser Maßnahmen ist deswegen natürlich relativ gering. Solche Maßnahmen können eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung durch Tarifvertrag nur ergänzen, sie können sie aber nicht ersetzen.

Die Hauptbedeutung kommt der tariflichen Arbeitszeitverkürzung für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu. Wir fordern daher den Senat auf, sich in der Tarifgemeinschaft der öffentlichen Arbeitgeber dafür einzusetzen, daß es zu einer Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst kommt. Bremen ist besonders von Arbeitslosigkeit betroffen, Bremen sollte sich daher in der jetzigen Situation besonders für Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit einsetzen, und das heißt, Arbeitszeitverkürzungen den Vorrang zu geben vor Gehaltssteigerungen.

(Beifall bei der GRÜNEN)

Bürgermeister Wedemeier hat in der Regierungserklärung folgendes gesagt, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit bleibt für uns die gesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit durch Arbeitszeitverkür-

(C) zungen, Überstundenabbau und Vorruhestandsregelungen, auch auf diesem Weg wird Beschäftigung für alle zu erreichen sein.“

An anderer Stelle der Regierungserklärung wird nun aber eindeutig gesagt, der Einstellungsstopp müsse beibehalten werden. Man vermißt an dieser Stelle die Einschränkung, daß natürlich bei Arbeitszeitverkürzungen auch gewisse Neueinstellungen vorgenommen werden müssen zum Ausgleich der eingesparten Arbeitsstunden. Man könnte annehmen, daß dies eine Selbstverständlichkeit ist, denn mit welcher Berechtigung sollte der Bürgermeister von Arbeitszeitverkürzungen im Zusammenhang mit Massenarbeitslosigkeit und gerechter Verteilung der Arbeit sprechen, wenn man selbst beabsichtigt, Arbeitszeitverkürzungen durch Rationalisierungen und Mehrarbeit für die Beschäftigten, statt durch Neueinstellungen aufzufangen!

Immerhin ist es irritierend, daß der Senat bislang zu dieser zentralen Frage beharrlich schweigt, insbesondere wenn man weiß, daß Senator Grobecker im letzten Jahr laut Presseberichten schon eindeutig Stellung bezogen hat. Er hat nämlich Neueinstellungen auch für den Fall tariflicher Arbeitszeitverkürzungen ausgeschlossen. Sollte das die Meinung des Senats insgesamt sein, dann wäre das, vorsichtig ausgedrückt, eine Katastrophe, nicht allein wegen der zirka 3000 Arbeitslosen, die bei einer Verkürzung auf 37 Stunden hätten eingestellt werden müssen, lediglich um die gleiche Gesamtstundenzahl im öffentlichen Dienst wieder zu erreichen, wie sie vor der Arbeitszeitverkürzung bestand. Das Hauptproblem ist vielmehr, daß ein solches Vorgehen die Arbeitszeitverkürzungen als gewerkschaftliches Kampfziel völlig unglaubwürdig und unpopulär machen würde.

(D) Wir wissen, daß die Hauptkritik an der Arbeitszeitverkürzung von seiten ihrer Gegner ist, daß Arbeitszeitverkürzung statt zu Neueinstellungen zu Rationalisierungen und mehr Arbeitsstreß führe. Wie sehr wäre diese Auffassung bestätigt, wenn auch der Bremer Senat als Befürworter einer Arbeitszeitverkürzung Mehrarbeit einfach auf die Beschäftigten verteilen würde.

Es ist meines Erachtens im öffentlichen Dienst eine etwas andere Situation als in der Industrie. Ein Industriebetrieb, der in Konkurrenz zu anderen Betrieben steht, hat natürlich ein originäres Interesse, Aufträge in angemessener Zeit auszuliefern und von daher Neueinstellungen vorzunehmen, wenn die Auftragslage entsprechend ist. Der öffentliche Dienst ist diesem Druck und diesem ökonomischen Interesse so nicht ausgesetzt. Hier können Arbeitszeitverkürzungen viel besser um den Preis schlechterer Versorgung der Bevölkerung aufgefangen werden. Die Situation in Krankenhäusern, in Kindergärten wird dann eben noch ein bißchen schlechter, die Schlangen beim Straßenverkehrsamt werden noch ein Stück länger.

Damit das nicht passiert, sollten meines Erachtens klare Vereinbarungen bereits im Tarifvertrag ge-

- (A) getroffen werden, in denen die Arbeitszeitverkürzung mit Neueinstellungen verbunden wird. Das Land Bremen sollte ein klares, für jedermann durchschaubares Vorgehen praktizieren. Der Einstellungsstopp sollte ausgesetzt werden, bis durch Neueinstellungen die gleiche Zahl von Gesamtarbeitsstunden wieder erreicht ist, wie sie vor der Arbeitszeitverkürzung bestand. Das wären bei einer Arbeitszeitverkürzung auf 37 Stunden zirka 3000 Neueinstellungen, bei einer Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden zirka 1500 Neueinstellungen.

Durch diese Neueinstellungen würde, wie gesagt, nichts weiteres erreicht, als das gleiche Niveau wieder zu erreichen, wie es vor der Arbeitszeitverkürzung bestanden hat. Ich plädiere hier für ein durchschaubares und ehrliches Vorgehen, das allen demonstriert, wie Arbeitszeitverkürzung wirklich Arbeitslosigkeit reduziert.

(Abg. Jungclaus [FDP]: Das kostet alles nichts?)

Die Kosten für 1500 Neueinstellungen sind etwa die gleichen wie bei einer Gehaltserhöhung von 3,8 Prozent. Wenn tarifvertraglich eine Gehaltserhöhung vereinbart würde, dann wäre völlig klar, daß diese Gehaltserhöhung auch zur Auszahlung kommen würde, und meines Erachtens sollte es genauso klar sein, daß, wenn Arbeitszeitverkürzungen vereinbart werden, dann auch die entsprechenden Neueinstellungen vorgenommen werden.

- (B) Im übrigen verweise ich darauf, daß im Haushaltsentwurf für 1988 Personalkostensteigerungen etwa in der Höhe von 3,5 bis 3,8 Prozent eingeplant sind. Anfang Februar wurden die neuesten Arbeitsmarktzahlen veröffentlicht, die Arbeitslosigkeit in Bremen hat trotz des milden Winters eine Rekordmarke erreicht. Die Arbeitslosenquote ist nun im Bereich von Bremen-Stadt auf fast 17 Prozent geklettert.

Ich appelliere an den Senat, legen Sie diese Zahlen nicht einfach zu den Akten, sondern nehmen Sie sie als ein Alarmsignal! Sprechen Sie sich öffentlich für eine Arbeitszeitverkürzung aus, und erklären Sie die Bereitschaft, eine ausgleichende Neueinstellung vorzunehmen! 1500 Neueinstellungen im öffentlichen Dienst würden immerhin für zirka vier Prozent der Bremer Arbeitslosen wieder neue Lebensperspektiven eröffnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Jungclaus.

Abg. Jungclaus (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man in Bremerhaven am DGB-Haus vorbeifährt, so kann man dort zur Zeit ein OTV-Plakat sehen, auf dem steht ähnliches, wie in dem Ausrufesatz des Antrags der GRÜNEN. Sie wissen alle, daß wir hier nicht über einen Antrag der Partei der GRÜNEN abstimmen sollen, sondern über

ein Forderungspapier der OTV. Das betrachten wir als einen Eingriff in die Tarifautonomie der Tarifvertragsparteien.

(C)

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Hier wird OTV-Propaganda nachgeplappert, damit auch in diesem Hause die Gewerkschaftsforderungen verbreitet werden können.

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Plappern Sie lieber Arbeitgeberpropaganda nach?)

Herr Fücks, aus diesem Grund ist es mir nicht möglich, den Antrag der GRÜNEN und unseren Antrag gemeinsam zu diskutieren, daher zunächst einmal zum Antrag meiner Fraktion! Am 3. Dezember 1987 verlangte die FDP-Fraktion in einer Kleinen Anfrage Auskunft darüber, wieviel Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Bremen einer Teilzeitbeschäftigung, aufgeteilt nach den gesetzlichen Möglichkeiten, nachgehen. Wie Sie wissen, erfolgte am 21. Dezember 1987 dann die für uns sehr unbefriedigende Antwort des Senats. Neben einer globalen Zahlenangabe zu den Beschäftigten insgesamt war es der Senatskommission für das Personalwesen offensichtlich nicht möglich, detailliertes Zahlenmaterial zur Verfügung zu stellen.

Man antwortete, ich zitiere: „Eine weitergehende Differenzierung der Zahlen ist gegenwärtig nicht möglich, eine Darstellung im Sinne der Anfrage erfordert die zentrale Auswertung listenmäßig aufzubereitender Einzelfälle und eine entsprechende Erhebung bei den einzelnen Dienststellen. Dies ist nur mit hohem zeitlichen Aufwand zu leisten.“

Meine Damen und Herren, ich stelle für meine Fraktion fest, der Senat ist nicht in der Lage zu sagen, wann die Beurlaubungszeiten für Beamte und Angestellte auslaufen und diese Beschäftigten mit voller Stundenzahl in den Dienst zurückkehren müssen.

(Abg. J ä g e r [FDP]: Das muß er aber wissen, damit er planen kann!)

Das ist es! Der Senat ist nicht in der Lage, Auskunft darüber zu geben, wann die Möglichkeiten der Teilzeitarbeit aus arbeitsmarktpolitischen Gründen gemäß Paragraph 71 a Bremisches Beamtenengesetz beziehungsweise aus familienpolitischen Gründen gemäß Paragraph 78 a Bremisches Beamtenengesetz erschöpft sind. Das ist schlicht ein Skandal! Wie will man in Bremen eine verantwortungsvolle Personalpolitik betreiben, wenn man nicht weiß, wie sich der Personalstand in den nächsten Jahren entwickeln wird.

Diesen Zustand finden Sie in keinem ordentlich organisierten Betrieb vor.

(Abg. G r i e s c h [SPD]: Na, na!)

Wenn in der Regierungserklärung von Bürgermeister Wedemeier von der Einführung neuer Bürotech-

(D)

- (A) nologien gesprochen wird, so gehören diese doch wohl schleunigst in diese Ämter, damit endlich eine solide Personalplanung in Bremen betrieben werden kann.

(Beifall bei der FDP)

In der gleichen Anfrage antwortet der Senat in bezug auf die Entwicklung im Lehrerbereich, Zitat, „daß ein Gleichgewicht zwischen der Zahl der endgültigen Rückkehrer aus der Beurlaubung und Teilzeitbeschäftigung und den Lehrern, die neue Urlaubs- und Teilzeitbeschäftigungsanträge stellen beziehungsweise verlängern vorliegt. Der Senat geht davon aus, daß diese Aussage auch für die weitere Entwicklung Gültigkeit hat.“ Soweit das Zitat!

Der Senat verkennt in seiner Antwort, daß keine Einstellungen mehr erfolgen. In zunehmendem Umfang kann Anträgen auf Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung im öffentlichen Dienst nicht mehr stattgegeben werden, weil die gesetzlichen Höchstfristen ausgeschöpft sind. Dies gilt besonders im Lehrerbereich. Die gegenwärtig geltenden Höchstfristen erweisen sich insbesondere bei Beamten und Beamtinnen mit mehreren Kindern als zu kurz. Diese sehen sich nach Ablauf der Beurlaubungs- und Teilzeitarbeitshöchstfristen vor die Alternative gestellt, entweder ihre Entlassung aus dem öffentlichen Dienst zu beantragen oder unter Vernachlässigung ihrer Familie in den öffentlichen Dienst mit voller Stundenzahl zurückzukehren.

- (B) Meine Damen und Herren, hier liegt eine Leiche im Rathauskeller, denn die zahlenmäßige Dimension ist zur Zeit unübersehbar. Man stelle sich einmal vor, alle beurlaubten und teilzeitbeschäftigten Mitarbeiter kehrten mit voller Stundenzahl an ihre Arbeitsplätze zurück, insbesondere im Lehrerbereich! Ein personalpolitisches Fiasko wäre die Folge.

Auch angesichts der gegenwärtigen Einstellungsentwicklung im öffentlichen Dienst wäre es sinnvoll, die Rückkehr beurlaubter Beamter in den aktiven Dienst noch um einige Zeit hinauszuschieben.

(Beifall bei der FDP)

Die Teilzeit- und Urlaubsregelung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen gemäß Paragraph 71 a Bremisches Beamtengesetz ist zeitlich bis zum 31.12.1990 befristet. Es ist aber schon jetzt abzusehen, daß wir dieses arbeitsmarktpolitische Instrument auch in Bremen noch über 1990 hinaus gebrauchen. Der Bundesratsinitiative verschiedener Bundesländer sollte sich Bremen durch unseren Antrag anschließen. Wie ich mittlerweile gehört habe, hat der Senat dies auch getan, nämlich am 4.2.1987, das heißt, zehn Tage, nachdem wir diesen Antrag in diesem Hause eingereicht haben. Diese Initiative des Senats nehmen wir freudig zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren, wenn die beabsichtigten Maßnahmen realisiert werden, so werden auch für Bremen arbeitsmarktpolitische Effekte zu erzie-

len sein. In den Jahren 1983 bis 1987 ist die Zahl der teilzeitarbeitenden Angehörigen des öffentlichen Dienstes einschließlich der Arbeiter und Angestellten bundesweit von 702 000 auf 799 000 angewachsen. Das entspricht einem Anteil von 1983 15,5 Prozent und 1987 17,5 Prozent. Nicht enthalten darin sind die Fälle der Freistellungen wegen Urlaubs.

In Bremen sind diese Prozentzahlen nahezu identisch. Es besteht also einerseits der Wunsch der Bediensteten, Teilzeitbeschäftigter zu sein, und andererseits die Ausweitung der Freistellungsmöglichkeiten auch deshalb sinnvoll zu finden, weil die gesetzlichen Höchstfristen zu einer beträchtlichen Zahl der Fälle bereits ausgeschöpft sind beziehungsweise nahezu ausgeschöpft sind. Durch diese Maßnahmen hat der öffentliche Dienst im Rahmen seiner Möglichkeiten die Chance, im Bereich der Arbeitszeitregelungen mit einem guten Beispiel voranzugehen. Da der Senat mit großer Einsicht gesegnet war und unserem Antrag schon folgte, ziehen wir unseren Antrag zurück.

Ich möchte mich in einem zweiten Redebeitrag, weil meine Redezeit insgesamt nicht reicht, dann noch einmal zum Antrag der GRÜNEN äußern.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Aber Sie ziehen den Antrag der Fraktion der FDP zurück?

Abg. **Jungclaus** (FDP): Er ist in der Sache erledigt, weil die Initiative im Bundesrat unterstützt wurde. (D)

Präsident Dr. Klink: Also ist der Antrag zurückgezogen. Die Begründung dazu haben Sie gegeben.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Naydowski.

Abg. **Naydowski** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß ich Sie auch mit diesem Thema nicht vom Stuhl reißen werde nach diesem anstrengenden Nachmittag, aber ich möchte dennoch auf die einzelnen Anträge eingehen. Der uns vorliegende Antrag Drucksache 12/63 der Fraktion DIE GRÜNEN vom 5. Januar 1988 entspricht inhaltlich ihrem eigenen Antrag, Drucksache 11/882 vom 6. 3. 1987, der hier in der letzten Sitzung vor der Sommerpause am 19. Juni umfassend diskutiert worden ist und zu dem sich alle Fraktionen geäußert haben. Der während dieser Juni-Sitzung in seinem überwiegenden Teil auch von den GRÜNEN mitbeschlossene SPD-Antrag 11/928 berücksichtigte Teile des Antrags der GRÜNEN, sofern diese Forderungen rechtlich, tarifrechtlich und politisch überhaupt vertretbar waren. Ich gebe zu, daß der letzte Satz dieses Antrags von den GRÜNEN nicht mitbeschlossen worden ist, aber das kommt vor in letzter Zeit, möglicherweise müssen wir da eine Änderung einführen, daß wir in zukünftigen Anträgen sagen, daß wir den zunächst vorgesehenen letzten Satz nicht mit aufgenommen haben.

- (A) Damit komme ich zu den Forderungen, die auch jetzt wieder in dem uns vorliegenden Antrag formuliert sind. Die in Ziffer 1 Ihres Antrags erhobene Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Herr Tiefenbach, Sie sind ja ausführlich darauf eingegangen, war natürlich Inhalt dieses von Ihnen mit beschlossenen SPD-Antrags, ganz klar. Es ist ebenfalls klar, daß neben der Verkürzung der Lebensarbeitszeit die Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein durchaus geeignetes Mittel ist, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Nur mit Neueinstellungen verbunden!)

Darauf komme ich gleich noch zurück, das ist ja der Inhalt Ihres Antrags wiederum, der Inhalt dieser Forderung. Dies natürlich war Inhalt dieses beschlossenen SPD-Antrags, der Auftrag an die öffentlichen Arbeitgeber, den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes entsprechende Angebote vorzulegen.

Sie werden uns nun allerdings nicht dazu bringen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, daß wir die Tarifautonomie der Tarifpartner aufweichen und durch Landtagsbeschlüsse in die laufenden Tarifverhandlungen eingreifen.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

- (B) Die Verhandlungen haben im Dezember des letzten Jahres begonnen, und Sie kennen den Stand jetzt. Die nächste Runde wird am 29. Februar folgen. Wir wissen noch nicht, wie die Beschlüsse oder die vorzulegenden Angebote aussehen werden.

Ich komme auf Ziffer 2 Ihres Antrags, in der Sie die Feststellung treffen, daß nicht allein Arbeitszeitverkürzung die Beschäftigung fördert, sondern erst die nachfolgende Neueinstellung von Arbeitskräften. Selbstverständlich, ich glaube, darüber brauchen wir nicht länger zu diskutieren!

Dann wollen Sie, daß die Bürgerschaft den Senat auffordert, innerhalb von sechs Monaten nach Abschluß des Tarifvertrages entsprechend den eingesparten Arbeitsstunden Neueinstellungen vorzunehmen und der Bürgerschaft Bericht zu erstatten. Meine Damen und Herren, abgesehen davon, daß wir hier über ein Verhandlungsergebnis zwischen den Tarifpartnern befinden sollen, das es zur Zeit noch gar nicht gibt, was Sie offensichtlich bereits kennen, wird es ganz sicherlich keinen entsprechenden Ausgleich geben können, denn alle kompetenten Einrichtungen, Gewerkschaften, Institute sind sich darüber im klaren, daß sie natürlich nicht für jede eingesparte Stunde und jede Verkürzung der Arbeitszeit gleichzeitig, und das haben Sie eben gefordert in Ihrem Schlußbeitrag, Neueinstellungen vornehmen können. Alle gehen bis zu 50 Prozent entsprechend vor, das ist allgemeine Übung, allgemeine Auffassung, das wird uns also nicht möglich sein. Man könnte jetzt Beispiele nennen, ich erspare mir das. Aber natürlich werden Neueinstellungen folgen müssen.

- (C) Sollte das Verhandlungsergebnis tatsächlich eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit zum Inhalt haben, so wird sich gerade Bremen den Konsequenzen nicht entziehen. Sechs Monate, wie Sie fordern, werden dann gar nicht benötigt, nehme ich einmal an, sondern es beginnt dann selbstverständlich umgehend eine bedarfsgerechte Prüfung, deren Ergebnis dann das Handeln des Haushaltsausschusses und des Senats bestimmen wird.

Unter Ziffer 3 gehen Sie, wie schon sehr ausführlich im Juni 1987, auf die Reduzierung der wöchentlichen Pflichtstundenzahl für Lehrer ein. Sie wissen natürlich ebenso wie ich, daß Bremen nicht ohne Not aus der überregional vereinbarten Regelung ausbrechen kann. Daneben gibt es noch mindestens einen Grund, eine Vorreiterrolle in der Bundesrepublik auszuschlagen. Ich will jetzt darauf nicht weiter eingehen.

Im übrigen wäre es mir sehr viel sympathischer gewesen, wenn Sie wenigstens unter diesem Punkt Ihre oft in der Öffentlichkeit beteuerte gewerkschaftskonforme Haltung deutlich gemacht hätten. Ich denke dabei an die Wahrnehmung der Interessen von Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeitern, insbesondere an die im Nachtschichtdienst Tätigen, an Müllwerker, also an den Personenkreis, der bereits im SPD-Antrag 1987 bezeichnet worden ist.

Unter Ziffer vier machen Sie deutlich, was eigentlich gewollt wird. Einmal wollen Sie die Bremische Bürgerschaft dazu bringen, in die laufenden Tarifverhandlungen einzugreifen. Sie mißachten die Tarifautonomie, um es ganz deutlich zu sagen, denn Tarifautonomie bedeutet doch wohl, daß die Tarifpartner Ergebnisse am Verhandlungstisch erzielen und sonst nirgends!

(Beifall bei der SPD — Abg. Fücks [DIE GRÜNEN]: Das ist ein Witz!)

Dann fordern Sie die Übernahme der Regelung — welcher? — auf die Beamtenbesoldung. Hier kommen Sie natürlich in einen Bereich der Bundesrechtsrahmengesetzgebung, das heißt, daß die zwischen den Tarifpartnern ausgehandelten Vereinbarungen so oder in modifizierter Form nur durch Bundestagsbeschluß Gültigkeit für die Beamtenbesoldung erlangen. Wenn nun auch noch Neueinstellungen, wie Sie es verlangen, während der Tarifverhandlungen verbindlich festgelegt werden sollen, dann muß ich einfach auf die Zuständigkeiten verweisen, zu denen ich bereits Ausführungen gemacht habe.

Sie wünschen zum Abschluß großzügigere Regelungen für Beurlaubung und Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst, zudem eine Anpassung der Arbeitszeit an die individuellen Bedürfnisse des einzelnen Mitarbeiters. Sie müssen sich einmal fragen lassen, wo Sie eigentlich leben. Bremen hat sehr weitreichende Regelungen seit Jahren praktiziert, die fordern Sie. Bei all Ihren Forderungen, die Sie stellen, habe ich die Frage an Sie: Was soll das eigentlich, daß Sie heute mit diesem Antrag kommen, Herr

(C)

(D)

- (A) Tiefenbach? Wir haben die Generaldebatte im Juni 1987 geführt. Für unsere Fraktion hat damals Herr Beckmeyer gesprochen, er hat deutlich gemacht, daß die Beschlüsse, die wir durch die Bürgerschaft fassen, Grundlage sein sollen für die kommenden Tarifverhandlungen. Diese Tarifverhandlungen laufen zur Zeit, also, ich frage Sie: Wo soll das noch angebracht werden, was Sie hier als Beschlußvorschlag vorlegen?

(Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Wir hören nichts vom Senat!)

Wenn ich einmal davon ausgehe, daß Sie nicht die Tarifautonomie aufweichen wollen,

(Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Dann hätten wir den letzten Beschluß auch nicht fassen dürfen!)

wenn ich davon ausgehe, daß Sie sehr wohl wissen, daß wir diese ganzen Probleme, die Sie ansprechen, bereits beschlossen haben mit Ihren Stimmen, dann komme ich zu dem Schluß, daß Sie eine günstige Zeit heute ausgesucht haben, um eine bestimmte Klientel zu erreichen, daß Sie einen Antrag hier vorlegen, den Sie intern vorzeigen müssen, denn einen anderen Sinn kann es für mich nicht geben. Alles das, was Sie verlangen, ist in Hinsicht auf die jetzt laufende Tarifrunde bereits hier von diesem Haus beschlossen worden. Eine andere Schlußfolgerung kann ich daraus nicht ziehen.

(B)

Nun noch etwas! Meine Damen und Herren, Sie wollen doch wohl nicht einem sozialdemokratischen Senat unterstellen, daß er nichts mit dem Begriff der Wochenarbeitszeitverkürzung anzufangen wüßte. Natürlich hat er diese Dinge eingebracht in die Tarifrunde. In der Tarifgemeinschaft des Bundes und der Länder haben wir Bremer natürlich nur eine Stimme. Dies ist eingebracht worden, es war Auftrag der Bürgerschaft. Dieser Auftrag ist erfüllt worden und wird weiterhin erfüllt werden. Sie werden also nicht nach meinen Ausführungen sehr erstaunt sein, wenn ich für meine Fraktion feststelle, daß wir, möglicherweise mit einigen Stimmen aus Ihrer Fraktion, Ihren eigenen Antrag ablehnen werden.

Damit komme ich zum Antrag der FDP mit der Drucksachen-Nummer 12/76! Herr Jungclaus hat darauf hingewiesen, daß dieser Antrag an sich nicht mehr abstimmungsfähig ist, weil die Forderung, die darin steht, bereits erfüllt ist.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Der Antrag ist zurückgezogen, wir brauchen ihn daher gar nicht mehr zu diskutieren!

Abg. **Naydowski** (SPD): Gut! Ich begrüße das, wir hätten diesen Antrag sehr gern unterstützt, denn wir sind der Auffassung, daß kein Arbeitnehmer in anderen Bundesländern, die nicht von der SPD regiert

werden, schlechter gestellt sein sollte als die Arbeitnehmer hier. Da aber inzwischen das Petition erfüllt ist, brauchen wir nicht mehr zu einer Abstimmung zu kommen. — Vielen Dank!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von der Schulenburg.

Abg. **v. d. Schulenburg** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Man kann sich in der Tat fragen, warum heute eigentlich über diesen Antrag erneut debattiert werden muß, nachdem wir das vor einem Dreivierteljahr bereits, und der Kollege Naydowski ist darauf eingegangen, in ähnlicher Form gemacht haben. Wahrscheinlich deshalb, so folgere ich einmal für die Antragsteller, weil zur Zeit die Tarifverhandlungen zwischen der OTV und den öffentlichen Arbeitgebern laufen.

(Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Sehr scharfsinnig!)

Es wird mit Sicherheit noch einige Wochen dauern, bis die Tarifparteien sich geeinigt haben, auf der einen Seite die öffentliche Hand, auf der anderen Seite die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Wir sind der Auffassung, daß es während dieser Tarifvertragsverhandlungen nicht zur Disposition eines Parlaments stehen kann, dort einzugreifen.

(D)

(Beifall bei der CDU — Abg. Fücks [DIE GRÜNEN]: Partei zu ergreifen!)

Es ist aus gutem Grunde eine jahrelange, ich hätte fast gesagt, jahrzehntelange Übung in den Parlamenten oder auch in den kommunalen Körperschaften, sich sinnvollerweise in laufende Verhandlungen nicht einzumischen.

Nicht ohne Grund hat ja deshalb auch der Gesetzgeber die Besoldungsanhebung zum Beispiel für Beamte und auch die Neuregelung der Arbeitszeit für Beamte, die, das wissen Sie sicher, juristisch nicht Gegenstand der tarifvertraglichen Auseinandersetzungen sind, nie vor Abschluß des neuen Tarifvertrages beschlossen. Dann wäre nämlich zu Recht der Vorwurf gemacht worden, die öffentlichen Hände würden sich in die Tarifaufeinandersetzung zwischen öffentlicher Hand und OTV einmischen. Genau das hat man verhindern wollen, und genau das wollen wir heute auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem legt uns die Fraktion DIE GRÜNEN einen Antrag vor, der genau dies bezwecken soll, die Einmischung, die von uns entschieden abgelehnt wird.

(Abg. Fücks [DIE GRÜNEN]: Wir sind beteiligt!)

- (A) Ich glaube, daß sich DIE GRÜNEN damit unmittelbar und zwar unzulässigerweise, in die Tarifvertragsverhandlungen einmischen. Allein aus diesem Grunde muß ihr Antrag als Eingriff in das durch Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz gesicherte freie Koalitionsrecht der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber abgelehnt werden.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen, meine Damen und Herren, hat meine Fraktion Zweifel daran, ob die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden, denn das ist ja wohl die Forderung, zumindest der erste Schritt oder ein Einstieg ist der Schritt der ÖTV, das richtige Mittel ist, den konkreten Bedürfnissen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gerecht zu werden.

Sie sprechen in Ziffer 5 Ihres Antrags — wenn er anders formuliert wäre, würden Sie da ja im Grunde ganz große Scheunentore aufreißen — zum Beispiel von autonomen Arbeitszeiten. Das ist ein schwammiger Begriff, unter dem man sich nichts Genaues vorstellen kann. Soll autonome Arbeitszeit unter Umständen heißen, jeder kann kommen und gehen, wann er lustig ist? An einem Tag von acht bis elf Uhr, am nächsten Tag von zehn bis 17 Uhr, am übernächsten Tag von 15 bis 18 Uhr und einen Tag in der Woche vielleicht einmal ganz auszulassen? Ich nehme an, daß Sie das unter autonomer Arbeitszeit verstehen, meine Damen und Herren, und das können wir nicht mitmachen.

(B)

(Beifall bei der CDU — Vizepräsident Frau Leinemann übernimmt den Vorsitz.)

Wir als CDU-Fraktion setzen dieser Arbeitszeitveränderung eine Flexibilisierung der Arbeitszeit entgegen. Dafür sind wir durchaus zu haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben es auch verschiedentlich in diesem Hause deutlich gemacht. Wir sind schon der Meinung, daß jedem einzelnen zu seiner persönlichen Lebensgestaltung die Möglichkeit gegeben werden muß, im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten, das sagen wir allerdings auch sehr deutlich dazu, seine Arbeitszeit den individuellen Bedürfnissen seiner Person und seiner Familie anzupassen.

Für die laufende Legislaturperiode hat meine Partei in das Programm übernommen, ich darf zitieren, Frau Präsidentin: „Die Arbeitszeiten müssen flexibler gestaltet werden, um Familie und Berufstätigkeit besser miteinander vereinbaren zu können. Wir wollen, daß vermehrt Teilzeitarbeitsplätze für Männer und Frauen geschaffen werden, insbesondere auch für solche Tätigkeiten, die eine höhere Qualifikation voraussetzen, da diese in einem immer größeren Umfang nachgefragt werden.“

In diesem Zusammenhang ist auch die Initiative des Bundesrates zu sehen, Herr Jungclauss, ich

glaube, Sie sprachen sie schon kurz an, die von den Ländern Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz eingebracht wurde und, ich glaube, vor ungefähr 14 Tagen auch vom Bundesrat verabschiedet worden ist, der sich jetzt dankenswerterweise der Senat auch angeschlossen hat und auf die auch Ihr zurückgezogener Antrag gezielt hat. Da heißt es allerdings — ich gehe einmal davon aus, daß das auch dieser Senat mit berücksichtigen wird bei seinem zukünftigen Handeln —: „Dabei ist zu beachten,“ — bei Neuregelungen der Arbeitszeit — „daß wegen der nach wie vor schwierigen Haushaltssituation und wegen der Gemeinwohlbindung des öffentlichen Dienstes die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze nur weitgehend kostenneutral und unter Wahrung der Struktur des öffentlichen Dienstes erfolgen kann.“

Genau das ist auch unsere Position!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich halte es für vollkommen irrelevant zu rechnen und zu sagen, da werden jetzt anderthalb Stunden eingespart, und das macht bei rund 40 000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Lande Bremen 1500 Bedienstete aus, und die müssen auch eingestellt werden. Das ist für meine Begriffe überhaupt nicht leistbar und wird von meiner Fraktion auch nicht mitgetragen. Eine andere Frage ist, ob unter Umständen in bestimmten Bereichen zusätzliche Neueinstellungen erfolgen müssen, aber nicht nur aufgrund von Arbeitszeitreduzierung, sondern einfach, weil Notwendigkeiten dort gegeben sind.

Meine Damen und Herren, auch die Frage der Lehrerarbeitszeit, ich will darauf nur einen Satz verwenden, die von Ihnen angesprochen worden ist, ist so nicht zu regeln, wie Sie das vorgeschlagen haben. Sie wissen, wir haben auch diese Diskussion gehabt mit den 25 Pflichtstunden in der Woche, die bei einigen aber durch Besitzstandswahrung bei nur 23 Stunden liegen. Dieses ganze Problem in diesem Zusammenhang zu erörtern halte ich für schlichtweg unmöglich und wird so einfach auch wegen der Bundestreue, ich glaube, Herr Naydowski, Sie sind darauf eingegangen, und der Bundesregelungen, die es dort gibt, nicht ohne weiteres zu übernehmen sein.

Meine Damen und Herren, der Antrag der GRÜNEN geht davon aus, daß durch die Einstellung zusätzlicher öffentlicher Bediensteter wesentliche arbeitsmarktpolitische Wirkungen erzielt werden können. Sie wissen, daß die CDU den generellen Einstellungsstopp für den öffentlichen Dienst, wie er zur Zeit vom Senat exekutiert wird, ablehnt. Die Zahl der öffentlichen Bediensteten, ohne echte Aufgabenkritik und ohne die öffentlichen Aufgaben entsprechend zu vermindern, herabzusetzen, ist falsch.

(Beifall bei der CDU)

Zwar — das sage ich auch dazu — ist ohne einer Verminderung der Personalausgaben eine Senkung der

(C)

(D)

- (A) bremischen Staatsausgaben nicht erreichbar und dadurch auch eine Sanierung der bremischen Finanzen völlig unmöglich, die CDU hält aber eine planlose und globale Einsparung anstelle eines in sich schlüssigen und abgestimmten Konzepts für falsch.

Meine Damen und Herren, diejenigen, die längere Zeit in diesem Parlament sind, wissen, daß die SPD, ähnlich wie die GRÜNEN es jetzt vorschlagen, eine nicht finanzierbare Ausweitung des öffentlichen Dienstes vorgenommen hat.

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Das schlagen wir gerade nicht vor!)

Sie haben es doch vorhin gerade gesagt, 1500 zusätzliche Stellen!

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Sie haben nicht zugehört, kostenneutral!)

Kostenneutral? Das können Sie doch nie erreichen!

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Das werden wir Ihnen gleich vorrechnen!)

Wissen Sie, Ihre Taschenspielertricks mit rechnerischen Beispielen kenne ich zur Genüge! Wenn das alles, was Sie hier schon vorgeschlagen haben, haushaltswirksam geworden wäre, dann wären wir nicht bei einem Defizit von zwölf Milliarden DM, sondern dann wären wir wahrscheinlich mittlerweile bei einem Defizit von 15 Milliarden DM. Gott sei Dank haben wir Ihre Anträge in dieser Richtung immer noch abgelehnt.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Die Ausweitung des öffentlichen Dienstes kann so ohne weiteres nicht vorgenommen werden, denn die finanziellen Folgen der Fehler, die damals gemacht worden sind, bekommen wir doch heute in Bremen zu spüren, und wir können deshalb die finanzpolitischen Fehler der vergangenen Jahre nicht heute wiederholen.

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Das kleine Einmaleins! — Glocke)

Vizepräsident Frau Leinemann: Herr Fücks, melden Sie sich doch bitte zu Wort!

Abg. v. d. **Schulenburg** (CDU): Also, meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß! Wenn die GRÜNEN meinen, nur mit dem völlig untauglichen Mittel der Ausweitung des öffentlichen Dienstes zu einer Minderung der Arbeitslosigkeit in unserem Bundesland kommen zu können, geht ihr Vorstoß, so meinen wir, nicht nur in die Irre, sondern seine Untauglichkeit ist durch die Politik von SPD und Senat längst bewiesen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Jungclaus. (C)

Abg. **Jungclaus** (FDP): Frau Präsident, meine Damen und Herren! Etwas zum Antrag der GRÜNEN: Das Bundesland Bremen hat die höchste Arbeitslosenquote im ganzen Bundesgebiet. Schon aus diesem Grund begrüßt die FDP-Fraktion jede Initiative, die Anstöße gibt, diese rote Laterne abzugeben.

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Solange sie nichts kostet!)

Die GRÜNEN aber, Herr Tiefenbach, wissen nicht und wollen nicht wahrhaben, daß Bremens Kassen leergefegt sind. Bremen ist überschuldet und an der Schwelle der politischen Handlungsunfähigkeit.

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Das Neueste, das Gelbe vom Ei!)

Herr Fücks, ich glaube, das haben Sie noch nicht begriffen!

(Abg. J ä g e r [FDP]: Sie haben es noch nicht begriffen, sonst würden Sie nicht solche Anträge stellen!)

Die Personalkosten der öffentlichen Hand in Bremen machen mehr als 40 Prozent des Etats aus, das müssen Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen! Über die Rahmenbedingungen hier in diesem Lande wird nicht nachgedacht, sondern flockig ein Antrag nachformuliert, der zu einer Personalausdehnung in Bremen führt und für dieses Land einfach unbezahlbar ist. Sie wollen Arbeitsmarktpolitik mit dem öffentlichen Dienst betreiben, sollten aber wissen, daß dieser Ansatz bereits in den siebziger Jahren kläglich gescheitert ist. Selbst die SPD hat diesen Ansatz aufgegeben!

(D)

(Beifall bei der FDP — Abg. K l e i n [CDU]: Ausdrücklich! — Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Sie sind der Don Quichotte und politisieren gegen die Windmühlenflügel!)

Für die FDP gilt die Pflicht, für die äußerste Sparsamkeit der öffentlichen Hand zu sorgen, nur maßvolle Forderungen zeugen unseres Erachtens nach von einem Verantwortungswillen für unser Land. Daß die Forderungen der GRÜNEN maßvoll sind, bezweifeln wir.

Arbeitszeitverkürzung ist aktuell geworden durch die Forderung der Tarifgemeinschaft und der ÖTV. Die Heere sind aufmarschiert, die Schlacht steht bevor, und die GRÜNEN mischen sich mit diesem Antrag, ich habe das vorhin schon deutlich gemacht, in die Tarifautonomie der Tarifvertragsparteien ein. Für uns als FDP kommt es in dieser Vergütungsrunde zunächst einmal darauf an, die Kaufkraft maßvoll zu stärken.

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Aha!)

(A) Ja, nun hören Sie einmal genau zu!

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Die leeren Kassen!)

Wir halten es für nötig, Herr Fücks, der Binnenkonjunktur einen weiteren Schub zu geben,

(Abg. F ü c k s [DIE GRÜNEN]: Dann können Sie auch Leute einstellen!)

damit mögliche Verluste im Export aufgrund der Dollarschwäche der letzten Wochen nach Möglichkeit ausgeglichen werden können. Erst danach sollten nach unserer Meinung Arbeitszeitverkürzungen von den Tarifvertragspartnern verhandelt werden.

Das Ganze, und das betone ich einmal ausdrücklich, muß aber ausschließlich von den Verhandlungspartnern erörtert werden. Wer die Arbeitszeitverkürzung wie die GRÜNEN in den Vordergrund stellt, verweigert den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes die Beteiligung am Produktionsfortschritt, am Wirtschaftswachstum und an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Ich weiß nicht, ob Sie das wollen; Manfred, auch du bist davon betroffen! Dennoch, glaube ich, müssen wir aber mittelfristig zu einer Flexibilisierung — nun werden Sie doch nicht unruhig! —

(Abg. G r i e s c h e [SPD]: Bei so einem Unfug kann man nur unruhig werden!)

(B) der Arbeitszeit auch im öffentlichen Dienst kommen. Erweiterte Freistellungsmöglichkeiten zum Beispiel für Mütter und Väter bedeuten für uns freiwillige Arbeitszeitverkürzungen nach individuellen Bedürfnissen unter Lohnverzicht. Wir ziehen diese Verkürzung einem linearen Modell vor.

(Beifall bei der FDP — Abg. Tiefenbach [DIE GRÜNEN]: Das hat viel weniger Wirkung auf den Arbeitsmarkt!)

Teilzeitarbeit darf allerdings nicht ausschließlich ein Solidaritätsbeitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein. Wir wollen die Rückkehr zur Vollbeschäftigung gesichert wissen. Wir können uns auch vorstellen, daß im Rahmen einer Qualifizierungsoffensive —

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Sagen Sie doch einmal, wie! — Abg. Frau L a n g e [SPD]: Das sagen Sie doch einmal Ihren Unternehmern!)

Wieso meinen Unternehmern? Das sind nicht meine Unternehmer! Wir können uns auch vorstellen, daß im Rahmen einer Qualifizierungsoffensive im öffentlichen Dienst Weiterbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiter ergriffen werden, wobei diese Weiterbildungszeit auf die Arbeitszeit anzurechnen ist. Es kommt dann zu, wie wir meinen, einer Partnerschaft zwischen Weiterbildungszeit und verkürzter Arbeitszeit.

Wer die Presse verfolgt hat, weiß, daß in Baden-Württemberg die Arbeitgeber und die IG Metall diesen Weg schon gegangen sind. Die Kosten der Weiterbildung muß der Arbeitgeber tragen, die Zeit der Schulung gilt als Arbeitszeit. Hier beschreitet man bewußt einen neuen zusätzlichen Weg, über mehr Qualifizierung zu mehr Lohn zu kommen. So etwas verstehen auch wir unter Flexibilisierung der Arbeitszeit.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Wochenarbeitszeitverkürzungen und in gleichem Maße Einstellungen vorzunehmen, wie ja von Ihnen — von den GRÜNEN — gewünscht, treibt Bremen in den endgültigen Ruin.

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Und Gehaltserhöhung nicht?)

Lassen Sie mich einmal rechnen! Rechnen wir dieses Modell bundesweit, was ja wohl realistisch ist, Sie wollen es ja bundesweit angewendet wissen und nicht nur für dieses Bundesland, dann kostet eine Stunde Arbeitszeitverkürzung 5,52 Milliarden DM. Sie reden immer über Köpfe, wir reden auch über Geld! Das entspricht etwa 2,5 Prozent des Personalanteils eines jeden Arbeitnehmers. Bei den dann noch vorzunehmenden Einstellungen sind die Lohnnebenkosten natürlich nicht berücksichtigt.

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Jetzt sagen Sie einmal, was die Gehaltserhöhungen kosten!)

Sie sprechen davon, wieviel Arbeitslose im öffentlichen Dienst neu eingestellt werden können, aber die Aufnahmefähigkeit des öffentlichen Dienstes gerade in Bremen ist begrenzt. Mehr Personal bedeutet, die schon hohe Quote zu erhöhen und dafür entweder andere Ausgaben weiter einzuschränken oder die Einnahmen der öffentlichen Hand durch Steuern anzuheben. Beides erscheint uns in Bremen nicht möglich zu sein.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, das Ganze bleibt für uns eine schöne Bettkantengeschichte grüner Träumer.

Arbeitszeitverkürzungen für Lehrer, lassen Sie mich auch darauf noch eingehen, wurden bisher nicht realisiert, weil ein eklatanter Lehrermangel herrschte. Diese Zeiten sind vorbei, sieht man von der bedrohlichen Lage an den beruflichen Schulen einmal ab. Auch wir erkennen, daß diese Gruppe der Bediensteten des öffentlichen Dienstes mittelfristig entlastet werden muß, da hier die Arbeitszeit seit 40 Jahren nicht verändert wurde. In der Wochenarbeitszeit allerdings nimmt Bremen mit zum Beispiel 23 Stunden in der Sekundarstufe II bundesweit eine führende Rolle ein, hier müßten die anderen

- (A) Länder erst einmal nachziehen, bevor Bremen am Zuge ist.

Wir sehen allerdings Handlungsbedarf bei der Neufestsetzung der Altersermäßigung für Lehrer. Auf diesen Aspekt sind Sie gar nicht eingegangen. Vergleicht man die einzelnen Bundesländer, so hat Bremen hier das Schlußlicht mit eingenommen. Wir wissen, daß die Belastungen im Lehrerberuf ab 50 Jahre steigen und daß es für diese Lehrer immer schwerer wird, die physischen und psychischen Belastungen zu ertragen. Gesundheitsschäden sind zwangsläufige Folgen, die große Zahl von vorzeitigen Pensionierungen macht dies deutlich.

(Abg. J ä g e r [FDP]: Rechtzeitig ins Parlament, das ist besser! — Abg. S t i c h w e h [SPD]: Es können ja nicht nur Juristen hier herumsitzen!)

In einem Sofortprogramm sollte für jede Lehrkraft ab dem 50. Lebensjahr die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung stufenweise, das ist unser Vorschlag, um drei Unterrichtsstunden ermäßigt werden.

- (B) Nun zu einzelnen Punkten: Degressiver Gehaltsausgleich für mittlere und obere Einkommen! Dafür höhere Arbeitszeitverkürzungen für diese Personengruppe! Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, dieser Vorschlag entbehrt doch wohl jeder Logik, das würde doch langfristig dazu führen, daß die hochqualifizierten Mitarbeiter immer weniger arbeiten müßten, die Bezieher unterer Einkommen erhielten dann zwar mehr Geld, hätten aber verhältnismäßig weniger Freizeit. Welche Unlogik! Auch dies, erscheint uns, ist nicht einer der klügsten Einfälle der Fraktion DIE GRÜNEN.

Dann diese ganzen Zwangsmaßnahmen, Herr Nайдowski hat das erklärt, auf Beamte zu übertragen zu wollen, sprengt doch die Kompetenz dieses Hauses. Sie wissen doch selbst, daß da der Bundesgesetzgeber tätig werden muß.

Wenn Sie Neueinstellungen tariflich festlegen wollen, so werden die ÖTV und die Tarifgemeinschaft das nicht vereinbaren können. Sie lassen außer acht, daß erstens — wie schon erwähnt — der öffentliche Dienst kein Instrument für aktive Arbeitsmarktpolitik ist und zweitens die Verhältnisse von Dienststelle zu Dienststelle unterschiedlich sind.

Die GRÜNEN fordern autonome Bestimmungen der Arbeitszeit nach individuellen Bedürfnissen. Auch die FDP möchte Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten und Urlaub im öffentlichen Dienst erweitert sehen. Darüber habe ich in meinem ersten Redebeitrag bereits etwas gesagt.

Zu Ihren letzten Forderungen in Ihrem Antrag! Erstens, Verringerung der Stundenzahl auf einfachen Antrag: Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, das ist heute schon möglich und bedarf keiner weiteren Ausführung. Zweitens, unbezahlte Freistellungen bis zu drei Jahren: Damit bleiben Sie

unter dem, was bis heute schon beamtenrechtlich möglich ist. (C)

Meine Damen und Herren, dieser Antrag stellt den Versuch dar, die Arbeitslosigkeit in Bremen zu lindern. Für meine Fraktion ist das kein geeigneter Ansatz. Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Fücks, aber ich möchte Sie vorweg bitten, doch etwas ruhiger zu sein! Der arme Sprecher hier hat es sonst unheimlich schwer.

(Abg. S t i c h w e h [SPD]: Herr Fücks schreit sich schon durch! — Präsident D r. K l i n k übernimmt wieder den Vorsitz.)

Abg. **Fücks** (DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mir ist gar nicht nach Geschrei zumute, mich stimmt diese Debatte eher ziemlich traurig, denn ich habe den Eindruck, die Botschaft, die diese Diskussion gegenüber den Erwerbslosen vermittelt, ist: die, die ihr keinen Arbeitsplatz habt, laßt alle Hoffnung fahren.

Wenn gefragt wird, warum stellen wir diesen Antrag heute neu, wo doch im Prinzip im letzten Juni die Debatte hier geführt worden ist: Sie haben den Grund schon genannt, es gibt aktuell eine Tarifausschließung, bei der wir in der Tat der Auffassung sind, daß die Bürgerschaft sich zu ihr erklären sollte, und zwar deshalb, weil es sich um einen öffentlichen Arbeitgeber handelt, der dort mit den Gewerkschaften an einem Tisch sitzt, und weil die Bürgerschaft gegenüber dem Senat als Bestandteil dieser öffentlichen Arbeitgeber sehr wohl berechtigt und geradezu verpflichtet wäre, politische Direktiven zu erteilen. Das ist nicht Einmischen in die Tarifautonomie, sondern das wäre die Wahrnehmung einer beschäftigungspolitischen Verantwortung gegenüber dieser Tarifrunde. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. J ä g e r [FDP]: Was haben Sie denn für ein Verständnis von Gewaltenteilung? Wir sind doch nicht Arbeitgeber!)

Wissen Sie, wir haben auch als Parlament eine —

(Abg. J ä g e r [FDP]: Eine Omnipotenz!)

nein — beschäftigungspolitische Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, und bei dieser Tarifausschließung geht es in der Tat exemplarisch darum, ob der Weg der Arbeitszeitverkürzung als Umverteilung gesellschaftlicher Arbeit ein Stück vorankommt oder ob er zurückgeschlagen wird. Da kann doch das Parlament nicht sagen, es tue ihm leid, da sei es überhaupt nicht beteiligt und betroffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) Was ist denn der Ausgangspunkt der Debatte? Ich knüpfe noch einmal an den Beitrag meines Kollegen Tiefenbach an. Die Arbeitslosenquote im Bund Ende Januar ist auf 9,9 Prozent gestiegen, in absoluten Zahlen 2,518 Millionen Menschen, die offiziell als Arbeitslose registriert sind. Wenn man das vor zehn Jahren vorausgesagt hätte, daß die Bundesrepublik über eine so lange Periode mit einem Sockel von fast zehn Prozent Erwerbslosen leben würde und sich daran als Normalzustand gewöhnt, hätte man das für absurd gehalten. Damals hätten alle gesagt, daß hielte eine ihrem Anspruch nach demokratische und soziale Bundesrepublik überhaupt nicht aus. Tatsächlich aber wird unter der Hand dieses Leben mit einem Sockel von zehn Prozent Arbeitslosigkeit fast zur Selbstverständlichkeit.

Es ist ein Drama, daß dieser Teil der Gesellschaft abgehängt wird und praktisch niemand mehr außer den Gewerkschaften, wie zaghaft auch immer, das noch zum gesellschaftspolitischen Thema macht, indem man sich zunehmend auf eine Politik der Arbeitszeitverkürzung als Priorität gegenüber einer Politik der Einkommenssteigerung verständigt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In so einer Situation muß doch jeder, dem überhaupt noch daran liegt, eine gesellschaftliche Strategie gegen Arbeitslosigkeit zu verfolgen, mit den Gewerkschaften sich verbünden statt sich für neutral zu erklären oder sogar sie zu blockieren auf diesem Weg!

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man diese Ziffern auf Bremen übersetzt, hatten wir im Dezember 1987 bis Januar 1988 einen Anstieg der Arbeitslosenzahl von fast 2000 auf 38 000 im Arbeitsamtsbereich Bremen. Für Bremen Stadt, die Zahl ist genannt worden, 16,8 Prozent — absoluter Rekord —, Bremerhaven 16,2 Prozent! Trotz dieser berühmten Ansiedlungserfolge des Senats aus den letzten Jahren, trotz Daimler-Benz, trotz Krupp Atlas Elektronik haben wir noch nicht einmal eine Stabilisierung der Arbeitslosenquote.

Das bedeutet doch, daß die Politik, die darauf setzt, über Wirtschaftswachstum Massenarbeitslosigkeit zu überwinden, sich vollends als die Illusion entpuppt hat, als die man sie theoretisch schon nachweisen konnte. Aber wer angesichts dieser praktischen Erfahrungen immer noch darauf beharrt, daß durch eine Politik der Ankurbelung von Investitionen, die ihrem Wesen nach heute vor allem Rationalisierungsinvestitionen sind, die Erwerbslosigkeit relevant abgebaut werden könnte, der lügt sich und anderen in die Tasche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was wollen wir denn den Erwerbslosen sagen, die sich nicht schon resigniert aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen haben? Wenn Sie die Bundespolitik betrachten: Die Bundesregierung lehnt nach wie vor

Umweltinvestitionsprogramme strikt ab. Arbeitsminister Blüm hat eine miserable Novelle des Arbeitszeitgesetzes präsentiert, in der die 48-Stunden-Woche als Normal-Arbeitszeit fortgeschrieben wird, in der keine Begrenzung der Überstunden stattfindet, die einen Beitrag liefern könnte zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Das Überstundenvolumen in der Bundesrepublik läßt sich auf etwa 300 000 Arbeitsplätze umrechnen.

Sogar der Vorruhestand, den diese Regierung einmal als Alibi für Arbeitsmarktpolitik vorgelegt hat, ist gestrichen worden. Wir haben also eine vollständige Abdankung der liberal-konservativen Bundesregierung aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Auch das Instrument ABM stößt an seine Grenzen, und wir spüren jetzt in Bremen, daß das Finanzvolumen für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in dem Maße begrenzt wird, wie die Bundesanstalt für Arbeit selbst in eine Finanzkrise kommt aufgrund der fortdauernden Massenarbeitslosigkeit und der zunehmenden Belastungen, denen sie durch die Bundesregierung ausgesetzt wird. Das heißt, alle konventionellen Instrumente von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sind stumpf.

In einer solchen Situation bleibt tatsächlich nur die Strategie der verkürzten Wochenarbeitszeit, und die Gewerkschaften, so halbherzig Sie das immer noch anfassen, sind der einzige Hoffnungsträger, der sich unter denkbar schwierigen Ausgangsbedingungen diesem Problem stellt. Jetzt ist die aktuelle Tarifrunde im öffentlichen Dienst ein Prüfstein, wer die Gewerkschaften bei dieser Strategie der Umverteilung von Arbeit unterstützt und wer sie nicht unterstützt, wer sich gegen sie stellt!

Innenminister Zimmermann, das ist doch schon deutlich geworden — und Herr Jungclaus hat das in seiner naiven Art hier ja noch einmal bekräftigt —, betreibt eine ganz zynische Spaltungspolitik. Er will den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst Gehaltserhöhungen anbieten, aber über Arbeitszeitverkürzung soll am besten gar nicht geredet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was bedeutet das? Das bedeutet doch nicht, die öffentlichen Kassen zu schonen! Aus den öffentlichen Kassen müssen Gehaltserhöhungen wie Neueinstellungen finanziert werden. Das ist keine Kostenfrage, nein, das bedeutet, das Primat der Gehaltserhöhung für die Arbeitsplatzbesitzer fortzuschreiben gegenüber einer Politik der Umverteilung von Arbeitszeit und Einkommen zugunsten der Arbeitslosen. Das ist die Politik, die von der Bundesregierung betrieben wird. Da muß der Senat sich fragen lassen, wie er sich in diesem Konflikt verhält.

Das Kostenargument ist vollkommen absurd, wie es uns hier vorgetragen wurde. Wir fordern doch gerade nicht eine neue Auflage einer kreditfinanzierten Beschäftigungspolitik im öffentlichen Dienst, wie sie die SPD in den siebziger Jahren betrieben hat, sondern wir sagen, es muß angesichts dieser

(C)

(D)

- (A) Herausforderung von Massenarbeitslosigkeit die Priorität verlegt werden von Gehaltserhöhung für die mittleren und oberen Einkommen auf Neueinstellungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist die politische Wende und der Prioritätenwechsel, den wir fordern. Da ist die OTV für eine Gewerkschaft, die natürlich auch den Einkommensinteressen ihrer Mitglieder verpflichtet ist, schon ein ziemliches Stück auf diesem Weg vorangegangen. Sie hat nämlich eine Forderung gestellt im Gesamtvolumen von 5,5 Prozent und erklärt, innerhalb dieses Volumens sei für sie die Arbeitszeitverkürzung vorrangig. Das müßte genau aufgegriffen werden von den öffentlichen Arbeitgebern.

Herr Tiefenbach hat Ihnen doch vorgerechnet: 3,5 Prozent Gehaltserhöhung lassen sich kostenneutral übersetzen in 1500 Neueinstellungen bei vollem Lohnausgleich. Eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden ist kostenneutral, auch bei vollem Lohnausgleich kostenneutral. Kosten kommen erst dazu, wenn die Neueinstellungen finanziert werden müssen. Deshalb müssen Neueinstellungen mit Gehaltszuwächsen verrechnet werden. Die Neueinstellungen sind zwingend, damit die Gewerkschaft überhaupt ihren Mitgliedern zumuten kann, auf Einkommenszuwachs zu verzichten, weil alles andere darauf hinausläuft, Einkommensverzicht zu üben, damit die öffentlichen Arbeitgeber ihre Kassen auffüllen können, ohne daß dem eine Gegenleistung entspricht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist also eine zynische Privilegienpolitik, in einer solchen Situation ein Plädoyer für Kaufkraftserhöhung in Form von Gehaltszuwächsen zu halten und gleichzeitig die Kaufkraftserhöhung in Form von Neueinstellungen abzulehnen für Arbeitslose.

Noch ein Letztes! Wir haben das in unserem Antrag nicht aufgenommen, weil wir uns auf den aktuellen Punkt der Tarifauseinandersetzung beziehen wollten, aber die Überstundenpolitik, die der öffentliche Arbeitgeber in Bremen betreibt, ist selbst ein Skandal für sich. Sie wissen ganz genau, daß die Politik des Einstellungsstopp in zahlreichen Bereichen nur noch funktioniert durch systematische Überstunden, das heißt durch Überarbeitung der Beschäftigten, während die Arbeitslosigkeit wächst.

(Beifall bei den GRÜNEN — Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Es ist eine Unruhe im Haus, die nicht sehr hilfreich ist bei der Verfolgung der Debatte. Ich bitte Sie, in den letzten Minuten heute auch noch etwas Disziplin zu zeigen!

Als nächster hat das Wort Herr Senatsdirektor Dr. Heidorn.

Senatsdirektor Dr. Heidorn: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat ist von Ihnen, Herr Tiefenbach und Herr Fücks, wiederholt aufgefordert worden, seine Position zu den Tarifforderungen öffentlich darzulegen. Herr Naydowski hat bereits hier ausgeführt, und ich unterstreiche das, es sei üblich und gebiete auch der Respekt vor dem Verhandlungspartner, die Auffassung zu einer Tarifforderung am Verhandlungstisch zu sagen und nicht in der Öffentlichkeit.

Bremen ist Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und hat dort eine Stimme. Wir verhandeln nicht isoliert und haben deswegen um so weniger Anlaß, die Positionen, die Bremen im Rahmen dieser Tarifverhandlungen vertritt, öffentlich zu äußern. Diese Positionen werden in die Verhandlungen der Arbeitgeber, die das Tarifangebot abstimmen, eingebracht. Mehr ist heute dazu nicht zu sagen, und mehr kann der Senat auch in Respekt vor der Tarifhoheit nicht sagen. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 12/63 auf.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 12/63 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diesen Antrag ab.

Der Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 12/76 ist zurückgezogen.

Damit ist dieser Fragenkomplex abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, als nächster Punkt käme der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, und zwar Umweltschutz und Stadtentwicklung. Mir wurde gesagt, daß Übereinstimmung erzielt worden sei, diesen Antrag morgen zu beraten. Der dann folgende Tagesordnungspunkt wäre die Aussprache auf die Große Anfrage über den Fragenkomplex Neue Heimat.

Es ist jetzt 17.40 Uhr, um 18 Uhr wollen wir Schluß machen. Das würde eine Wortmeldung sein, dann wäre der Schlußtermin erreicht. Wir werden diesen Tagesordnungspunkt heute nicht mehr aufgreifen können. Ähnlich sieht es bei den weiteren Tagesordnungspunkten aus mit einer Ausnahme, die Peti-

(A) tionsausschußberichte, die könnten wir heute noch abhandeln.

Ich frage Sie: Sind Sie einverstanden, daß wir entsprechend verfahren, oder besteht der Wunsch, daß wir heute noch einen Tagesordnungspunkt aufrufen?

(Zurufe: Nein!)

Ich stelle fest, das ist Ihr Wunsch!

Dann frage ich: Wer damit einverstanden ist, daß wir die Tagesordnung dergestalt umstellen, daß wir jetzt unmittelbar die Petitionsausschußberichte aufrufen und zur Verhandlung stellen, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist die Tagesordnung umgestellt.

(Einstimmig)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 4
vom 13. Januar 1988
(Drucksache 12/69)**

Wir verbinden hiermit:

(B)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 5
vom 4. Februar 1988
(Drucksache 12/88)**

(C)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt einstimmig.

Es ist doch großartig, daß wir heute noch zum Abschluß einen einstimmigen Beschluß gefaßt haben.

Meine Damen und Herren, damit wären die Punkte abgehandelt. Alle weiteren Punkte sind mit einer Debatte verbunden. Wir werden morgen die Beratungen fortsetzen, und zwar um 9.45 Uhr.

Die heutige Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Heimweg. Morgen um 9.45 Uhr treten wir wieder zur Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) zusammen.

(Schluß der Sitzung 17.41 Uhr)

(D)



